

Die
älteren Stadtrechtsquellen von Kitzbühel.

Von

Dr. Ferd. Kogler.

Alle herzoglichen Städte Bayerns verdanken einem Schöpfungsakte der bayerischen Herzoge ihr Dasein. München haben die Wittelsbacher noch von den Welfen übernommen, alle andern landesfürstlichen Städte hingegen wurden erst von den Wittelsbachern ins Leben gerufen und mit Privilegien reichlich ausgestattet¹⁾. Die Stadt Kitzbühel²⁾ macht hierin keine Ausnahme. Sie führt ihre Entstehung auf die schöpferische Tätigkeit der wittelsbachischen Herzoge zurück und schließt sich in ihrer Rechtsentwicklung enge an die Rechtsentwicklung der oberbayerischen Städte im allgemeinen und an die Münchens insbe-

¹⁾ Riezler, Geschichte Baierns II 197 ff. Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns I 154. Haeutle, Einige altbayerische Stadtrechte. Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte. Bde. 45, S. 163 ff., 47, S. 18 ff.

²⁾ Außer den Bemerkungen im verdienstvollen Buche Fischnaler's, Wappenbuch der Städte und Märkte der gefürsteten Grafschaft Tirol (1894) S. 96—98 existiert keine Literatur. Das kleine Büchlein von Vordermayr, Kitzbühel u. s. Umgebung (4. Auflage 1907) mit geschichtlichen Notizen dient lediglich Zwecken des Fremdenverkehrs. Der anonyme Aufsatz „Die Stadt Kitzbühel“ im „Tiroler Boten“ 1821, Nr. 36 u. 37, S. 144 und 148 ist voll von Unrichtigkeiten. — Für mich war der äußere Anlaß zur Bearbeitung der älteren Stadtrechtsgeschichte Kitzbühels dadurch gegeben, daß ich s. Z. das Stadtarchiv ordnete und bei dieser Gelegenheit die behandelten Stadtrechtsurkunden auffand. Vgl. den demnächst erscheinenden 4. Bd. der Archivberichte aus Tirol. Über die Stadtrechte von Kufstein und Rattenberg gedenke ich bei anderer Gelegenheit zu handeln.

sondere an. Kitzbühel ist ebenso wie Ingolstadt und viele andere oberbayerische Städte eine Tochterstadt Münchens.

Der Name Kitzbühel¹⁾, der mit „Kitz“ als dem Jungen der Ziege oder Gemse nichts zu tun hat, sondern vom Eigennamen Chizzo abzuleiten ist, ist älter als die Stadt. Er begegnet zum erstenmale um das Jahr 1165 in [einer Traditionsurkunde für Chiemsee. Ein Marchwardus de Chizbuhel ist der Vergabung Zeuge²⁾. Im Jahre 1252 ist dann das grundherrliche Amt des Bistums Bamberg in Kitzbühel bezeugt. In diesem Jahre überträgt Bischof Heinrich von Bamberg dem Herzoge Otto II. von Bayern jene Lehen, welche der bayerische Pfalzgraf Rapoto inne gehabt hatte, mit Ausnahme der advocatia in Kicemgespuhel³⁾. Diese advocatia des Bistums Bamberg in Kicemgespuhel ist jene bambergische Propstei oder Oblei in Kitzbühel, die mit Brief vom 11. Februar 1594 vom Stift Bamberg an Hörand Freiherrn von Wolkenstein-Trostburg verkauft wurde, von diesem im darauffolgenden Jahre durch Urkunde vom 16. Jänner 1595 kaufweise an Hans Päßagl, Wirt und Gastgeber zu St. Johann, übergieng, von diesem am 22. März 1613 in das Spital zu Kitzbühel gestiftet und am 26. Oktober 1697 wiederum an den Bischof von Passau verkauft wurde⁴⁾. Das ganze Gebiet von Kitzbühel war ja ursprünglich im Besitze der Bischöfe von

¹⁾ Über den Namen vgl. den Aufsatz v. F. Stolz, der Name „Kitzbühel“ in den „Innsbrucker Nachrichten“ Nr. 1, Jhrg. 1903.

²⁾ Codex traditionum Chiemseensium in Monumenta Boica II 341. Die Erzählung von Staffler, Tirol und Vorarlberg I, 870 und Vordermayr a. a. O. 19, daß dieser Marquardus in der Burg gehaust habe, die 1100 und wahrscheinlich schon viel früher dort gestanden haben soll, entbehrt jeder historischen Begründung.

³⁾ Revers des Herzogs vom 7. Oktober 1252 gedruckt in Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte V. 112, jedoch ist die Lesart Ktemgespuhel nach dem Bamberger Kopialbuch Nr. 3 (Rep. 27) fol. 27 in Kicemgespuhel zu verbessern (freundliche Mitteilung des Reichsarchivs in München).

⁴⁾ Sämtliche Orig.-Urkunden im Schloßarchiv auf Kapsburg bei Kitzbühel. Kopien im Stadt-Archiv in Kitzbühel, Abt. Urk. u. cod. 82. Vgl. Archivberichte 4. Bd. Vgl. auch des Weistum der Bamberger Propstei zu Kitzbühel vom Jahre 1402 in den Tirolischen Weistümern I, 77.

Bamberg und Regensburg und kam erst allmählich in die Hände der bayerischen Herzoge¹⁾. Bei der ersten Länderteilung des Jahres 1255 fiel das Gebiet von Kitzbühel und die damit stets gleiche äußere Schicksale teilenden Gebiete von Kufstein und Rattenberg als Teil Oberbayerns mit München als Hauptstadt an Herzog Ludwig II., während Niederbayern mit Landshut als Hauptstadt an Herzog Heinrich XIII. kam²⁾. Wie weit die Entwicklung Kitzbühels gediehen war, als der Ort von Herzog Ludwig II. zuerst den Genuß des Stadtrechtes verbrieft erhielt³⁾, vermögen wir mangels weiterer urkundlicher Nachrichten nicht zu sagen.

In einer apud Chitzingenspöhel ausgestellten Urkunde vom 6. Juni⁴⁾ 1271 verleiht Ludwig II. seiner nova plantatio apud Chitzingenspöhel, um dieselbe zur Blüte zu bringen und sein, bezüglich derselben gefaßtes Vorhaben mit Hilfe und Rat der Bürger auszuführen, *universa iura seu constitutiones civitatum nostrarum tam in Monaco quam alias*. Diese Bewidmung sollte aber keine unbedingte, sondern eine befristete sein, und nur dauern vom Tage der Ausstellung der Urkunde bis zum nächstfolgenden Herbst und von da die fünf nächstfolgenden Jahre⁵⁾.

Der im Stadtrechtsprivileg gebrauchte Ausdruck „nova plantatio“ möchte fast die Vermutung nahe legen, daß vorher an Stelle oder neben der späteren Stadt keine Ansiedlung gewesen sei, aus welcher oder neben welcher die Stadt erwuchs,

1) Vgl. Hormayrs Archiv für Geschichte, Statistik etc. 1828, S. 239.

2) Riezler II, 104 ff. Böhmer, Wittelsbachische Regesten S. 26.

3) Die im Tiroler Boten 1821, S. 144 aufgestellte von Staffler I 870, Vordermayr a. a. O. 20 und in den Tirolischen Weistümern I 72, Anm. wiederholte Behauptung, Kitzbühel habe schon von dem 1183 zur Regierung gelangten Hz. Ludwig dem Kehlheimer 1180 (!) oder 1183 ein Stadtrecht erhalten, woran Fischnaler, a. a. O. 97, Anm. 1, mit Recht gezweifelt hat, ist eine reine Erfindung.

4) Bei Vordermayr und Fischnaler, a. a. O., irrtümlich 8. Juni. Am 6. Juni stellt Hz. Ludwig zu Chitzeinspöhel noch eine zweite Urkunde aus (für das Gotteshaus Raitenhaslach), Mon. Boica III, 167. Böhmer, Wittelsbachische Regesten S. 34.

5) Die Urkunde abgedruckt im Anhang Nr. I.

sondern daß es sich um eine vom Herzog ohne Anlehnung an eine schon bestandene Ortschaft planmäßig errichtete neue Ansiedlung handle, daß also eine sogenannte Städtegründung von wilder Wurzel vorläge. Dieser Schluß wäre aber zu weitgehend. Kitzbühel als Ort haben wir schon früher beurkundet gefunden, ohne daß wir über seinen rechtlichen Charakter, ob es etwa schon Markt oder bloß ein Dorf gewesen sei, etwas Genaueres wissen. Der Ausdruck „nova plantatio“, dem wir in verschiedenen Wendungen auch anderwärts begegnen, wo es sich nicht um eigentliche Neugründungen „aus wilder Wurzel“ handelt¹⁾ will zwar auf eine neue Schöpfung hinweisen, ohne aber den Zusammenhang mit schon Bestehendem negieren zu wollen. Plantatio bezeichnet im allgemeinen die Gründung, technisch genommen ist es der der fundatio, d. i. der Absteckung des in Aussicht genommenen Bauerrains, folgende Akt der Zuweisung der einzelnen Bauareen an die neuen Ansiedler und wohl auch die Bebauung derselben²⁾.

Die Verleihung des Rechtes der oberbayerischen³⁾ Städte im allgemeinen und Münchens insbesondere, die dann auch in den späteren Stadtrechtsprivilegien begegnen wird, hätte nach dem Zeitpunkte, als durch das wahrscheinlich im Jahre 1334 ergangene⁴⁾ Stadtrechtsbuch Kaiser Ludwigs und seiner Söhne für alle oberbayerischen Städte und Märkte⁵⁾ ein gemeines Stadt-

1) Vgl. G. L. v. Maurer, Geschichte der Städteverfassung in Deutschland I 42. Gengler, deutsche Stadtrechtsaltertümer 363 f. Keutgen, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte S. 68 e. 147, 148.

2) Eine durch jur. u. Dr. Georgius Bardt am 18. Sept. 1554 angefertigte Übersetzung der Urkunde gibt „plantatio“ mit „bau“ wieder. Ähnlich übersetzt Johannes Pirgelius (saec. XVI) die „nova plantatio nostra aput Chizzingensbühel“ mit „der neu angefangen pau an unser stat Kitzbüchl.“ Beide Übersetzungen beim Original im Stadtarchiv in Kitzbühel.

3) Nur diese können für Hz. Ludwig als Regent von Oberbayern in Betracht kommen.

4) V. d. Pfordten, Studien zu Kaiser Ludwigs oberbayerischem Stadt- und Landrechte 290 ff.

5) Mit Ausnahme der Gebiete jenseits der Donau u. des Lechs. Näheres bei v. d. Pfordten, a. a. O., 222 ff.

recht geschaffen war, nichts Auffälliges. Seit Mitte des 14. Jahrhunderts finden wir derlei Verleihungen häufig¹⁾. Unsere Stelle nötigt uns aber anzunehmen, daß es schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ein auf gewohnheitsrechtlicher Bildung beruhendes gemeines Stadtrecht in Oberbayern gegeben habe, das [dann zur Anwendung kam, wenn die einer Stadt speziell verliehenen landesherrlichen Privilegien keine Normen aufstellten. Diese Annahme entspricht auch ganz dem Charakter des Stadtrechtsbuches Kaiser Ludwigs, das nicht so sehr neues Recht schaffen, als vielmehr schon geltendes Recht kodifizieren wollte²⁾. Die Gesetzgeber wären kaum auf den Gedanken gekommen, ein allgemein geltendes Stadtrecht einzuführen, wenn sie nicht schon ein solches vorgefunden hätten.

Eine Besonderheit, die wir sonst nirgends finden, ist die Bewidmung mit Stadtrecht nur auf bestimmte Zeit. Was sollte nach Ablauf derselben geschehen? Es wäre denkbar, daß der Herzog den ferneren Genuß des Stadtrechts an die Erfüllung gewisser Bedingungen geknüpft hätte, wie z. B. an die Ummauerung. Diese Bedingung wurde von Seite des tirolischen Landesfürsten König Heinrich im Jahre 1312 den Bürgern von Imst gestellt, von diesen aber nicht erfüllt, was tatsächlich zur Folge hatte, daß es nie den Charakter einer Stadt erhalten hat³⁾. Jedoch ist anzunehmen, daß der Herzog eine solche Bedingung, wenn er sie gestellt hätte, in das Privileg selbst aufgenommen hätte. Das Naheliegendste dürfte wohl sein, daß der Landesfürst in den fünf Jahren, in welchen er den Bürgern von Kitzbühel den Genuß des Stadtrechtes zusicherte, zunächst die Lebensfähigkeit des jungen Gemeinwesens erproben wollte und daß die Bürger nach Ablauf dieser Frist um die Bestätigung der einmal verliehenen Freiheit ansuchen mußten. Ob eine solche Bestätigung dann erfolgt ist, wissen wir nicht genau. Wahrscheinlich können wir diese Frage verneinen, denn weder

1) Ebenda 232 ff.

2) Ebenda 167.

3) Fischnaler a. a. O. 89. Kogler, landesfürstl. Steuerwesen in Tirol bis zum Ausgang d. M. A. I 168 (586) u. Anhang IV, S. 284 (702).

unter den Originalen, noch in den Kopien des Stadtarchives in Kitzbühel ist eine solche Urkunde vorhanden, noch wird in den späteren, im Stadtarchiv vollzählig erhaltenen Stadtrechtsprivilegien darauf Bezug genommen.

Eine andere Frage, die uns entgegentritt, ist die, ob Kitzbühel durch die Bewidmung Herzog Ludwigs mit Stadtrecht wirklich auch zur Stadt geworden oder ob es dadurch nur in die Reihe der rechtlich den Städten gleichgestellten¹⁾ Märkte eingetreten ist. Tatsächlich wird Kitzbühel in der nächsten Zeit vielfach als „Markt“ bezeichnet, so insbesondere in den beiden gleich zu erwähnenden Urkunden aus dem Jahre 1297²⁾.

Allein aus dem Gebrauch der Bezeichnung „Markt“ einem Ort den Charakter einer Stadt abzusprechen, ist unzulässig, denn Markt ist der gemeinsame Name für Markt im engern Sinne und Stadt. Jede Stadt ist ein Markt, aber nur der ummauerte Markt ist eine Stadt³⁾. Kitzbühel wird vereinzelt auch noch zu einer Zeit als „Markt“ bezeichnet in welcher über dessen Charakter als Stadt kein Zweifel mehr obwalten kann, so noch in Urkunden von 1360⁴⁾ und 1365⁵⁾, ferner noch im Teilungsvertrag der bayerischen Herzoge von 19. November 1392⁶⁾ und noch in einer Urkunde Herzog Stefans III. vom 3. Juni 1399⁷⁾.

¹⁾ Seydel, Bayerisches Staatsrecht I 82, Rosenthal a. a. O. 154 v. d. Pfordten a. a. O. 232 ff.

²⁾ S. 7 ff. 10 ff. beide Urkunden abgedruckt Anhang II u. III.

³⁾ Ritschel, Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis 149 ff.

⁴⁾ Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 12 (1872) S. 187.

⁵⁾ 1365 Juni 23 (Johansabend zu sünbent). „Der rat und di gemain des marchez ze Chieczpuhel“ versprechen Seyfrid dem Frawnberger, Chorherr auf dem Dom zu Freising und Pfarrer zu St. Johann, zur Erhaltung der Frühmesse in der St. Katharinenkapelle, „in dem marcht ze Chieczpuhel“ durch 5 Jahre hindurch alljährlich 12 Mark Perner Meraner Münze. Or. Pg. mit dem „S(igillum) civium in Chieczpuhel“ im Pfarrarchiv in Kitzbühel.

⁶⁾ „Kiczpuhel der margt.“ Quellen VI 552.

⁷⁾ 1399 Juni 3, Kitzbühel, Hz. Stefan III. eignet der Kathreinkapelle „in unserm margkt zu Kyczpuhel“ das Helderlehen zu Wiesenswang. Or. Pg. mit aufgedr. kl. Siegel im Stadtarchiv in Kitzbühel.

Aber aus einem andern Grunde werden werden wir Kitzbühel den Charakter einer Stadt zunächst absprechen müssen. Es entbehrte vorerst der schützenden Mauern. Die Ummauerung ist aber seit dem 12. Jahrhundert ein wesentliches Erfordernis einer Stadt gewesen, ja es ist das einzige Kriterium für die Unterscheidung von Städten und Märkten¹⁾. Kitzbühel tritt uns im ersten Stadtrechtsprivileg vom 6. Juni 1271 noch als offener Ort entgegen. Dreimal bezeichnet es Herzog Ludwig als „oppidum“, und oppidum ist nicht mit Gengler²⁾ als eine den spezifisch-städtischen Charakter deutlich ausprägende Stadtbezeichnung, nicht als eine dauernd umwehrte Ansiedlung aufzufassen, sondern im Gegenteil als offener, nicht unwehrter Ort³⁾. Leider vermögen wir nicht genau zu sagen, wann der Markt Kitzbühel seinen Mauergürtel und dadurch städtischen Charakter erhalten hat. Wir können aber, wie wir noch sehen werden, annehmen, daß das jedenfalls, wenn nicht früher, so doch noch gegen Ende des 13. Jahrhunderts geschehen ist.

Das *propositum super ipsa plantatione conceptum*, von dem Herzog Ludwig in seiner Urkunde vom 6. Juni 1271 spricht, wurde auch von seinem Sohne Herzog Rudolf I. aufgenommen. Gleich seinem Vater suchte auch dieser das Aufblühen des jungen Gemeinwesens auf jegliche Weise zu fördern. Reich an Begünstigung war besonders das Jahr 1297. Mit Urkunde vom 5. März 1297 traf Heinrich von Wolfratshausen, Herzog Rudolfs Viztum in Bayern, im Auftrage seines Herrn eine Reihe von

1) Ritschel a. a. O. 150 ff., derselbe das Burggrafenamt und die hohe Gerichtsbarkeit S. 323, Anm. 2. Schröder, deutsche Rechtsgeschichte 4. Aufl., 602 ff.

2) Deutsche Stadtrechtsaltertümer 350 f.

3) Als klassisches, gleichzeitiges Beispiel aus dem bayerischen Rechtsgebiet möge die Urkunde Meinhards von Tirol vom 7. Juni 1282 dienen, in welcher er sagt, daß er Willens sei, in oppido Imbst *facere forum et subsequenter construere civitatem*. v. Hormayr, Beiträge zur Geschichte Tirols im M. A. I b S. 183. Für das sächsische Rechtsgebiet vgl. Keutgen, Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung 46 ff. Die Römer hießen jede ummauerte Ortschaft *oppidum*. Ritschel, *Civitas* auf deutschem Boden 19. Vgl. auch Hegel, Lateinische Worte und deutsche Begriffe. Neues Archiv 18. Bd. (1893) 207 ff.

Verfügungen, welche alle darauf hinausliefen, den allgemeinen Handelsverkehr im Gericht Kitzbühel, das sich über einen weiten Umkreis erstreckte, zu Gunsten der Bürger Kitzbühels einzuschränken und dieses selbst zum Verkehrsmittelpunkte zu machen¹⁾. Das Mandat des Viztums ist an den Richter von Chitzpyhel gerichtet, der über die Ausführung desselben zu wachen hatte.

Zum Jurisdiktionsbezirk dieses Richters von Kitzbühel gehört ebensowohl der Ort Kitzbühel selbst, als auch die davon weit entlegenen, zum Landgerichte Kitzbühel gehörigen Orte Kössen (Chezzen), St. Johann und Kirchdorf. Auf den ersten Blick wäre man versucht, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Bildung eines eigenen vom Landgerichte eximierten Stadtgerichts, wie uns das etwa für München im Privileg Herzog Rudolfs vom 19. Juni 1294 entgegen tritt²⁾, noch nicht vollzogen gewesen sei. Allein wäre dieser Schluß richtig, so müßte man ihm mit derselben Berechtigung auch aus den im Anhang Nr. IX, X, und XI abgedruckten Urkunden von 1459, 1473 und 1474 ziehen, für welche Zeit er ohne Zweifel unrichtig wäre. Dieser Richter von Kitzbühel ist nicht der Stadtrichter, dem ja, wie wir bald sehen werden, in Verwaltungsangelegenheiten keinerlei Kompetenz zustand, sondern der Landrichter, in dessen Jurisdiktionsbezirk als höheren Gerichtsbezirk der vom Markt oder der Stadt Kitzbühel dargestellte niedere Gerichtsbezirk sich einfügte. Es kann wohl angenommen werden, daß in der Erteilung des Stadtrechtes von München vom Jahre 1271 auch die Eximierung

¹⁾ Abgedruckt im Anhang Nr. II. Der Aufsatz im Tiroler Boten 1821 S. 144 u. darnach Staffler, Tirol u. Vorarlberg I 870, bringen diese Urkunde für das Jahr 1227. Vordermayr a. a. O. 1. Aufl. (1886) S. 11 gibt als Aussteller einen „Haynreich von Wolfrach (!) Herzog und Vitztum (!) von Bayrn“ an, wogegen schon Fischnaler, a. a. O. 97, ohne die Urkunde zu kennen, berechtigte Bedenken äußerte. In der zweiten, dritten und vierten Auflage (1894, 1900 u. 1907) läßt Vordermayr diese Urkunde ausstellen von „Haynreich von Wolfrach, des Herzog Ernst Vitztumb von Bayern.“

²⁾ Artikel 17, Quellen VI 47.

Kitzbühels als niederen Gerichtsbezirks vom Landgerichtsbezirk gelegen ist.

Entsprechend der Bestimmung des bayerischen Landfriedens König Rudolfs vom 6. Juli 1281: Ez sol nieman dhein trinchen veil haben, dann datz den rehten etabern¹⁾, verfügte der Viztum, daß auch im ganzen Gericht Kitzbühel außerhalb des Marktes Kitzbühel das Gastungsrecht nur an den althergebrachten Tafern ausgeübt werden dürfe, deren je eine in Kössen, in St. Johann und in Kirchdorf wäre. Nur „in dem marcht datz Chitzpvhel“ sollte unbeschränktes Gastungsrecht gelten.

Im ganzen Gericht sollte der Handel nur auf die offenen Märkte beschränkt und außerhalb derselben verboten sein, ein Streben, das uns im Mittelalter einerseits zur Hebung der Märkte und andererseits um den Handelsbetrieb vor die Öffentlichkeit zu rücken und die Konsumenten beim Einkauf der Ware vor Übervorteilung zu schützen, ganz allgemein begegnet²⁾. Nur die Bürger von Kitzbühel sollen von diesem Marktzwang nicht getroffen werden. Diese können Handel treiben, „swa si mugen oder wellen“. Überdies war der Verkauf von Waren im Markt Kitzbühel den Bürgern von Kitzbühel und denen von München vorbehalten, allen andern Personen untersagt. Dadurch hatten die Bürger von Kitzbühel eine Art Handelsmonopol, indem die ganze bäuerliche Bevölkerung der Umgebung wie überhaupt alle Nichtbürger, mit Ausnahme der Münchner Bürger, gezwungen waren, wenn sie ihre Produkte in Kitzbühel an den Mann bringen wollten, dieselben zuerst an die Bürger von Kitzbühel oder an die natürlich erst in zweiter Linie in Betracht kommenden Münchner Bürger zu verkaufen.

Die Weide der Kitzbüheler sollte von niemand andern genützt werden dürfen, als allein von den Bürgern selbst und dem Besitzer des Hegelhofes³⁾ und nicht die Kitzbüheler sollten

¹⁾ Quellen V 341.

²⁾ v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung 15 f. Rietschel, a. a. O. 32 f. Vgl. auch unten S. 44 ff.

³⁾ Heute mehrere Höfe bei Kitzbühel südlich der Stadt.

ihr Vieh vor Einbruch in benachbarte fremde Weiden abhalten müssen, sondern jeder muß seine Weide selbst durch Einfriedung davor schützen¹⁾).

Wer im „Markt“ über Jahresfrist das Bürgerrecht genießt, dessen Recht sollte unanfechtbar sein, eine Bestimmung, die dann auch in das Stadtrecht vom Jahre 1354 übergegangen ist²⁾).

Als Strafsanktion ist die Bestimmung aufgenommen, daß der Übertreter ein Pfund an den Richter und ein Pfund an die „Stadt“ verwirkt.

In dieser Urkunde ist Kitzbühel regelmäßig als „Markt“ bezeichnet, nur einmal findet sich dafür der Name „Stadt“. Da die Bezeichnung „Markt“ auch für die „Stadt“ paßt, nicht aber umgekehrt, so muß man aus derselben schließen, daß der so bezeichnete Ort eine Stadt ist.

Bald darauf begabte Herzog Rudolf das junge Gemeinwesen mit der auch heutzutage noch große Erträgnisse abwerfenden Almende am Schattberg. Mit Urkunde vom 23. März 1297 schenkt er den „burgaern ze Chitzpvhel darumbe, daz si uns deste gütlicher dienen und auch vrölicher bawen und den marche ze Chitzpvhel deste baz vesten“ zwei Güter am Schatperch³⁾).

Herzog Rudolf hat damit den Aufbau und die Erhaltung der Stadtmauern, die seit den Gesetzen Friedrich II. über die Landeshoheit als Pflicht, zugleich aber auch als Recht der Territorialherren galten⁴⁾, ebenso wie andere Landesfürsten, auf die Bürgerschaft überwältzt und während andere Landesherren dafür den Bürgern als Entgelt regelmäßig Steuerbefreiung zusicherten⁵⁾, gewährte ihnen Herzog Rudolf eine direkte und dauernden

1) So fasse ich die Bestimmung auf: Swer auch etzze gen ir etzze habe, der sol die friedcn, als er si haben welle.

2) Vgl unten S. 21.

3) Abgedruckt im Anhang Nr. III.

4) Schwalm im Neuen Archiv für ältere deutsche Geschichte, 23 S., 548 f. Zeumer in Sybels hist. Ztschr. 81 S. 39 f.

5) Hegel, Entstehung des deutschen Städtewesens 33 Kogler a. a. O. 168 (586).

Nutzen abwerfende Vermögenszuwendung. Leider läßt sich aus der allgemeinen Redewendung des Herzogs, daß die Bürger den Markt „deste daz vesten“ sollen, kein Schluß ziehen, ob etwa schon eine Befestigung bestanden habe. Es kann sich nach dieser Ausdrucksweise sowohl um den weiteren Ausbau und um die Erhaltung schon vorhandener Mauerwerke handeln, als auch um die Neuanlegung derselben. Für sicher können wir aber annehmen, daß Kitzbühel, wenn es nicht schon früher unwehrt war, so doch bald nach dieser mit der Auflage der Ummauerung gemachten Almendeschenkung seine Mauern erhalten habe.

Als die oberbayerischen Herzoge, die Brüder Rudolf und Ludwig, am 1. Oktober 1310 ihre Länder teilten, fiel Chitzpühel¹⁾ mit dem südöstlichen Teile Oberbayerns und München als Hauptstadt an Herzog Rudolf, während Ludwig der Bayer den Nordwesten mit Ingolstadt als Hauptstadt erhielt²⁾. Diese Teilung dauerte allerdings nicht lange, denn durch Vertrag vom 21. Juni 1313 einigten sich die beiden Herzoge wiederum zu einem Zusammenwurf ihrer Lande und zu gemeinsamer Regierung³⁾ und nach dem Tode Rudolfs (1319) gewann der inzwischen (1314) zum deutschen König erhobene Ludwig, wiewohl Rudolf drei Söhne hinterließ, zunächst die Alleinherrschaft in ganz Oberbayern. Durch Vertrag vom 1. Mai 1319 verpfändete Ludwig unter anderm auch Chitzpühel⁴⁾ an seine niederbayerischen Vettern Heinrich XIV. den Ältern, Otto und Heinrich XV. den Jüngern⁵⁾, in welcher aller Namen Heinrich der Ältere als der vorerst allein volljährige die Regierung führte.

1) Während sowohl Chüfstein wie Ratenberch im Teilungsvertrag als „purch und marcht“ bezeichnet werden, fehlt für Chitzpühel eine dessen Charakter ausprägende Benennung.

2) Quellen VI, 159 ff.

3) Ebenda 217 ff.

4) Während Chüfstain als „pürg und veste“ bezeichnet wird, fehlt für Chitzbühel auch hier jeder weitere Zusatz.

5) Quellen VI, 266 ff., der Revers der niederbayrischen Herzoge gleichen Datums ebenda 269 ff.

Wer Kitzbühel bisher, sei es als Markt, sei es als Stadt, im Genusse des oberbayerischen und speziell des Münchner Stadtrechtes gewesen, so hatte diese Verpfändung an die niederbayerischen Herzoge auch eine zeitweilige Änderung des Stadtrechtes zur Folge. Der Regent von Niederbayern, Herzog Heinrich der Ältere, verlieh in einer zu Chitzpühel ausgestellten Urkunde vom 25. September 1321 den Bürgern daselbst für die Zeit seines pfandweisen Besitzes (di weil wir si inne haben) „alle deu reht chlaineu und grozzeu, deu unser stat ze Lantshüt hat und alle ander unser stet überal [in] unser lant“¹⁾.

Ebenso wie Herzog Ludwig II. im Jahre 1271 Kitzbühel mit dem Stadtrecht von München insbesondere und dem der oberbayerischen Städte im allgemeinen bewidmete, so begab jetzt Herzog Heinrich Kitzbühel für die Zeit seines Besitzes mit dem Stadtrecht von Landshut im besondern und dem der niederbayerischen Städte im allgemeinen. Aus dieser Tatsache wird wohl der Schluß zulässig sein, daß auch die Stadtrechte der niederbayerischen Städte gewisse gemeinsame Grundzüge aufzuweisen hatten, daß es auch in Niederbayern ein, wenn auch vielleicht dürftiges, allgemeines Stadtrecht gegeben habe. Da übrigens auch die Grundzüge der Stadtrechte von Landshut und München im wesentlichen übereinstimmende sind²⁾, so dürfte dieser Wechsel des Stadtrechtes für Kitzbühel keine allzugroße Bedeutung gehabt haben, er war mehr ein formeller als ein materieller. Herzog Heinrich hat diese Änderung des Stadtrechtes von Kitzbühel wahrscheinlich nur aus prinzipiellen Gründen vorgenommen, weil er überhaupt die Anwendung formell exterritorialen Rechtes in seinem Herrschaftsgebiet ausschließen wollte, denn den Ausschluß des Rechtszuges an einen Oberhof außer Landes (München) kann er nicht bezweckt haben, da in Bayern der Rechtszug von den Stadtgerichten nicht an die Mutterstadt als Oberhof gieng, sondern ebenso wie von den Landgerichten „gen hof“³⁾.

1) Urkunde abgedruckt im Anhang Nr. IV.

2) Rosenthal, a. a. O. I, 154.

3) Rosenthal, a. a. O. I, 123 f. v. d. Pfordten, a. a. O. 317. Wehner, Gerichtsverfassung der Stadt München (Münchner Dissertation 1876) 85 ff.

Doch lange blieb Kitzbühel nicht im Besitze der niederbayerischen Herzoge und demgemäß auch nicht lange im Genuß des Stadtrechtes von Landshut und der niederbayerischen Städte. Der Vertrag von Pavia vom 4. August 1329, in welchem Kaiser Ludwig der Bayer mit den Söhnen seines verstorbenen Bruders Rudolf eine Länderteilung vornahm, bezeugt uns „di stat“ Chitzpühel wiederum mit Oberbayern vereinigt im bleibenden Besitze Kaiser Ludwigs¹⁾, in dessen Hände nach dem Aussterben der niederbayerischen Linie im Jahre 1340 auch ganz Niederbayern kam²⁾. Kaiser Ludwig verließ auch mit Privileg vom 1. Jänner 1338 „dem rat und den burgern gemeinlichen ze Kitzpühel“ wiederum das Stadtrecht von München und der oberbayerischen Städte³⁾.

In dieser Urkunde ist zum erstenmal der Stadtrat bezeugt. Viel älter scheint derselbe auch nicht zu sein. Städten, die mit einem Schlag durch einen schöpferischen Akt des Stadtherrn geschaffen wurden, wurde allerdings in der Regel der Stadtrat nach dem Vorbild anderer Städte sofort als fertiges Institut in das Rechtsfundament der neugegründeten Stadt eingefügt⁴⁾, aber bei einem so kleinen Gemeinwesen, wie es ursprünglich der Markt und dann die Stadt Kitzbühel darstellte, ist es ja leicht möglich, daß die Gemeindeangelegenheiten in einer Versammlung aller Bürger erledigt werden und daß sich erst mit dem Anwachsen des Gemeindeganismus das Bedürfnis herausstellte, zur Besorgung der Gemeindeangelegenheiten einen Ausschuß der Bürger zu bestellen. In den älteren Urkunden für Kitzbühel erscheinen denn auch stets die Bürger in ihrer Gesamtheit als die Repräsentanten der Gemeinde, von einem Rate ist noch keine Spur. *Auxilio et consilio civium* will Herzog Ludwig II. nach dem Privileg vom Jahre

1) Quellen VI, 298 ff.

2) Riezler II, 450 f.

3) Urkunde abgedruckt im Anhang V.

4) Ritschel, Markt u. Stadt, 166 ff. Keutgen, Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 218 ff. Hegel, Entstehung des Städtewesens 174. Rosenthal, a. a. O. I, 167 f.

1271 sein hinsichtlich Kitzbühel gefaßtes Vorhaben zu gutem Ende führen¹⁾, den Bürgern in ihrer Gesamtheit schenkte Herzog Rudolf im Jahre 1297 die Almende²⁾ und ebenso verleiht Herzog Heinrich noch im Jahre 1321 der Gesamtheit der Bürger das Recht von Landshut und der niederbayerischen Städte³⁾. Erst seit dem Jahre 1338 ist dann neben der Bürgerschaft der Rat bezeugt⁴⁾, so daß wir die Entstehung desselben mit einiger Sicherheit in die Zeit von 1321—1338 zu verlegen haben, und erst noch ein Jahrhundert später, nachweisbar seit 1444, tritt dann an die Spitze des Rates der Bürgermeister⁵⁾.

Kaiser Ludwig hat ferner die Steuerleistung der Stadt Kitzbühel ein für allemal geregelt. Durch Privileg vom 24. April 1340 bestätigt er dem Rate und den Bürgern zu Kitzpühel das alte Herkommen, daß die Stadt wie bisher so auch in Zukunft nicht mehr als 20 Pfund Münchner Pfennige jährlich zu St. Georgi als Stadtsteuer zu leisten habe⁶⁾. In dieser Höhe hat sich die ordentliche Stadtsteuer Kitzbühels über mehr als ein ganzes Jahrhundert erhalten. Noch im Jahre 1442 betrug sie entsprechend dem Privileg Kaiser Ludwigs nicht mehr als 20 Pfund Pfennige⁷⁾ und ebenso gibt ein aus ungefähr derselben Zeit stammendes Weistum über „die weyt und die hernleichayt“ des Landgerichtes Kitzbühel die jährliche Stadtsteuer in derselben Höhe an⁸⁾.

Infolge der Vermählung Ludwig des Brandenburgers, des ältesten Sohnes Kaiser Ludwigs, mit Margaretha Maultasch (1342) wurde Kitzbühel, ebenso wie die benachbarten Rattenberg und Kufstein, zum erstenmal vorübergehend in der Hand

1) Vgl. oben S. 3 und Anhang Nr. I.

2) Oben S. 10 und Anhang Nr. III.

3) Oben S. 13 und Anhang Nr. IV.

4) Vgl. die folg. Urkunden.

5) Näh. unten S. 28. f.

6) Urkunde im Anhang Nr. VI.

7) Quittung über die zu Georgi 1442 fällige Stadtsteuer vom 12. Sept. 1442 im Stadt-Archiv in Kitzbühel (Abt. Urkunden).

8) Hs. im Statth. Archiv in Innsbruck: Nota die weyt des gerichtcz zu Kiczpüchel und dy hernleichayt darin.

eines Herrschers mit Tirol vereinigt und blieb auch nach Ludwigs Tod (1361) zunächst noch unter dem Szepter Margarethens bei Tirol, weil der Brandenburger diese Gebiete, welche neben andern auch die Morgengabe der Kaiserin Margaretha, der zweiten Gemahlin Kaiser Ludwigs, gebildet hatten¹⁾, durch Urkunde vom 10. November 1356 seiner Gemahlin als Wittum bestellt hatte²⁾, gelangten dann 1363 vorübergehend mit Tirol an die österreichischen Herzoge, um durch den Frieden von Schärding vom 29. September 1369 wiederum von Tirol getrennt zu werden und an Bayern zurückzufallen³⁾.

Die Regierungszeit Ludwig des Brandenburgers war für die Rechtsentwicklung der Stadt Kitzbühel insoferne von besonderer Bedeutung, als in den Jahren 1353 und 1354 zwei umfangreiche Rechtsdenkmäler entstanden, die uns das Rechtsleben der Stadt wenigstens in großen Zügen erkennen lassen und die wir nach ihrer Entstehung und ihrer Anlage als Stadtrechte bezeichnen können, wenngleich sie verschiedenen Charakter tragen. Beide Rechtsquellen sind uns nur in Handschriften des 16. Jahrhunderts im Stadtarchiv in Kitzbühel erhalten⁴⁾.

Das Stadtrecht von 1353 (Stadtrecht I.)⁵⁾ ist eine 32 Artikel zählende autonome Satzung der Bürger, die ihre Entstehung der rechtsschöpferischen Gewalt der Gemeinde verdankt. Die Bürger in ihrer Gesamtheit werden als die Gesetzgeber angeführt⁶⁾, sie sprechen gelegentlich von sich in erster Person (wir verpieten . . . wir sollen⁷⁾). Jedoch läßt der Zusatz in der Überschrift „die wir von herrschafft genaden haben“ wohl auf eine Bestätigung seitens des Landesfürsten schließen. Ihrem Inhalte nach stellt sich diese Satzung als eine Polizeiordnung

1) Noch unterm 12. Mai 1344 bestätigte Markgraf Ludwig der Kaiserin Margarethe die von ihrem Wirt und seinem Vater Kaiser Ludwig unter andern auf Kytzpühel, die stat, versicherte Morgengabe. Quellen VI. 379.

2) Huber, Vereinigung Tirols mit Österreich, Regest Nr. 190, S. 182.

3) Quellen VI. 499 ff. Huber, a. a. O. 115. Riezler III, 88.

4) Im Stadtbuch von Kitzbühel. Stadtarchiv cod. 2.

5) Abgedruckt im Anhang Nr. VII.

6) So besonders Artikel 12. Auch Überschrift.

7) Artikel 28 und Überschrift.

dar, wie solche überhaupt den Hauptinhalt der städtischen Statuten des 13. und 14. Jahrhunderts ausmachen und die verschiedenartigsten Seiten des städtischen Zusammenlebens regeln. Die meisten Bestimmungen sind dem Markt- und Gewerbewesen gewidmet.

Das im Jahre 1354 entstandene Stadtrecht (Stadtrecht II)¹⁾ ist eine zusammenfassende in 35 Artikel gebrachte Fixierung der den Bürgern von Kitzbühel von den Herzogen von Bayern verliehenen Rechte und Freiheiten. Die einzelnen Bestimmungen enthalten landesfürstliches Recht. Die Quelle ihrer Geltung ist die landesfürstliche Gewalt, die weitaus größere Zahl der Artikel läßt sich auf landesfürstliche Normen zurückführen. Von den 35 Artikeln sind 22 dem Privileg Herzog Rudolf I. dem sog. Rudolfinum vom 19. Juni 1294 für die Mutterstadt Kitzbühels München²⁾ entlehnt oder schließen sich wenigstens enge an dasselbe an³⁾. Von den Bestimmungen, die gegenüber dem Münchner Rudolfinum neu sind, ist ein Artikel dem Privileg des Viztums Heinrich von Wohlfratshausen vom 5. März 1297 entnommen⁴⁾ und dieser selbe Artikel und noch vier andere gegenüber den Rudolfinum neue Artikel finden sich in dem dem Münchner Rudolfinum nachgebildeten Stadtrecht von Ingolstadt vom 25. Juli 1312⁵⁾. Soweit nun das Rudolfinum einerseits Quelle des Ingolstädter Stadtrechtes und andererseits Quelle des Stadtrechtbuches Kaiser Ludwigs ist, begegnen natürlich die an das Ru-

¹⁾ Abgedruckt im Anhang Nr. VIII.

²⁾ Quellen VI, 44 ff. jedoch mit falschem Datum 12. Juni. Gengler, deutsche Stadtrechte des M. A. 293 ff. Der Vergleichung mit dem Kitzbüheler Stadtrecht liegt die Artikeleinteilung in den Quellen zugrunde.

³⁾ Es sind das folgende Artikel, wobei die Artikel des Rudolfinums in Klammern beige setzt sind: 1 (3—4), 3 (5), 4 (11), 5 (12), 6 (13), 8 (14), 9 (15), 11 (16), 13 (17), 15 (18), 16 (20), 17 (22), 18—22 (23), 23 (24), 24 (26), 25 (25), 27 (27), 28 (28).

⁴⁾ Nämlich Artikel 10 über Erwerb des Bürgerrechtes. Vgl. oben S. 10 und unten S. 21.

⁵⁾ Es sind das folgende Artikel, wobei die Artikel des Ingolstädter Stadtrechtes nach dem Druck Quellen VI, 204 ff., in Klammern beige geben sind: 10 (10), 12 (12), 26 (25), 29 (31), 30 (22).

dolfinum sich anschließenden Artikel des zweiten Kitzbüheler Stadtrechtes auch in den korrespondierenden Artikeln des Ingolstädter Stadtrechtes¹⁾ und des Stadtrechtbuches Kaiser Ludwigs²⁾ wieder.

Der Tatsache, daß der Inhalt des zweiten Stadtrechtes materiell landesfürstliches Recht darstellt, (entspricht es auch, daß das Stadtrecht selbst auch formell sich als eine in das Jahr 1354 fallende Verleihung Herzog Ludwigs (des Brandenburgers) ausgibt. Erhalten ist von Ludwig allerdings keine andere Verleihungsurkunde, als nur ein vom 9. Mai 1354 datierter in ganz allgemeinen Ausdrücken sich bewogender Konfirmationsbrief, worin er den Bürgern von Kitzbühel alle von seinem Vater dem Kaiser Ludwig und von den früheren Herzogen von Oberbayern erhaltenen Briefe, Freiheiten, Gnaden und guten Gewohnheiten bestätigt³⁾).

Fast mit Sicherheit kann man annehmen, daß eine andere spezielle Verleihungsurkunde auch nicht ergangen ist, denn weder unter den sonst vollständigen Originalen der Stadtrechtsbriefe noch in den Chartularen des Stadtarchives in Kitzbühel ist eine andere, als die genannte Urkunde vorhanden, noch erwähnt der große Konfirmationsbrief Herzog Ludwig des Bärtigen vom 31. Jänner 1417⁴⁾, der alle Privilegien für Kitzbühel seit dem Jahre 1297 einzeln anführt, eine andere Urkunde von Ludwig V. als den Brief vom 9. Mai 1354. Dieser allgemeine Bestätigungsbrief Ludwig des Brandenburgers mochte auch als Grundlage für die Kodifikation des Stadtrechtes vollkommen genügen, denn dadurch wurde die Geltung des Stadtrechtes von München im besondern und der oberbayerischen

¹⁾ So die Artikel 1 (Ingolstadt, Artikel 1—3), 3 (4), 4 (5), 5 (6), 6 (2), 8 (7), 9 (8), 11 (11), 13 (13), 15 (14), 16 (16), 17 (17), 18 (18), 19—21 (19), 22 (19—21), 23 (22), 24 (23), 25 (24), 27 (27), 28 (30).

²⁾ So die Artikel 15 (Auer, Stadtrecht von München, Artikel 33), 17 (126, 291, 319), 19 (404), 20 (406), 22 (127, 277), 23 (125, 399), 24 (243), 25 (247), 27 (275).

³⁾ Orig. (freitags nach dem hl. krawtzttag, als es funden wart) Perg. S. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

⁴⁾ Vgl. unten S. 51.

Städte im allgemeinen für Kitzbühel bestätigt, und unser Stadtrecht ist ja nichts anders als eine um wenige aus andern landesfürstlichen Gesetzen genommenen Bestimmungen vermehrte Wiederholung des Münchner Rudolfinums vom 19. Juni 1294. Es erscheint mir dabei naheliegend, daß die Bürger auch bei der Kodifikation des landesherrlichen Privilegienrechtes hervorragend mitgewirkt haben und daß sie, nachdem sie im vorhergehenden Jahre eine umfangreiche autonome Satzung aufgestellt hatten, nun auch darin gingen, die auf den Herzog zurückgehenden Normen in einheitlicher Weise schriftlich festzulegen¹⁾.

Beide Stadtrechte nun lassen in gegenseitiger Ergänzung uns einen Blick tun in das Rechtsleben der Stadt und lassen dasselbe, wenn auch in groben, so doch immerhin deutlichen Umrissen überblicken.

Die Bürger in ihrer Gesamtheit bilden die Stadtgemeinde. Alle Bürger haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten und alle stehen im Genusse einer Reihe von Vorrechten.

Die Bürger sind Nichtbürgern gegenüber in²⁾ Ausübung von Handel und Gewerbe stark bevorzugt²⁾. Die in Kitzbühel mit Haus und Hof ansässigen Bürger unterliegen, ebenso wie in München³⁾, Ingolstadt⁴⁾ und anderen deutschen Städten⁵⁾, der Untersuchungshaft nur im Falle wirklich vollbrachten Tot-

¹⁾ Aus dem von gleicher Hand, welche das ganze geschrieben hat, herrührenden Zusatz im Artikel 27, „In einer andern cartha steet: den burgern 3 pfund 60 pfennig, dem richter als vil,“ ist zu ersehen, daß dem Schreiber mindestens zwei Handschriften unseres Rechtsdenkmales vorgelegen haben.

²⁾ Vgl. darüber unten S. 43 ff.

³⁾ Privileg vom 19. Juni 1294 Art. 22: Swer ouch einen wundet, hat der, der den schaden tüt, hus und hof in der stat, man sol in niht vahan, die weil der wunt lebet. Stirbet aber der wunt, so sol sich der stat-rihter underwinden sines libes und sines güttes, uns ze behalten. Quellen VI, 49. Ebenso Auer Artikel 126, 291, 319.

⁴⁾ Fast gleichlautend mit der vorhergehenden Stelle Stadtrecht vom 25. Juli 1312, Artikel 17. Quellen VI, 206. Ähnlich war auch in Landshut nach dem Stadtrecht von 1279, Artikel 6, die Untersuchungshaft auf todeswürdige Verbrechen beschränkt. Quellen V, 316.

⁵⁾ Osenbrüggen, Hausfriede 25.

schlags (II 17). Alle Bürger haben ihren ausschließlichen Gerichtsstand wegen aller Delikte, mit Ausnahme der handhaften Tat, vor dem Stadtgericht¹⁾.

Ebenso wie den Bürgern von München²⁾, Ingolstadt³⁾ und Landshut⁴⁾ war auch den Bürgern von Kitzbühel seitens des Landesfürsten Testierfähigkeit zugesichert (II 8), die sich im deutschen Rechte erst allmählich Eingang verschafft hat und zuerst auf Grund kaiserlicher oder landesfürstlicher Privilegien in den Stadtrechten anerkannt wurde⁵⁾. Dabei handelte es sich hauptsächlich darum, daß Kaiser und Landesherr auf ihre fiskalischen Ansprüche auf erbloses Gut und auf ihr Heimfallsrecht gegenüber den Leibeigenen, die durch überjährigen Aufenthalt in der Stadt frei und Bürger wurden, verzichteten⁶⁾.

Ferner ist ebenso wie für München⁷⁾, Ingolstadt⁸⁾ und andere bayerische Städte⁹⁾, so auch für Kitzbühel die Unzulässigkeit des Heiratszwanges ausgesprochen (II 5). Dieser Heiratszwang, der sich aus dem Rechte des Gebotes und Verbotes der Landesfür-

¹⁾ Vgl. darüber unten S. 31 f.

²⁾ Rudolfinum vom 19. Juni 1294 Artikel 14: Wir tûn in ouch die genad, daz ir iglicher an sinen lesten ziten schaffen mack mit sinem gût, swaz er waent, daz siner sel und sinen eren gût si, und daz nach sinem tod deheim herre sich sins gutes niht underwinden sol, noch dar uf niht ze sprechen hab. Quellen VI, 47.

³⁾ Stadtrecht vom 25. Juli 1312, Artikel 7. Ebenda 205.

⁴⁾ Stadtrecht vom 17. August 1279, Artikel 21: Item cum nichil ita hominibus debeat, quam ut supremus eorum voluntatis liber sit stilus, testamenta seu ultimas voluntates quoad factionem decernimus suum habere vigorem et secundum loci consuetudinem probationes posse fieri super illis, etiam si sine liberis fuerit civis talis. Quellen V, 318.

⁵⁾ Stobbe, deutsches Privatrecht, V, 195 ff.

⁶⁾ Pauli, Abhandlung aus dem lübischen Rechte, III, 167 ff.

⁷⁾ Rudolfinum vom 19. Juni 1294, Artikel 12; Wir sûlen och nimen hie ze Mvnicen weder wip noch man ze êlichem hyrat dwingen, ez si dann ir beider wille, die wir zesampne geben wellen. Quellen VI, 47.

⁸⁾ Fast Gleichlautend Stadtrecht vom 25. Juli 1312, Artikel 6. Ebenda 205.

⁹⁾ Für Landshut Rosenthal, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte 160.

sten gegenüber der Untertanen entwickelt hat¹⁾, kam in den Städten in der Weise zum Ausdruck, daß Jungfrauen, manchmal auch Jünglinge, auf Befehl des Landesfürsten sich mit einem Mitgliede des Hofgesindes verheiraten mußten. Gefiel einem Höfling eine Jungfrau, oder einem Hoffräulein ein Junggeselle, so übernahm der landesfürstliche Marschall im Namen des Fürsten die Freiwerbung, die bei Vermeidung des Zornes des Landesfürsten nicht zurückgewiesen werden durfte²⁾.

Nach dem Vorbild der den Bürgern von München³⁾ und Ingolstadt⁴⁾ gegebenen Zusicherung verpflichtete sich der Herzog, niemanden in Kitzbühel zu „beschätzen, er hab dann sein huld besonderlichen verworcht“ (II 6). Durch diese Bestimmung erkannte der Landesfürst Hab und Gut des Bürgers als unantastbar an, er verpflichtete sich, sich jedes Eingriffes in das Vermögen des einzelnen zu enthalten, außer wenn jemand durch eine Missetat einen Vermögensnachteil sich zugezogen hätte und darauf, wie das für Ingolstadt ausdrücklich ausgesprochen ist⁵⁾, durch gerichtliches Urteil („mit dem rehten“) erkannt worden wäre. In dieser Bestimmung liegt wohl auch ein Verzicht des Landesfürsten auf Besteuerung des Einzelbürgers, indem er stets nur die Stadt als solche besteuern wollte, die Aufteilung der Steuer unter die Bürger aber der Stadt selbst überließ⁶⁾. Ebenso wie der Herzog sich selbst jedes Eingriffes in das Vermögen der Bürger zu enthalten versprach, so verpflichtete er sich auch, dasselbe gegen Eingriffe von dritter Seite zu schützen und ebenso versprach er auch die persönliche Freiheit zu respek-

1) v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg I, 154.

2) Grimm, Rechtsaltertümer 4. Ausgabe 603 f. Gengler, Stadtrechtsaltertümer, 258. Rosenthal, a. a. O.

3) Rudolfinum vom 19. Juni 1294, Artikel 13: Wir sülen och hie ze Mfñichen weder man noch wip beschatzen mit besonderlicher beschatzzung, ez si danne, daz si ez besonderlichen verwürchen. Quellen VI, 47.

4) Stadtrecht vom 25. Juli 1312 Artikel 2: Wir sullen ze Ingolstat in der stat niemant beschatzen noch dehein lait tûn weder wip noch man, wir tûn es danne mit dem rehten. Ebenda 205.

5) Siehe die Stelle in voriger Anmerkung.

6) Vgl. Kogler, Steuerwesen I, 167 (585).

tieren und niemandem eine Gewalt zu geben „über khaines leib oder über khaines burgers guet“. Solche Eingriffe in die persönliche Freiheit oder in das Vermögen eines Bürgers sollten nur statthaft sein „nach der statgericht und nach ir sätze und nach geschriben rechte“ (II 9), wobei man unter dem geschriebenen Recht das aufgezeichnete Recht der Stadt zu verstehen hat¹⁾.

Der Landesfürst verzichtet endlich auf das ihm zustehende Recht Moratorien zu bewilligen (I 31).

An den Vorrechten der Bürger nahmen die außerhalb des Burgfriedens sitzenden sogenannten Pfahlbürger keinen Anteil. Sie hatten wohl mit den Bürgern die Lasten zu tragen, waren aber von deren Rechten ausgeschlossen (II 3).

Der Erwerb des Bürgerrechtes konnte auf zweifache Weise vor sich gehen, entweder stillschweigend durch Ersitzung oder durch ausdrückliche Aufnahme in den Bürgerverband.

Der unangesprochene Aufenthalt in der Stadt durch Jahr und Tag verbunden mit Erfüllung der Bürgerpflichten hatte, wie im wesentlichen schon das Privileg des Viztums Heinrich von Wohlfratshausen vom 5. März 1297²⁾ und dann das Ingolstädter Stadtrecht vom 25. Juli 1312³⁾ bestimmte, den unanfechtbaren Erwerb des Bürgerrechtes zur Folge (II 10).

Außerdem gab es noch eine ausdrückliche Aufnahme als Bürger. Diese Erteilung des „purchrechtes“⁴⁾ stand dem Stadt-

¹⁾ Vgl. die analogen Bestimmungen in München, Rudolfinum vom 19. Juni 1294; Artikel 15: Wir sülen och nach dem alten und dem gemeinem rehten, daz unser burgaer und die stat hat, niemen chainen gewalt geben über ir lip und über ir güt, als verre der stat geriht get, wan nach der stat saetzz und nach ir reht, wan ez ein gebanniu stat ist und hat geschribeniu reht. Quellen VI, 47 und im Stadtrecht von Ingolstadt vom 25. Juli 1312, Artikel 8. Ebenda 205.

²⁾ Vgl. oben S. 10 und unter Anhang II.

³⁾ Art. 10: Swer ze Ingolstat sitzet mit gerüwe und an ansprach iar und tach und purger reht tüt mit stiwir und mit waht und mit andern dingen, den sol furbaz niemant ansprechen, wan wir in schermen suln als von reht unsern purger. Quellen VI, 205.

⁴⁾ Purchrecht bedeutet in unserm Quellenkreis so viel wie Bürgerrecht. Sonst wird Burgrecht auch identisch gebraucht mit Stadtrecht und speziell

rat zu, aber nicht allein, sondern unter Mitwirkung der Gemeinde, wozu er aber nach Belieben eine größere oder kleinere Anzahl von Bürgern zuziehen konnte. Jeder neu aufgenommene Bürger hatte nach dem Stadtrecht (I 13) eine nicht unbedeutende Aufnahmestaxe von 5 Pfund Pfennigen zu entrichten, die später dann individuell abgestuft wurde und z. B. im Jahre 1575 zwischen 2 und 18 Gulden¹⁾, im Jahre 1605 zwischen 1 und 18 Gulden²⁾ und im Jahre 1626 zwischen 1 Gulden 30 Kreuzer und 150 Gulden³⁾ schwankte. In späterer Zeit mußten auch die heranwachsenden Bürgerssöhne, die sich bei Gelegenheit der Aufnahme der Bürger in die Bürgerliste eintragen ließen, eine kleine Taxe entrichten, die nur den Charakter einer Schreibgebühr trägt und in der Zeit von 1575—1605 in einer Pazeide Wein, seither in einer kleinen Geldsumme (meist 1 Gulden) bestand⁴⁾. Die neu aufgenommenen Bürger wurden in die Bürgerliste ins Stadtbuch eingetragen, die uns seit dem Jahre 1475 erhalten ist⁵⁾. Später wurde zu diesem Zwecke ein eigenes Buch angelegt, das Bürgerbuch (Bürgeraufnahmsbuch)⁶⁾.

Die neuen Bürger mußten ferner bei ihrer Aufnahme einen Bürgereid leisten. Uns ist der Inhalt des Bürgerschwures erst aus späterer Zeit erhalten, erst aus der Zeit, in welcher Ferdinand I. als römischer König über die österreichischen Länder herrschte (1531—1556):

„Ich N. pin burger worden zu Kützpühl also, das ich meinem allergenedigisten herren herrn Ferdinanden Remischen kinig als regierentem landtsfursten und derselben erben, auch

in den österreichischen Quellen heißt Burgrecht die freie Erbleihe. Sohm, Entstehung des deutschen Städtewesens 24 f. Rietschel, Markt und Stadt 180. Hess, das Burgrecht. Wiener Sitzungsberichte, philos.-hist. Cl. 11 Bd. (1854), 761 ff. Winiarz, Erbleihe und Rentenkauf in Österreich (Gierkes Untersuchungen, 80. Heft) 12 ff.

1) Stadtarchiv Kitzbühel, cod. 2, fol. 116—117.

2) Ebenda fol. 127—129.

3) Ebenda fol. 138.

4) Ebenda fol. 116 ff.

5) Stadtarchiv Kitzbühel, cod. 2.

6) Ebenda cod. 76.

der stat Kützpühl in allen obligen gehorsam, trew und gewärtig, haimlich und offenlich sein will, der stat Kützpühl frumben pefidern und schaden wenden on aller stat, alle freyhaiten, briefliche gerechtighaiten und alte guete gewonhaitn nach meinem högsten vermögen und verstandt halten, den frombten nit unterschlaipff geben und in irn handlung nit tail und gemain haben oder befödung geben und die mitburger on irn gewern, handlungen, kauffen und verkhauffen nit verhinttern, alles treulich und ongeverlich, das pit ich mir got zuhelffen und allen heilligen¹⁾.

In der Zeit des Kaisertums Ferdinand I. (1556—1564) und ebenso unter der Regierung Erzherzog Ferdinand II. (1564—1595) wurden verschiedene Verbesserungen des Bürgereides vorgenommen, ohne daß dessen Inhalt wesentlich geändert und dessen Fassung erheblich erweitert worden wäre²⁾.

Eine gründliche Neuredaktion und bedeutende Vermehrung des Bürgereides erfolgte dann in der Zeit, in welcher Erzherzog Maximilian als Administrator die ober- und vorderösterreichischen Länder im Namen des Gesamthauses regierte und zugleich Kaiser Rudolf II. noch lebte, also in dem Jahrzehnt von 1602

¹⁾ Gleichz. Kopie Stadt-Archiv Kitzbühel, cod. 2, fol. 86: Wie ainer schwörn soll, der bürger werden will zu Kitzpühl.

²⁾ Ich N. bin an heut burger worden, darauf so schwör ich zw got und allen heilligen ain waren aid, das ich unserm allergnedigisten herren herrn Ferdinando Rö. Kay. Mt. (ertzherzog zu Österreich) als regierentem landsfürsten und derselben erben, auch der stat Kützpühl in allen obligen gehorsam, trew und gwärtig, haimlich und öffentlich sein will, gmainer stat alhie frumen befördern und ieren schaden ieder zeit zu verhüteten, auch alle freihaiten, briefliche gerechtighaiten und guet alt hergebracht gwonhaiten nach meinem höchsten vermügen helfen erhalten, ich wil auch den frembden (und andern ihenigen, so nicht burgersgenossen und gemainer stat zuwider) nit unterschlaipf geben, (noch) auch gmain und tail in ieren handlungen nit haben und kainerlai contrabanda (rath oder that noch conspirationes mit denselben) gebrauchen, sonder mich mein leben langkh in aller gepür burgerlich (und gehorsam) haltten, des pit ich mir got zu helfen und all heiligen. Die eingeklammerten Stellen sind der Regierung Erzhz. Ferdinand II. (1564—1595) angehörende Verbesserungen. Gleichz. Kop. ebenda fol. 99.

bis 1612. Außer der Verpflichtung zum Gehorsam gegen die landesfürstliche Herrschaft und gegen die Stadt Kitzbühel, der Zusage bürgerlichen Betragens, der Beobachtung der städtischen Statuten, Freiheiten und Privilegien, des Enthaltens jeder Verbindung mit Fremden und Ausländern, welche Punkte schon in den älteren Fassungen des Bürgereides vorkamen, wurden noch folgende Artikel neu aufgenommen: Anzeigepflicht bei Kenntnis von Anschlägen gegen Bürgermeister und Rat, Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit nach Inhalt der städtischen Statuten und Freiheiten, die Verpflichtung, keinen fremden Schirm- oder Mundherrn zu suchen und anzunehmen, Befolgung der katholischen Religion, Übernahme der Verpflichtung, die Bewilligung zum Austritt aus dem Bürgerverbände vor offenem Rat einzuholen und ohne Vorwissen und Bewilligung des Bürgermeisters oder Rates sich nicht aus dem Burgfrieden zu begeben. Die unmittelbare Strafe für Zuwiderhandelnde sollte der Verlust des Bürgerrechtes sein, wobei die Stadt von dem eingezahltem Geisel- und Bürgergeld keinen Kreuzer hinauszugeben schuldig sein soll¹⁾.

Der Erwerb des Bürgerrechtes hatte zugleich auch den Erwerb der Freiheit zur Folge. „Wer burckhrecht empfächt und burgerrecht thuet“ darf von niemandem angesprochen werden weder „ze aigen noch ze lehen“ (II 11). Der Grundsatz „Stadtluft macht frei“ galt also in Kitzbühel nur im beschränkten Sinne, indem ebenso wie in München²⁾ und Ingolstadt³⁾ nicht schon der bloße Aufenthalt, selbst wenn er überjährig war, die Freiheit zur Folge hatte, wie das in andern deutschen Städten

¹⁾ Geichz. Kopie, ebenda fol. 130.

²⁾ Rudolfinum vom 19. Juni 194, Artikel 16: Swer och in der stat burchrecht enpfachtet und burchrecht tüt, da sol niemen auf iehen fürbaz, daz er sin aigen si oder sin lehen, die weil er unser burgaer ist und burckrecht hat an unser urbors laeut oder vogtlaeut, die uf unserm urbor sitzent oder uf unser vogtay. Quellen VI, 47.

³⁾ Artikel 11. Swer ze Ingolstat purckrecht enpfachtet und purgerrecht tüt, den sülñ wir noch niemant fürbaz twingen weder ze aigen noch ze lehen. Ebenda 205.

der Fall war¹⁾, sondern erst der Erwerb des Bürgerrechtes. Während aber in München Herzog Rudolf I. in seinem Privileg vom 19. Juni 1294 seine eigenen Hörigen und Vogtleute von der Erlangung der Freiheit durch Erwerb des Bürgerrechtes ausgeschlossen hatte²⁾, wie ja auch in Deutschland die Unfreien und Vogtleute des Stadtherren fast allgemein an der Begünstigung des Grundsatzes „Stadtluft macht frei“ keinen Anteil nahmen³⁾, hat schon Herzog Ludwig der Bayer im Stadtrecht für Ingolstadt vom 25. Juli 1312 diese Beschränkung fallen gelassen⁴⁾, und auch in den Stadtrechten von Kitzbühel finden wir davon keine Spur mehr.

An der Spitze der Bürgerschaft steht der Rat, welchen wir im Privileg Kaiser Ludwigs vom 1. Jänner 1338 zum erstenmal beurkundet finden⁵⁾. Derselbe besteht aus sechs Bürgern (I 11, 13), welche die Genannten heißen (I 12, 24). Wenn dieselben „an der burger geschefft sitzent“, muß jedermann ihnen auf ihr Verlangen zu Diensten stehen (I 12). Kein Bürger darf eine Sache, deren die Bürger und die Genannten selbst gewaltig sind, vor den Stadtrichter bringen (I 11). Den Genannten unter Mitwirkung der Gemeinde steht die Aufnahme in den Bürgerverband zu (I 13). Dem Rat obliegt die Erteilung der Bewilligung zur Ausübung des Weinschankes vom St. Martinstag (11. November) „hinz auf die mösst“, d. i. bis zur Zeit des Mostens im Herbst (I 23). „Nach der burger rath“ befriedigt der Schuldner, welcher über kein Bargeld verfügt, den Gläubiger durch andere Wertgegenstände (II 2). Die Genannten haben zu beurteilen, ob und wie viel ein Bürger von den auf der Alpe zusammengekauften Schafen außer Landes treiben darf (I 24). Dem Rat steht auch ein weitgehender Einfluß auf die Ordnung von Maß und Gewicht zu.

¹⁾ v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 100 ff. Gengler, Stadtrechtsaltertümer, 407 ff.

²⁾ Siehe die Stelle in Anm. 2, S. 24.

³⁾ v. Below, a. a. O., 101 f.

⁴⁾ Siehe die Stelle in Anm. 3, S. 24.

⁵⁾ Oben S. 13.

Während aber im Mittelalter in den deutschen Städten im allgemeinen und in den bayerischen und österreichischen insbesondere nach dem Stand der bisherigen Forschung die Regelung von Maß und Gewicht ausschließlich der Gemeindeautonomie zu unterliegen scheint¹⁾, können wir in Kitzbühel in dieser Hinsicht eine merkwürdige Konkurrenz zwischen Gemeindeautonomie und landesfürstlicher Gewalt konstatieren. Im Stadtrecht von 1353 setzten die Bürger eine Strafe auf den Gebrauch von falschem Maß und Gewicht (I 27), ihnen stand also die Aufsicht darüber zu. In der Urkunde vom 29. Dezember 1473²⁾ suchte dann der Landesfürst Hr. Ludwig der Reiche die Ungleichheit der „ellen, wag und maß“ in den Städten und Herrschaften im Gebirge zu beseitigen und durch Einführung von Maß und Gewicht der Stadt Wasserburg Gleichförmigkeit zu erzielen. Nur hinsichtlich der Getreidemaße sollte der alte Zustand bestehen bleiben. Diese Bestimmung ist allerdings nicht zur Durchführung gekommen. In einem Mandat vom 15. September 1474³⁾ hat Herzog Ludwig dieselbe widerrufen und angeordnet, daß hinsichtlich des Maßes und Gewichtes bis auf seine weitere Verfügung alles beim Alten bleiben soll. In der Satzung der Bürger vom Jahre 1503 wurde dann das Maß- und Gewichtswesen wieder auf Grund der Gemeindeautonomie geregelt. An Stelle des bisher gebrauchten Münchner Gewichtes wurde Wiener Gewicht eingeführt und eingehende Normen über die alljährliche Kontrolle von Wag und Maß aufgestellt und die

¹⁾ v. Below, Entstehung der deutschen Stadtgemeinde, 59 f. Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 57 ff. Verwaltung des Maaß- und Gewichtswesens im M. A. (1893), Keutgen, Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 208 ff. v. Maurer, Städteverfassung III, 30 ff. Hegel, Entstehung des Städtewesens 67 ff. Sohm, Entstehung des deutschen Städtewesens 96. Gengler, Stadtrechtsaltertümer 171. Anderer Ansicht Schmoller, Verwaltung des Maß- und Gewichtswesens im M. A. in seinem Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 17 Jg. (1893), S. 289—309.

²⁾ Abgedruckt im Anhang Nr. X.

³⁾ Abgedruckt im Anhang Nr. XI.

Abstrafung des Gebrauches von falschem Maß und Gewicht dem Rat überwiesen¹⁾.

Die Bestimmung des Stadtrechtes, daß kein Bürger eine Angelegenheit, „des die burger gewalt habent ze richten“, vor dem Stadtrichter anbringen dürfe (I 11), läßt darauf schließen, daß auch in Kitzbühel ähnlich wie in andern deutschen und bayerischen Städten²⁾ und speziell in München³⁾ und Landshut⁴⁾ auch dem Stadtrat als Vertreter der Bürgerschaft neben dem Stadtrichter eine Gerichtsbarkeit im bestimmten Umfange zugestanden sei, worüber wir Näheres allerdings zunächst nicht erfahren. Wir dürfen aber wohl annehmen, daß diese Gerichtsbarkeit des Stadtrates sich ebenso wie anderswo auf dasjenige Gebiet erstreckt haben wird, auf welchem die Autonomiegewalt der Stadtgemeinde sich frei entfalten konnte. Erst aus dem 16. und dem Beginn des 17. Jahrhunderts haben wir dann aus Anlaß von Streitigkeiten zwischen dem Stadtrat und der Gerichtsobrigkeit konkretere Nachrichten über die Gerichtsbarkeit des Stadtrates. Nach einem vom Stadt- und Landrichter zu Kitzbühel Wolfgang Pallinger ausgestellten Kundschaftsbrief vom 17. Jänner 1538⁵⁾ sagten alle Kundschaftspersonen übereinstimmend aus, daß die Abstrafung des Ehebruchs von jeher dem Bürgermeister und Rat zustehe und nicht dem Pfleger, in dessen Händen das Amt eines Stadt- und Landrichters vereinigt war. Zwei Urteile der oberösterreichischen Regierung vom 15. August 1595 und 30. März 1607⁶⁾ haben dann entschieden, daß die „abstraffung der frävel“, d. i. der leichteren Vergehen, „so die burger inner und ausser des burgfriedens in der herr-

1) Die Satzung abgedruckt im Anhang Nr. XII.

2) v. Below, Entstehung der deutschen Stadtgemeinde, 75 f. Rosenthal, Gerichtswesen und Verwaltungsorganisation Baierns I, 174 f.

3) Wehner, Gerichtsverfassung der Stadt München, 10.

4) Rosenthal, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte, 64 f.

5) Orig. Papierlibell mit dem Siegel Pallingers im Stadtarchiv in Kitzbühel.

6) Letzteres Urteil unter Bezugnahme auf ersteres bestätigt von Erzhz. Maximilian mit Urkunde vom 29. Mai 1607. Diese im Orig. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

schaft Kützpübel begeen, sambt des ehebruchs, so zum ersten und andern mal beschicht“ dem Bürgermeister, Rat und der Gemeinde allein zustehe und daß nur für die „malefiz- und rechtsachen“, das sind die schweren Kriminalvergehen und die Zivilsachen, die Inhaber der Herrschaft Kitzbühel als Gerichts-obrigkeit kompetent seien. Von den Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sollte dem Stadtrat die Abhandlung der Verlassenschaften der Bürger, sowie die Besiegelung der Briefe der nicht siegelmäßigen Personen in Kitzbühel zustehen¹⁾.

Wer an der Spitze des Rates gestanden ist, darüber erfahren wir aus unsern Stadtrechten nichts. Wir können daraus nur so viel erschließen, daß vor dem Aufkommen des Bürgermeistersamtes nicht etwa der Stadtrichter, wie das in Österreich der Fall war²⁾, an der Spitze des Rates stand, denn ebenso wie das Münchner Rudolfinum³⁾ und das Ingolstädter Stadtrecht⁴⁾, bestimmt auch das Stadtrecht von Kitzbühel, es „soll der richter nicht ze schaffen haben, so sy sitzen ob der stat geschäfte und ob iren sätzen, sy bitten in dann zu inen und laden in“ (II 3). Von einem Bürgermeister, dessen Amt in Bayern im allgemeinen erst gegen Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts auftritt⁵⁾, ist auch in Kitzbühel zunächst noch keine Spur. Die Urkunden der Stadtgemeinde auch der nächstfolgenden Zeit werden ausgestellt vom Rat und der Gemeinde⁶⁾ und ebenso

¹⁾ Schließlich ist in den Urteilen noch folgende Bestimmung getroffen: Lestlich die besuechung der heuser wegen verdecktiger personen betreffent ist noch ferners zu recht erkant, das sollich in der statt Kützpübel ieder zeit mit vorwissen dessen selbiger zeit wesenden burgermaisters bescheen und fürgeen solle.

²⁾ v. Luschin, Geschichte des ältern Gerichtswesens in Österreich 210.

³⁾ Artikel 5, Quellen VI, 45.

⁴⁾ Artikel 4, ebenda 205.

⁵⁾ Rosenthal, Gerichtswesen und Verwaltungsorganisation I, 170, Anmerkung 3.

⁶⁾ 1362 Mai 27 (freitag nach unsers heren auffarttag). Rat und Gemeinde vergleichen sich mit Khunrad dem Techerer ab dem vordern Hegel, dessen Sohn Wolfhart und dessen benannten Vettern wegen Holz und Weide zwischen dem Ernbach und dem Selbizbach. Or. Pg. mit Stadt-S.

werden die Urkunden für die Stadt dem Rate und der Gemeinde oder dem Rate und der Bürgerschaft gegeben¹⁾. Das erstmal beurkundet finden wir den Bürgermeister im Konfirmationsbrief Herzog Ludwig des Höckerigen vom 11. Dezember 1444²⁾.

Nach den Stadtrechten bildet die Stadt Kitzbühel einen eigenen vom Landgerichte eximierten Gerichtsbezirk, den Burgfrieden (I 3, 7, 10). Der Herzog hat sich ebenso wie in München³⁾, Ingolstadt⁴⁾ und andern bayerischen Städten⁵⁾ nur die Aburteilung der todeswürdigen Verbrechen, wozu nach andern gleichzeitigen Quellen Diebstahl, Notnunft (coitus violentus) und Todschatz gehören⁶⁾, vorbehalten (II 4), während der Träger der niederen Kriminalgerichtbarkeit und der gesamten Ziviljurisdiktion die Stadtgemeinde ist, als deren Organ in der Aus-

(erstes Vorkommen) im Stadt-Archiv in Kitzbühel. Vgl. auch den Revers des Rates und der Gemeinde wegen der Frühmesse in der Katharinenkirche vom 23. Juni 1365, oben S. 6, Anm. 5.

¹⁾ So die Konfirmationsbriefe der Markgräfin Margaretha vom 30. Okt. 1362 S. 49 und Hz. Stefan III. vom 7. Jänner 1393 S. 50, Hz. Ludwig des Bärtigen vom 31. Jänner 1417, S. 50. Ferner noch folgende Urkunden: 1412 März 22 (eritag nach dem suntag iudica in der vasten). Hz. Stefan III. gestattet dem Rat und der Bürgerschaft der Stadt Kitzbühel, daselbst ein Spital zu erbauen. Or. Pg. S. im Stadtarchiv in Kitzbühel. — 1415, April 30 (erichtag vor des hl. crewtstag, als es erfunden ist worden). Graf Ludwig von Öttingen, Hauptmann in Oberbayern, vergleicht den Pfarrer Michael von St. Johann und den Rat zu Kitzbühel wegen des Spitals daselbst. Orig. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

²⁾ Orig. (freytag vor s. Lucientag) Perg. S. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

³⁾ Rudolfinum vom 19. Juni 1294, Artikel 11: Swenn och wir hingelazzen unser geriht. so haben wir selb über niht ze rihten, wan über totslack (Quellen VI, 47), wobei „totslack“ im Sinne des Artikels 25 als „ein grozzez dinck, daz uf den tot geziht“ (ebenda 50) zu verstehen ist.

⁴⁾ Stadtrecht vom 25. Juli 1312 Artikel 5: Swenne wir unser geriht ze Ingolstat hinlazzen, so haben wir selber über niht ze rihten, an uber den tot. Ebenda 205.

⁵⁾ Rosenthal, Gerichtswesen I, 157, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte 80, 255. Haeutle im oberbayerischen Archiv, 45. Bd., 164 f.

⁶⁾ Osenbrüggen, Studien 190, Rosenthal, Gerichtswesen I, 157, Haeutle, a. a. O., 164 ff.

übung der Gerichtsbarkeit der Stadtrichter erscheint. Dieser Verteilung der Kompetenz entspricht es auch, daß der Todschläger mit Leib und Gut dem Herzog verfallen ist (II 17) und daß auch die Buße desjenigen, der jemanden „umb gross ding, das auf den todt zeucht“ anspricht und ihm den vom Richter erteilten Frieden verweigert, an den Herzog fällt (II 25), während bei niedern Kriminalsachen die Bußen dem Richter und den Bürgern gebühren.

Der Stadtrichter wird ebenso wie in München ¹⁾, Ingolstadt ²⁾, andern bayerischen ³⁾ und österreichischen ⁴⁾ Städten zwar vom Herzoge eingesetzt, aber nur „nach der burger rath und nach ir beth“ (II 1). Dieses Vorschlagsrecht der Bürger kam in Wirklichkeit fast einem Ernennungsrecht gleich, da der Herzog dem Vorgeschlagenen ohne besonders wichtige Gründe die Einsetzung kaum verweigert haben wird. Der Wirkungskreis des Stadtrichters ist beschränkt auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit. An der übrigen Stadtverwaltung ist er nicht beteiligt. An den Verhandlungen der Stadtgemeinde nimmt er nur über besondere Einladung teil und ist an deren Beschlüsse gebunden. Analog wie das Rudolfinum für München ⁵⁾ und das Stadtrecht von Ingolstadt ⁶⁾ schließt auch das Stadtrecht von Kitzbühel dem Stadtrichter von allen Verwaltungsagenden aus. Nur auf besondere Einladung darf er an den Sitzungen der Bürgerschaft und des Rates Anteil nehmen. „Was aber sy setzen, das soll er in stäten“ (II, 3).

Der Stadtrichter, mit dessen Aufgabe es als unvereinbar galt, eine Schenke oder ein offenes Leithaus (Wirtshaus) zu halten (I, 29), partizipiert an den verwirkten Bußen. In der

¹⁾ Rudolfinum vom 19. Juni 1294, Artikel 3: Ez habent ovch die vorgebant burgaer und die stat diu genad von uns, daz wir in dehainen statrihter wan nah ir rat und ir bet setzzen und geben sülen. Quellen VI, 45.

²⁾ Stadtrecht vom 25 Juli 1312, Artikel 1, ebenda 204.

³⁾ Rosenthal, Gerichtswesen I, 155, Beiträge 76, 259.

⁴⁾ Luschin, a. a. O., 202 f.

⁵⁾ Artikel 5, Quellen VI, 45.

⁶⁾ Artikel 4, ebenda 205.

Regel ist es so, daß der Richter und die Stadtgemeinde die Buße zu gleichen Hälften teilen. Nur bei todeswürdigen Verbrechen, deren Aburteilung dem Herzog vorbehalten ist, verfällt auch die Buße dem Herzog¹⁾.

Der Jurisdiktion des Stadtrichters sind sämtliche im Burgfrieden wohnenden Einwohner unterworfen. Das *forum domicilii*, welchem wir schon schon im fränkischen Reiche als einem allgemeinen Gerichtsstand begegnen²⁾, tritt uns in den bayerischen Stadtrechten als ausschließlicher Gerichtsstand der Bürger entgegen. Die Befreiung der Bürger von jeder auswärtigen Gerichtbarkeit zieht sich durch alle ober- und niederbayerischen Stadtrechte hindurch³⁾ und findet sich nach dem Vorbild von München⁴⁾ und Ingolstadt⁵⁾ auch in Kitzbühel saktioniert (II, 13).

In Zivilsachen war nur bei Streitigkeiten um Eigen und Lehen der Gerichtsstand des *forum rei sitae* begründet, wie ihn das deutsche Recht allgemein kennt⁶⁾. Sofern außerhalb des Burgfriedens liegende Immobilien in Betracht kamen, mußten die Insassen der Stadt vor dem Gericht der belegen Sache Recht suchen und geben.

In Kriminalsachen war aber die Zuständigkeit des *forum domicilii* so verdichtet, daß selbst außerhalb des Stadtbezirkes begangene Übeltaten der Stadtbewohner nur vom Stadtgericht abgeurteilt werden konnten. Nur wenn ein Bürger in einem andern Gerichtssprengel auf handhafter Tat ertappt wurde, da tritt an Stelle des *forum domicilii* das mit dem *forum delicti*

1) S. 29 f.

2) Sohm, Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, 299.

3) Rosenthal, Gerichtswesen I, 159 f., Beiträge 84.

4) Rudolfinum, Artikel 17. Ez habent och unser vorgeant burgaer die genad und daz reht, daz dehain auzman dehainen burger uz der stat uf dehain lantgeriht umb dehainer hand sache geladen oder gedwingen mack, ez si dann umb aigen oder umb lehen, daz in der grafscheft uzzert-halb der stat lit, ez si dann, daz man dem auzmann in der stat geriht verziehe und daz bringen müg. Quellen VI, 47. Wehner, a. a. O., 59 f.

5) Stadtrecht von 1312, Artikel 13, Quellen VI, 206.

6) Sohm, a. a. O., 304. Stobbe, Grundsätze der deutschen Rechtsquellen über den Gerichtsstand. Jahrbuch des gem. d. Rechtes I (1857), 434 f.

commissi zusammenfallende forum comprehensionis. Während dieser letzere Grundsatz auch für das niederbayerische Landshut im Stadtrecht vom 17. August 1279 ausdrücklich ausgesprochen ist¹⁾, vermissen wir für München und dessen Tochterstadt Ingolstadt eine ähnliche Bestimmung²⁾.

Von der Gerichtsbarkeit des Stadtrichters waren in Kitzbühel eximiert die im Dienste des Herzogs stehenden Personen³⁾. Nur im Falle der Ergreifung auf handhafter Tat innerhalb des Burgfriedens war die Zuständigkeit des Stadtgerichtes begründet (II, 14). Mit der schriftlichen Fixierung dieser Bestimmung ist Kitzbühel den anderen bayerischen Städten vorausgeeilt. Wenn es auch kaum zweifelhaft ist, daß die Exemption des herzoglichen Hofgesindes und der herzoglichen Beamten von der städtischen Gerichtsbarkeit auch in andern Städten eine sehr alte, vielleicht sogar ursprüngliche ist, so ist doch die Beurkundung dieses Rechtszustandes hier sehr spät erfolgt. In München ist das erst durch den nach Hz. Albrecht V. benannten albertinischen Rezeß vom Jahre 1561⁴⁾, in Landshut⁵⁾ und Straubing⁶⁾ anlässlich der Übertragung der hohen Gerichtsbarkeit an die Stadtgemeinde in den Jahren 1601 und 1602 erfolgt.

In München⁷⁾ und andern bayerischen Städten⁸⁾ hatte der Stadtrichter eine Doppelstellung. Einerseits war er Organ des

¹⁾ Artikel 4: Quicumque civis Lantshutensis in quocumque iudicio extra civitatem maleficium aliquod perpetraverit, nisi iure et eodem loco detentus fuerit per iudicem talem, messarie habebit index talis vel quilibet conquirens coram iudice Lantschutensi iustitiam postulare. Quellen V, 316. Rosenthal, Beiträge, 85 f.

²⁾ Würde das mit dem forum delicti commissi zusammenfallende forum comprehensionis als allgemeiner deutscher Gerichtsstand anzunehmen sein, wie Stobbe, a. a. O., 450 f., darzutun sucht, so müßte man dessen Zulässigkeit natürlich auch für München und Ingolstadt anerkennen.

³⁾ So und nicht im Sinne von ministerialis ist dienstman in II, 14, aufzufassen.

⁴⁾ Wehner, a. a. O., 67.

⁵⁾ Rosenthal, Beiträge, 79.

⁶⁾ Ebenda, 265 f.

⁷⁾ Wehner, a. a. O., 17, 22.

⁸⁾ z. B. in Landshut, Rosenthal, Beiträge, 78.

Stadtrates zur Ausübung der vom Herzog auf die Stadtgemeinde übertragenen Gerichtsbarkeit und andererseits Organ des Landesfürsten zur Ausübung der diesem vorbehaltenen Blutgerichtsbarkeit. Auch für Kitzbühel fehlen uns nun nicht Anhaltspunkte für die gleiche Annahme. Der Stadtrichter ist nicht bloß Organ der Stadtgemeinde zur Ausübung der dieser übertragenen Gerichtsbarkeit, sondern er unterzieht sich auch im Namen des Herzogs des Leibes und Gutes des Todtschlägers (II, 17) und judiziert auch über „groß ding, das auf den todt zeucht“ (II, 25).

Als Hilfsorgan des Stadtrichters erscheinen der Scherge (II 1) und die Knechte (II 33). Der Scherge wird ebenso wie in München¹⁾ und Ingolstadt²⁾ vom Richter bestellt, wobei den Bürgern ein Vorschlagsrecht zusteht. Über den Wirkungskreis dieser Organe erfahren wir weiter nichts.

Die strafrechtlichen Normen der beiden Stadtrechte sind dürftig, reichen aber aus, um zu zeigen, daß Kitzbühel eben im Rahmen desjenigen Strafrechtes steht, das sich in Bayern auf Grund des alten Volksrechtes, getragen von den Landfriedensgesetzen, den Stadtrechten und den Rechtsbüchern Kaiser Ludwigs herausgebildet hat³⁾.

Vorerst tritt uns der Gleiches mit Gleichem vergeltende Taliongedanke entgegen, der die gleichzeitigen deutschen Quellen beherrscht und auch in den bayerischen Rechtsquellen⁴⁾, insbesondere in den Landfrieden⁵⁾ und Stadtrech-

¹⁾ Rudolfinum Artikel 4: Ez sol och der selb rihter dehainen scherigen . . . setzzen . . . wan nach der burgaer rat. Quellen VI, 45.

²⁾ Stadtrecht 1312, Art. 3, ebenda VI, 205.

³⁾ Vgl. Osenbrüggen, Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte, 181 ff.

⁴⁾ So vorzüglich im Schwabenspiegel, Lassberg, 176, 201.

⁵⁾ Ldfr. 1244, Art. 66: Manum pro manu, articulum pro articulo statumus amputandum. Quellen V, 87. Ldfr. 1255, Art. 62: Man sol ein hant wider die andern und ein glit wider daz ander abslahan. Ebenda 150. Ldfr. K. Rudolfs v. 1281, Art. 61: Man sol hant für die hant abslahan und ein lid für daz ander. Ebenda 348. Hofordnung der Herzoge Otto, Ludwig und Stefan vom 30. Mai 1293: Ein todslach wider den

ten ¹⁾ des 13. und 14. Jahrhunderts scharf zum Ausdruck kommt. Nach dem Grundsatz der Bibel „Aug um Aug, Zahn um Zahn“ stellt auch das Kitzbühler Stadtrecht in Anlehnung an das Münchener Rudolfinum vom 19. Juni 1294 ²⁾ und das Stadtrecht von Ingolstadt vom 25. Juli 1312 ³⁾ den Grundsatz auf: „Ain lemb⁴⁾ hörent für die andern oder zu pusses dem richter zehen pfundt und dem schadhafften als vil“ (II 18).

Talion tritt aber nur subsidär ein, wenn die in erster Linie angedrohten Geldbußen nicht geleistet werden ⁵⁾. Andere gleichzeitige Quellen sprechen das unzweideutig aus ⁶⁾ und auch unser Stadtrecht und die verwandten bayerischen Stadtrechte lassen

andern . . . ein lem wider die andern. Ebenda VI, 14. Vgl. auch die folgenden Anmerkungen.

¹⁾ Stadtrecht von Landshut vom 17. August 1279: Item mortem pro morte et perpetuam lesionem, que dicitur lem, pro perpetua lesione. Ebenda V, 317. Stadtrecht von Burghausen vom 21. März 1307: Ein lem wider di andern. Haeutle im oberbayer. Archiv 45, S. 179. Die Stadtrechte von München und Ingolstadt in der folgenden Anmerkung.

²⁾ Artikel 23: Ein lem gehöret für diu ander oder dem statrichter dafür funf pfunt und sehczik pfennig. Quellen VI, 49.

³⁾ Artikel 18: Ein lem gehort für diu andern oder unserm rihter dafür 10 pfunt und 60 pfenning. Ebenda 206.

⁴⁾ Lem definiert Urkunde Hz. Heinrich XIII. vom 13. Juni 1276: Perpetua lesio, que vulgo lem dicitur Mon. Boica V, 16 und Urkunde Hz. Otto III. vom 11. Nov. 1303: Gravis sive enormis lesio, que vulgo leom dicitur. Ebendenda XXVI, 60. Das Stadtrecht von Landshut vom 17. August 1279: Perpetua lesio, que dicitur lem. Quellen V, 317.

⁵⁾ Vgl. Osenbrüggen, a. a. O., 156.

⁶⁾ Z. B. Stadtrecht von Enns von 1212, § 5: Si autem aliquis civium alicui amputaverit manum vel pedem vel oculum vel nasum vel aliquod tale membrum, iudici pro pena det decem talenta, illi, qui dampnum recepit, totidem. Si vero is, qui dampnum fecit, denarios habere non poterit, iudicetur de ipso secundum legem oculum pro oculo, manum pro manu et sic de ceteris membris. Schwind und Dopsch, Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-öst. Erblande S. 43. Gaupp, d. Stadtrechte II, 218. Beinahe wörtlich übereinstimmend damit das Wiener Stadtrecht von 1221, § 15. Gengler, d. Stadtrechte, 532. Gaupp, a. a. O., 240. Österreichisches Landrecht, kürzere Fassung § 6: Wer den andern tötet an recht, da gehöret ain tod wider den andern, ain glid wider das ander, er leg es dann mit güt oder mit pet ab und geb dem richter die wandel

durch die alternative Androhung von Talion und Geldbuße die Subsidiarität des Talion deutlich erkennen.

Kommt Talion wirklich zur Ausführung, so ist die Missetat damit gesühnt. Weder die öffentliche Gewalt hat an den Missetäter einen weiteren Anspruch auf Buße, noch auch der Verletzte auf Besserung¹⁾.

Die auf die einzelnen Vergehen gesetzten Bußen sind in der Regel genau fixiert, so daß in dieser Hinsicht der richterlichen Willkür kein Spielraum gelassen ist. Die alte Gerichtsbuße von 5 Pfund 60 Pfennigen, die in den Quellen einmal die große Buße genannt wird²⁾ und welche der Landfriede König Rudolfs vom 6. Juli 1281 im allgemeinen abgeschafft und nur für die Fälle, „da si zû gehöret von altem reht, daz ist diu lem und diu heimsüchung“ noch aufrecht hielt³⁾, findet sich im Stadtrecht von Kitzbühel einmal ebenso wie im Münchner Rudolfinum von 1294⁴⁾, im Stadtrechtsbuch⁵⁾ und im Privileg für Ingolstadt von 1312⁶⁾ bei Heimsuchung (II 27) und dann noch ebenso wie im Ingolstädter Stadtrecht⁷⁾ für das Hausen und Hofen eines verbotenen Mannes (II 29), während im Münchner Rudolfinum eine analoge Bestimmung fehlt. Die hohe Gerichtsbuße von 30 Pfund steht ebenso wie im Stadrecht von München⁸⁾ und Ingolstadt⁹⁾ auf dem Friedeversagen (II 25)¹⁰⁾. Die mittlere Gerichtsbuße von 3 Pfund 60 Pfennig, die im Landrecht häufig vorkommt¹¹⁾, steht ebenso wie im Ingolstädter

nach landes gewonhait. Schwind und Dopsch, a. a. O., S. 57. Längere Fassung, § 5. Hasenöhrl, Österr. Landrecht, S. 264.

1) Schwabenspiegel, Lassberg, 176.

2) Grimm, Weistümer III, 661.

3) Quellen V, 339.

4) Artikel 27, ebenda VI, 51.

5) Auer, Artikel 275.

6) Artikel 27, Quellen VI, 208.

7) Art. 31, ebenda 208.

8) Rudolfinum, Art. 25, Quellen VI, 50. Auer, Art. 247.

9) Artikel 24, Quellen VI, 207.

10) Siehe unten S. 41.

11) Osenbrüggen, a. a. O., 184.

Stadtrecht¹⁾ auf fließenden Wunden (II 20), während das Münchner Rudolfinum dafür ebenso wie für pogende Wunden eine kleinere Buße von 3 Pfund festsetzt²⁾. Für letztere hat unser Stadtrecht, ebenso wie das Stadtrechtsprivileg für Ingolstadt³⁾, die höhere Buße von 5 Pfund (II 20) und dieselbe Buße steht auf der Annahme von Mundmannen (II 12). Eine Gerichtsbuße von 3 Pfund hat der ungerechte Vorwurf des Meineides im Gefolge (II 26), während das Stadtrecht von Ingolstadt⁴⁾ und die jüngeren Zusätze des Stadtrechtsbuches⁵⁾ eine Buße von 3 Pfund 60 Pfennigen normieren und der ursprüngliche Text des Stadtrechtsbuches⁶⁾ dafür die hohe Gerichtsbuße von 5 Pfund 60 Pfennigen hat. Eine Buße von 10 Schilling (= 300 Pfennig = 1 Pfund 60 Pfennig) bestimmt unser Stadtrecht übereinstimmend mit dem Münchner⁸⁾ und Ingolstädter⁷⁾ Stadtrecht für Mauschlag (II 21) für „rauffen“, „zornlich stossen oder angriff“ und „unchristlich scheltwort“ (II 22). Das autonome Stadtrecht normiert mit Vorliebe eine Buße von einem Pfund, wovon die Hälfte den Bürgern, die Hälfte dem Richter zufällt. Außerdem begegnen uns in beiden Stadtrechten noch eine Reihe anderer Bußen für die verschiedenartigsten Vergehen. In den Fällen, in welchen ein Privatgeschädigter vorhanden ist, ist auch an diesem eine sich als Privatstrafe darstellende Besserung zu entrichten, die in ihrer Höhe ebenso wie in den bayerischen Landfrieden und den Rechtsbüchern Kaiser Ludwigs⁹⁾ der Gerichtsbuße meist gleichkommt.

Vollständige Vermögenskonfiskation verbunden mit Verwirkung des Lebens tritt nach dem Vorbild des Münchner Ru-

1) Art. 19, Quellen VI, 206.

2) Art. 23, ebenda 49.

3) Art. 19, ebenda 206.

4) Art. 25, a. a. O., 208.

5) Auer, Art. 285.

6) Ebenda, Art. 26.

7) Rudolfinum, Art. 23, Quellen VI, 49.

8) Art. 19, 20, ebenda 206.

9) Osenbrüggen, a. a. O., 185.

dolfinums¹⁾ dessen Bestimmung dann in das Stadtrecht von Ingolstadt²⁾ und in das Stadtrechtsbuch³⁾ und Landrechtsbuch⁴⁾ Kaiser Ludwigs übergegangen ist, bei Tötung ein ohne weitere Unterscheidung zwischen Mord und Todschlag (II 17).

Hinsichtlich der einzelnen Missetaten ist wenig Bemerkenswertes hervorzuheben. Die Körperverletzungen werden ebenso wie im Stadtrechtsprivileg für München vom Jahre 1294⁵⁾, im Stadtrecht von Ingolstadt vom Jahre 1312⁶⁾ und andern gleichzeitigen Quellen unterschieden in „pogende wunden“ (II 19) und „fliessend wunden“ (II 20). Die ersteren sind die schwereren. Sie werden mit 5 Pfund an das Gericht und ebensoviel an den Verletzten gebüßt, während auf letzteren eine Buße und eine Besserung von je 3 Pfund steht. Unter „Pogwunden“ versteht das Stadtrechtsbuch Wunden, „die man macht mit swerten, mit mezzern oder mit anderen waffen, die schneid oder örter habent, und daz die wunden painschrot sind oder daz man sie heften muez, oder gestochen wunden sind, die schädlich sein“⁷⁾, während „fließende Wunden“, die „mit stecken oder mit chnüttel, mit stainen oder mit fäusten oder mit maulslegen“ zugefügten Verletzungen sind⁸⁾. Der Maulschlag an und für sich, sofern er nicht eine Verletzung im Gefolge hat, wird ebenso wie in München⁹⁾ und Ingolstadt¹⁰⁾ als minderes Delikt betrachtet und mit einer Buße von 10 Schilling Pfennig (1 Pfund 60 Pfennig) an das Gericht und einer ebenso hohen Besserung an den Geschlagenen belegt (II 21). Dem Maulschlag strafrechtlich gleichgestellt ist das „rauffen“, „zornlich stossen oder angriff“

1) Artikel 22, Quellen VI, 49.

2) Artikel 17, ebenda 206.

3) Auer, Artikel 126.

4) Artikel 165, v. Freyberg, Sammlung hist. Schriften IV, 445.

5) Artikel 23, Quellen VI, 49.

6) Artikel 19, ebenda 206.

7) Auer, Artikel 405.

8) Ebenda, Artikel 406.

9) Rudolfinum, Artikel 23, ebenda 49.

10) Stadtrecht von 1312, Artikel 19, ebenda 206.

und die Kränkung an der Ehre durch „unchristlich scheltwort“ (II 22¹).

Unter den Wunden, gleichgiltig ob pogende oder fließende, haben die „Nachtwunden“, d. h. die bei Nacht zugefügten Verletzungen, eine besondere Bedeutung, nicht aus dem Grunde, weil sie mit einer höheren Buße bedroht wären, sondern weil die Reinigung des Beklagten erschwert ist, denn die Nacht sollte nach einem Grundsatz, der auch im Schwabenspiegel²) zum Ausdruck kommt, einen besseren Frieden haben, denn der Tag. Der Beklagte hatte im allgemeinen, sofern sein Unschuldseid nicht vom Kläger durch Anbieten besserer Beweismittel ausgeschlossen wurde, das Recht, sich von der Anschuldigung durch seinen, entweder allein oder mit Helfern geschwornen Eid zu befreien³). Um sich nun von der Anschuldigung in Betreff der Nachtwunden zu reinigen, bedarf des Beklagte der gleichen Zahl von Eideshelfern, wie zur Reinigung von der Anschuldigung „umb gross ding, das auf den todt zeucht und bei tage geschehen ist“. In beiden Fällen schwört er mit zwei Eideshelfern also selbsttritt der Reinigungseid (II 24, 25).

Diese Bestimmung des Stadtrechtes von Kitzbühel deckt sich mit der Normierung des Stadtrechtes von Ingolstadt vom Jahre 1312⁴). Nach dem Stadtrecht von München hingegen war die Reinigung von Missetaten, die bei der Nacht geschehen sind, noch mehr erschwert, indem sowol nach dem Rudolfinum von 1294⁵), wie nach dem Stadtrechtbuch⁶) drei Eideshelfer vorgeschrieben waren, während man sich von der Anschuldigung „umb ein grozzez dinck, daz uf den tot geziucht, daz bi

1) Ebenso im Münchner Rudolfinum, Artikel 23 und Ingolstädter Stadtrecht, Art. 19—21, a. a. O. Vgl. auch Stadtrechtbuch, Auer, Artikel 277.

2) Lassberg 201: Daz diu naht bezzern vride solte han danne der tag.

3) Vgl. v. d. Pfordten, Beweisführung nach Kaiser Ludwigs oberbayrischem Landrecht in Ztschr. f. Rechtsgesch., 12. Bd. (1876), S. 346 ff. Osenbrüggen, a. a. O., 229.

4) Artikel 23—24, Quellen VI, 207.

5) Artikel 26, ebenda 50.

6) Auer, Art. 248.

dem tag geschehen ist“ mit nur zwei Eidshelfern losschwören konnte¹⁾.

Eine Veränderung gegenüber der altgermanischen Auffassung hat sich im Begriff der Heimsuchung vollzogen, die auch im Stadtrecht von Kitzbühel zum Ausdrucke kommt. Nach altgermanischer Auffassung verstand man unter Heimsuchung den „Überfall von Haus und Hof mit bewaffnetem Gefolge“²⁾. Die bayerischen Quellen des 13. und 14. Jahrhunderts haben das Erfordernis der Gefolgschaft fallen gelassen. Der Landfriede von 1244 definiert „haimsüch“ als „alium odiose domi querere“³⁾ und die Landfrieden von 1255⁴⁾, 1281⁵⁾ und 1300⁶⁾ sprechen einfach von „feindlich heimsuchen“. Nach dem Stadtrecht von Kitzbühel begeht diese Missetat, ebenso wie nach dem Stadtrechte von München⁷⁾ und Ingolstadt⁸⁾, derjenige, „wer den andern geverlichen haimbsuecht und jagt gen seinem hauss oder gen einem andern und im nachvolgt innerhalb der thür oder aussershalb sibem schuech“. (II 27). Die Strafe für Heimsuchung ist in allen genannten Stadtrechten die alte Gerichtsbuße von 5 Pfund 60 Pfennig, welche der Landfriede von 1281, wie schon bemerkt⁹⁾, im allgemeinen abgeschafft und nur für „lem“ und Heimsuchung noch aufrecht erhalten hat, und dieser Gerichtsbuße entspricht eine ebenso hohe Besserung an den Heimgesuchten.

Der Hausfriede äußert sich aber nicht nur darin, daß jede gewaltsame Verletzung desselben als eine Missetat erscheint, sondern daß das Haus, da der Hausherr jedem den Eintritt verwehren mag, für Flüchtige und Verfolgte zur Freistätte werden kann. So sichern die Landfrieden des 11. und 12. Jahrhunderts,

1) Rudolfinum, Art. 25, a. a. O., 50. Auer, Artikel 247.

2) Brunner, d. Reichsgeschichte II, 651.

3) Artikel 40, Quellen V, 84.

4) Artikel 22, ebenda 145.

5) Artikel 9, ebenda 341.

6) Artikel 49, ebenda VI, 119.

7) Rudolfinum, Artikel 27, ebenda 51. Auer, Artikel 275.

8) Artikel 27, ebenda 208.

9) Oben S. 35.

in welcher Zeit die Selbsthilfe einen großen Raum im deutschen Rechtsleben einnahm, einem Flüchtling vor seinen verfolgenden Feinden auch im fremdem Hause denselben Schutz zu, wie im eigenen¹⁾. Mit der Erstarkung der öffentlichen Gewalt und der damit verbundenen Zurückdrängung der Selbsthilfe mußte dann auch die Bedeutung des Hauses als schützenden Asyls zurücktreten, indem der Eintritt ins Haus im allgemeinen der Obrigkeit auch ohne Erlaubnis gestattet ist. In solch beschränktem Umfang ist das Haus als Freistätte im Schwabenspiegel²⁾ und damit übereinstimmend im Rechtsbuch Ruprechts von Freising³⁾, ferner im Landfrieden vom 8. September 1300⁴⁾ anerkannt. In schärferer Formulierung und weiterer Ausdehnung findet er sich dann im Münchner Rudolfinum von 1294⁵⁾ und damit fast wörtlich übereinstimmend in den Stadtrechten der Tochterstädte Münchens Ingolstadt⁶⁾ und Kitzbühel (II 28). Darnach darf der Hausherr jeden Missetäter in sein Haus aufnehmen und den nachfolgenden Feinden den Eintritt verwehren, nur dem Richter und dessen Gehilfen muß er sein Haus offen halten und die Durchsuchung desselben gestatten. Dabei braucht er

¹⁾ Osenbrüggen, Hausfriede, 39.

²⁾ Lassberg, Artikel 152, 283.

³⁾ Ausgabe von v. Maurer I, 186.

⁴⁾ Artikel 38: Swelh aehter flühtiger in eines mannes haus chümt, dez hausherre sol iem helfen, daz er an schaden dar auz chom, und darumb sol er niht in der aeht sin. Wirt aber der aehter in den haus funden, mag sich der wirt niht bereden, er west wol, daz er in der aeht waer, so sol man den wirt und daz haus in di aeht tûn, und stê an des richters bescheidenheit, wen er mere ze aeht tû in dem haus, an die frowen und an die chleinen chint. Quellen VI, 117.

⁵⁾ Artikel 28. Swer ainen schaden tut, chumpt der fluchtiger in eins frumen mannes hus, derselb frum man durch sin hus ere sol in bergen und sol im hin helfen, chöment sin veint hin nach, vor den sol er in baergen und beschirmen, so er best mack. Chumpt aber der rihter hin nach oder sin boten, den sol er uf tûn sin haus und allez, daz verspart ist in sinem haus, und sol in da lazzen sûchen und sol doch ienem hin helfen helfen, ob er mack und ist darumb niemen chainer büzz schuldic. Ebenda VI, 51.

⁶⁾ Artikel 30, ebenda 208.

ihnen aber nicht nur nicht behilflich zu sein, sondern kann sogar noch den Verfolgten unterstützen, ohne bußfällig zu werden.

Die Notwehr bildet ebenso wie in den bayerischen Landfrieden¹⁾ und den Stadtrechten von München²⁾ und Ingolstadt³⁾ einen Strafausschließungsgrund: „Wer untzucht überredt wirdet, bewert er notwöhr, er puesset nicht“ (II 23).

In Strafverfahren ist ebenso wie im Stadtrecht von München⁴⁾ und Ingolstadt⁵⁾ bestimmt, daß jemand, der „umb gross ding, das auf den todt zeucht und bei tage geschehen ist“, angesprochen wird, sich nicht sofort, sondern erst in 14 Tagen auf die Klage einzulassen braucht. Innerhalb dieser Frist soll ihm der Richter Frieden gewähren gegen den Beschädigten und dessen Freunde. Wollen diese den Frieden nicht respektieren, so verfallen sie, da es sich um dem Herzog vorbehaltene Gerichtsfälle handelt, dem Herzog in eine Buße von 30 Pfund. Auf dem nach 14 Tagen angesetzten Gerichtstag muß sich der Angeklagte entweder von der Anklage mit zwei Eideshelfern reinigen oder er wird sofort bußfällig (II 25).

Die privatrechtlichen Bestimmungen der beiden Stadtrechte sind sehr spärlich. Außer den schon oben⁶⁾ erwähnten auch hier gehörigen Begünstigungen der Testierfreiheit und der Aufhebung des Heiratszwanges wären nur noch folgende Punkte hervorzuheben.

In personenrechtlicher Beziehung begegnet der gemeindeutsche Grundsatz, daß Spielleute und derjenige „der guet umb ehr nimbt“ rechtlos seien. Körperverletzungen an solchen Personen, sofern sie ohne pogende Wunden und ohne Tod abgehen, sind bußelos (II 30).

¹⁾ Ldfr. von 1244, Artikel 16 (ebenda V, 81), 1255, Artikel 18 (ebenda 144) 1300, Artikel 70 (ebenda VI, 121).

²⁾ Rudolfinum von 1294, Artikel 24 (ebenda 49 f.). Auer, Artikel 125 und 399.

³⁾ Artikel 22, Quellen VI, 207.

⁴⁾ Rudolfinum von 1294, Artikel 25, ebenda, 50. Auer, Artikel 247.

⁵⁾ Artikel 24, Quellen VI, 207.

⁶⁾ S. 19.

Im Sachenrecht ist ebenso, wie im Stadtrecht von München¹⁾ und Ingolstadt²⁾ das Institut der rechten Gewere anerkannt, das in Bayern überhaupt erst seit dem 12. Jahrhundert Eingang fand³⁾. Wer liegendes Gut Jahr und Tag in „stiller Gewere“ hatte, dessen Recht sollte unanfechtbar sein (II 15). Eine notwendige Konsequenz dieser Norm ist die Bestimmung, daß auf der andern Seite derjenige, welcher sein Recht an liegendem Gut nicht innerhalb Jahr und Tag verfolgt, sich verschweigt und seines Rechtes verlustig wird (II 16)⁴⁾.

In das Obligationenrecht einschlägig sind die Bestimmungen über das Verfahren um Geldschuld (II 2). Der Gläubiger hat den zahlungspflichtigen Schuldner vor Gericht zu bieten. Ist dieser geständig, so hat er in rechtsförmlicher Weise zu geloben (wetten), dem Gläubiger binnen 14 Tagen Genüge zu tun. Nur Bürgschaft-, Eß- und Trinkschulden müssen sofort, noch desselben Tags, berichtet werden. Hat der Schuldner Haus und Hof, so ist er für die Zahlung innerhalb der bestimmten Frist von jeder weiteren Sicherheitsleistung befreit. Hat er aber weder Haus noch Hof, so muß er dem Gläubiger in irgend einer Weise, wohl durch Bürgen- oder Pfandstellung, Sicherheit leisten. Dem Schuldner, der nicht in Geld (gold noch silber) seine Schulden zu tilgen vermag, ist eine Art beneficium dationis in solutum gegeben, indem er „nach der burger rath“ den Gläubiger mit andern Wertgegenständen abfinden kann.

¹⁾ Rudolfinum vom 19. Juni 1294 Artikel 18: Swelh man och ein eigen in dirre stat hat gewunnen und daz hat gehabt in stiller gewer iar und tack an ansprache, den maek darumb fürbaz niemen angesprechen. Quellen VI, 48. Vgl. auch Auer, Artikel 33.

²⁾ Stadtrecht vom 25. Juli 1312, Artikel 14, Quellen VI, 206, fast gleichlautend mit vorstehender Stelle des Münchner Rudolfinum.

³⁾ Merkel in Ztschr. für Rechtsgeschichte II (1863), 162 ff., 170 ff.

⁴⁾ Ebenso Münchner Rudolfinum, Artikel 20: Swer ein eigen an sprichet, der sol daz offenlichen tûn vor geriht und sol der ansprach nach gën, als im ertailt wirt. Tut er des niht in iares frist und in einem tag, im ist gebrosten an sinem reht und hat iener sin eigen mit rehte und mit gemache. Quellen VI, 48. Gleichlautend Ingolstädter Stadtrecht vom 25. Juli 1312, Artikel 16, ebenda 206.

Hat der Schuldner weder Geld noch Geldeswert, wovon der Gläubiger Befriedigung finden kann, so soll der Richter den insolventen Schuldner „bei der handt“ in die Schuldhaft des Gläubigers überantworten, dessen Recht aber nicht die Ausnützung der Arbeitskraft des Schuldners umfaßte, sondern sich nur auf die Freiheitsentziehung zu beschränken scheint und frei von jeder Härte und jeder Grausamkeit sein soll. Der Gläubiger soll den Schuldner halten „ohne schleg und ohne stöss und ohn eisener pandt“ (II 2). Durch die Schuldhaft soll sowohl auf den Schuldner selbst ein Druck ausgeübt werden, durch Anstrengung seiner äußersten Kräfte den Ansprüchen des Gläubigers noch nachzukommen, als auch sollen die Familie und die Freunde des verhafteten Schuldners bewogen werden, diesem durch Befriedigung des Gläubigers die Freiheit wieder zu verschaffen.

Eine große Anzahl von Bestimmungen der beiden Stadtrechte betreffen das Gebiet der Markt- und Gewerbepolizei, also jene Rechtssphäre, in welcher sich die Autonomie der Stadtgemeinde frei entfalten kann. Sie sind demgemäß auch fast ausschließlich in der autonomen Satzung vom Jahre 1353¹⁾ enthalten.

Durch dieses Gebiet der Markt- und Gewerbepolizei zieht sich zunächst ein Gedanke, der immer wieder zum Durchbruch kommt: Die Benachteiligung der Fremden gegenüber den Einheimischen. So ist jede Verbindung von Bürgern mit Nichtbürgern zum Betrieb von Kaufmannschaft und jede Herbeiziehung fremder Kaufleute untersagt und strafbar (II 1). Diese Verpflichtung der Bürger, sich jeder Verbindung mit Fremden zu enthalten, wird für so wichtig gehalten, daß sie von jedem neu aufgenommenen Bürger im Bürgereide eigens beschworen werden muß²⁾. Zu den Märkten haben die Fremden nur gegen Entrichtung einer Abgabe an die Stadt und den Richter Zutritt. Nach Zahlung derselben steht ihnen aber dann gleiches Recht zu wie

¹⁾ Nur die Artikel 31—35 des Stadtrechtes vom Jahre 1354 gehören auch hierher.

²⁾ Oben S. 22 ff.

den Bürgern selbst (II 35). Kein Fremder darf im Burgfrieden Wein fassen oder in Fässern („lageln“) länger als drei Tage stehen lassen und kein Bürger darf einen solchen weinführenden Fremden länger als drei Tage beherbergen (I 2). Der Kaufhandel der Fremden soll auf die offenen Märkte beschränkt sein. Untersagt ist ihnen der Einkauf auf dem Lande und auf der Alpe (I 4). Der Detail-Verkauf („das Verschneiden“) von wollenen und leinenen Kleidungsstoffen („Gewand“) ist fast ganz in den Händen der Bürger monopolisiert, indem er den Fremden nur an vier Tagen im Jahr, an den Dienstagen vor den vier Jahresmärkten in Mittersill gestattet ist (I 32)¹⁾. Ein Landmann, der in der Stadt eine Niederlage seiner landwirtschaftlichen Produkte hat, darf dieselben nur auf offenem Markt absetzen, nicht von Haus zu Haus verkaufen. Dem Bürger, bei welchem die Niederlage untergebracht ist, obliegt für den Fall des Zuwiderhandelns des Landmannes die Anzeigepflicht (I 22).

Derlei für die Fremden ungünstige Bestimmungen sind sowohl im Interesse der heimischen Konsumenten, noch mehr aber aus Rücksicht auf die heimischen Produzenten und Händler aufgestellt. Der Bürgerschaft sollte in erster Linie Gelegenheit geboten werden, ihren Bedarf zu decken und eine Steigerung der Preise durch die infolge Zuzugs auswärtiger Händler eintretende Erhöhung der Nachfrage sollte hintangehalten werden. Auf der andern Seite sollten die einheimischen Kaufleute vor fremder Konkurrenz geschützt werden.

Andere Normen sind wiederum nur vom Interesse für die Konsumenten diktiert. Es liegt ihnen der volkswirtschaftliche Gedanke zu Grunde, durch Beschränkung des Verkehrs auf den Markt, durch Verbot der Ausfuhr von notwendigen Bedarfsartikeln, durch Freigabe des Kaufes und Handels mit Lebens-

¹⁾ Vielleicht gehört auch hieher die Bestimmung der Satzung von 1353 Artikel 19 über das Verbot des Tuchverschneidens „an burger.“ Ist dieses „an burger“ zu ergänzen in „an burgerrecht“ so ist damit nur der auch in Artikel 32 derselben Satzung enthaltene Gedanke der Monopolisierung des Tuchverschleißes (Gewand = Tuch) in den Händen der Bürger ausgesprochen. Vgl. die Anmerkung zu diesem Artikel im Anh. Nr. VII, S. 69•

mitteln erst dann, wenn vorerst der Hausbedarf der einzelnen Bürger gedeckt wäre, der Bürgerschaft die Möglichkeit zu bieten, ihre Bedürfnisse bequem, billig und gut zu decken.

So dürfen Bürger kein Holz aus dem Burgfrieden verkaufen (I 10), dürfen kein Wildbret und Schmalz außer Land führen (I 30), ebenso dürfen sie ohne Bewilligung des Rates keine Schafe außer Landes treiben (I 24). Der Betrieb von Handel sollte auf den Markt konzentriert werden. Verboten ist Kauf und Verkauf vor den Toren der Stadt (I 20). Unstatthaft ist der Einkauf auf dem Lande, insbesondere von der Alpe zum Zwecke, Handel zu treiben (I 5). Es darf dort von den Bürgern an Käse, Schmalz und Schotten nur so viel gekauft werden, als jeder für seinen Haushalt bedarf, wobei die Zahl der Käse jährlich auf 300 beschränkt ist (I 26). Ein Aufkauf von Lebensmitteln, wie Schmalz, Käse und Obst, auf dem Markt seitens der Bürger zum Zwecke des Wiederverkaufes und Erzielung eines Gewinnes ist dann untersagt, wenn ein anderer Bürger sie für seinen Haushalt braucht und beansprucht (I 25).

Ebenso wie die Stadtgemeinde dahin wirkte, daß das Angebot zur Nachfrage in einem für die Konsumenten günstigen Verhältnisse stehe, ist sie auch bestrebt, jeder Verfälschung der Bedarfsartikel und dem Verkauf schlechter Ware entgegen zu wirken. So wird der Fleischhacker mit Strafe bedroht, der „böš verpotens fleisch slecht und verkauft“. Darunter wurde insbesondere Fleisch von zu jungem Vieh verstanden (I 16, II 34). Ebenso wird der Bäcker und Schenke bestraft, der schlechtes Brot bzw. schlechte Getränke herstellt und verkauft (I 18, II 32, 33). Aber ebenso bestraft wird auch der Lederer der „pöss ledter wurcht“ (I 15) und der Weber, der „pöss tuech wircht“ (I 17).

Das konsumierende Publikum soll aber nicht nur in die Lage versetzt sein, billige und gute Bedarfsartikel einkaufen zu können, sondern soll auch vor Übervorteilung möglichst geschützt werden. Deshalb muß sich der ganze Großhandel vor den Augen der städtischen Organe vollziehen. Kaufmannsgut, welches das Gewicht eines Viertelzentners übersteigt, unte-

liegt dem Wägezwan an der städtischen Frohnwage. Nur bei Wolle begann der Wägezwan erst mit einem halben Zentner (I 6). Im Detailhandel wird der Gebrauch von unrechtem Maß und Gewicht mit hoher Strafe bedroht (I 27).

Von beachtenswerten volkswirtschaftlichen Motiven getragen ist ferner die Bestimmung über die Schonung des Waldbestandes und die Beschränkung der Abholung auf die Deckung des Haus- und Hofbedarfes an Bau- und Brennholz (I 10).

Die Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwächeren und die größere Heranziehung der wirtschaftlich Stärkeren zu den öffentlichen Lasten gibt sich in der Befreiung der Witwe von jeder Steuerleistung kund, „all die weil sy ist ein witbe“ (II 7).

Nationalökonomische und sittenpolizeiliche Beweggründe führten dazu, das Schankwesen unter die Aufsicht des Rates zu stellen. Der Weinausschank war nur frei von der Zeit des Mostens bis St. Martinstag (11. November), also nur sehr kurze Zeit, während er die übrige Zeit einer Konzession seitens des Rates unterlag (I 23). Ein Handwerker durfte neben seinem Handwerk nicht zugleich eine Schenke führen (I 31). Aus denselben Gründen wurde das Spielen im Burgfrieden stark eingeschränkt. In den Häusern waren Spiele, „damit man pfennig gewinnet oder verlost“, nach dem Abendläuten ganz verboten mit Ausnahme des „pretpil“. „Auf truckhen land“¹⁾, d. h. wohl im

¹⁾ Das Verbot des Spielens „auf truckhen land“ findet sich auch im Stadtrecht von München: Man verbeut all truckhen (oder trunchen) plaetz mit spiel, Auer, Artikel 342. Dasselbe will wohl auch die Bestimmung im Stadtrecht von Burghausen vom Jahre 1307 sagen: Iz ist auch verboten auf truckhen land alle plätze. Gengler, Codex jur. municip. Germ. I, 450. Gengler a. a. O., Anm. 14 und Haeutle im oberbayer. Archiv 45, S. 206, denken an das Verbot von Trink- und Spielplätzen. Schmeller, Bayer. Wörterbuch I, 464, 646, versteht unter Truckenplatz einen Platz, wo Truck (eine ältere Art Billard) gespielt wird. Nach Schmeller, a. a. O., 646 und Lexer, Mittelhochd. Handwörterbuch II, 1534, wird trucken auch in der Bedeutung von „bloß“ gebraucht wie truckenez gelt = bloßes Geld. Truckhen land wäre nach dem Zusammenhang wohl in diesem Sinne aufzufassen, als „bloßes Land“ im Gegensatz zu den Häusern. An „plattes Land“ außerhalb des Burgfriedens ist nicht zu denken, weil es

Gegensatz zum Spielen in den Häusern außerhalb der Häuser, unter freiem Himmel, waren solche Spiele zu jeder Zeit, bei Tag und Nacht untersagt (I 7).

Die Sorge um das Wohl der Bürger, um ein geordnetes Zusammenleben und eine geregelte Lebensführung zeigt sich ferner in der Ordnung der Weideverhältnisse auf der Stadtalmende (I 8), in der Vorschrift des Schweineringelns (I 9) und des Reinhaltens des Brunnens (I 21) und in der Aufstellung von Präventivmaßregeln zur Hintanhaltung drohender Gefahren. Zu diesen vorbeugenden Normen gehören das Verbot des Heitzens „nach verspertzzeit hintz nach mitternacht auf die ander han-krät“ (I 14), das Verbot der Einung der Bürger (I 28) und des Haltens und der Annahme von Muntmannen (II 12).

Einungsverbote sind seit dem 13. Jahrhundert wiederholt sowohl von Reichswegen, wie seitens der Landesherrn und in den Stadtrechten ergangen¹⁾. Das erste Einungsverbot ist das auf dem Reichstag zu Goslar im Jahre 1219 für Goslar erlassene²⁾. Von diesen Einungsverboten waren ganz allgemein alle Einungen der Bürger getroffen, insbesondere auch die Einungen der durch die Gemeinschaft des Berufes einander nahe stehenden Gewerbetreibenden. Die fortschreitende Entwicklung ließ sich allerdings durch derlei Einungsverbote nicht aufhalten. Auch in Kitzbühel begegnen wir trotz dieses Verbotes in späterer Zeit den Zünften der Handwerker auf Schritt und Tritt, ja dieselben haben als solche am öffentlichen Leben einen gewissen Anteil genommen, indem zu Satzungen, soweit sie gewerbepolizeilicher Natur waren, auch Vertreter der einzelnen Zünfte zugezogen wurden³⁾.

Muntmannen oder Muntleute sind eine Art klientelartigen Gefolges, mit welchem sich reichere Bürger der Städte

sich ja um die Einschränkung des Spiels innerhalb des Burgfriedens handelt.

¹⁾ Stieda, Zur Entstehung des deutschen Zunftwesens, 25 ff.

²⁾ Nulla sit coniuratio nec promissio vel societas, quae theutonice dicitur eyninge vel ghilde. Göschen, Gosl. Statuten I, 114.

³⁾ Vgl. die im Anhang Nr. XII abgedruckte Satzung vom Jahre 1503.

umgaben. Wir treffen dieselben in den meisten deutschen Städten. Da durch diese Institution die Rechtssicherheit und der Friede oftmals arg gefährdet wurde, wurde das Halten von Muntmannen und der Eintritt in die Muntmannschaft seit dem 13. Jahrhundert, angefangen vom Mainzer Landrieden von 1235¹⁾, durch Reichs- und Landesgesetze wie in den Stadtrechten untersagt²⁾. In Bayern finden wir das Verbot der Annahme und des Haltens von Muntmannen und des Eintrittes in die Muntmannschaft zuerst in den Landfriedensgesetzen. Schon der zu Regensburg im Jahre 1244 aufgerichtete erste bayerische Landfriede bestimmt darüber (Art. 43): *De muntleut. Item de his, qui habere solent vassallos, vulgo muntliut, ab huismodi cessent dominio, percepto statuto, alioquin violatores pacis habeantur it ille vasallus V talenta solvat aut in generali foro comitie diris castigetur verberibus*³⁾. Ähnliche Verbote enthalten dann alle späteren Landfrieden des 13. Jahrhunderts, so der Landfriede von 1255⁴⁾, der Landfriede König Rudolfs vom 6. Juli 1281⁵⁾, der Landfriede vom 8. September 1300⁶⁾ und von den Landfrieden ist dann diese Bestimmung in die bayerischen Stadtrechte übergegangen⁷⁾.

1) Deutscher Urtext, Artikel 15: Wir setzen und gebieten bi unsern hulden, daz niemen deheinen muntman habe. Zeumer, Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung, S. 54. Altmann u. Bernheim, Urkunden zur Verf. Gesch. Deutschlands im M. A.³ S. 248. Lateinische Fassung, Artikel 13: *Muntmannos eciam ubique penitus cessare iubemus*. Zeumer S. 59, Altmann und Bernheim S. 24.

2) Vgl. Gengler, Deutsche Stadtrechtsaltertümer, S. 403 ff., Beiträge zur Rechtsgeschichte Baierns III, 106. v. Maurer, Städteverfassung II, 235 ff.

3) Quellen V, 84.

4) Artikel 38, Muntleut. *Ez sol dehein man muntleute haben oder er ist friedebraech und der muntman sol dem rihter funf phunt geben oder man sol in slahen mit stecken*. Ebenda 147.

5) Artikel 20: *Ez ensol nieman dheinen muntman haben oder er ist friedbrech*. Ebenda 343.

6) Artikel 58. *Ez sol niemen deheinen muntman habn oder er ist fridbraech und sol dannoch des herzogen sin, swaz derselb muntman hat*. Ebenda VI, 120.

7) Z. B. Ingolstädter Stadtrecht vom 25. Juli 1312 (Artikel 12): *Swer sich in der stat deheinen herren anziuhet in muntmansweise, der geit*

Der durch die beiden Stadtrechte von 1353 und 1354 fixierte Rechtszustand hat sich in der Eolgezeit zunächst konstant erhalten. Aus der nächstfolgenden Zeit sind weder neue Satzungen der Bürgerschaft bekannt, noch besondere Rechtsvermehrungen seitens der Landesfürsten. Diese beschränkten sich vielmehr darauf, die hergebrachten Rechte und Freiheiten zu bestätigen, so Ludwig der Brandenburger in der oben¹⁾ genannten Urkunde vom 9. Mai 1354, und dessen Gemahlin Margaretha Maultasch, an welche Kitzbühel mit den Herrschaften Kufstein und Rattenberg als Wittum gekommen war²⁾, mit einer zu Kitzbühel ausgestellten Urkunde vom 30. Oktober 1362³⁾.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts sehen wir Kitzbühel auch im Besitz der Landstandschaft, die es vielleicht schon längere Zeit vor der urkundlichen Bezeugung besessen haben dürfte. Der große Brandbrief der bayerischen Herzoge vom 25. November 1374 ist auch vom „Markt“ Kitzbühel besiegelt⁴⁾, und auch an späteren landständischen Briefen hat wiederholt auch das Siegel von Kitzbühel gehangen⁵⁾.

Anlässlich der Länderteilung vom 19. November 1392⁶⁾ zwischen den Brüdern Stefan, Friedrich und Johann wechselte „Kiczpühel der margt“ wieder seine staatliche Zugehörigkeit,

der stat fünf pfunt. Ebenda 205. Im Privileg Hz. Rudolfs vom 19. Juni 1294 für die Mutterstadt München (ebenda 44 ff.) finden wir eine solche Norm noch nicht.

¹⁾ S. 17.

²⁾ Oben S. 15.

³⁾ Or. Perg. . . . geben mit unser lieben vettern Stephans phallentzgraf bey Rein und hertzog in Beyern des jüngern insigel versigelten, der ez daran gelegt hat durch unsrer vleizz(ig) bet willen, im an schaden, wan wir dez unsern ze den zeiten bey uns nicht heten Geben ze Chitzpühel an sunntag vor aller heiligen tag. Äußerer Rand des S. teilweise abgebrochen. Stadtarchiv in Kitzbühel.

⁴⁾ v. Lerchenfeld, Die altbayerischen landständischen Freibriefe, S. 29. Anm. Buchner, Geschichte von Bayern V, 273, will darnach die Landstandschaft Kitzbühels schon für die Zeit Ludwig IV. annehmen.

⁵⁾ So an den Bundesbriefen von 1403 (Lerchenfeld, a. a. O. 58, Anm.) und 1420 (ebenda 66—67 Anm.)

⁶⁾ Quellen VI, 551.

indem es samt „Ratenberg burg und margt“ und „Küfstain burg und margt“ an Herzog Stefan III. von der Linie Bayern-Ingolstadt fiel. Aber auch dieser Wechsel der politischen Zugehörigkeit, wonach das Recht der Mutterstadt München für Kitzbühel formell exterritoriales Recht wurde, hatte im Rechtszustand Kitzbühels keine Änderung zur Folge. Herzog Stefan III. bestätigte vielmehr in einer Urkunde vom 7. Jänner 1393 den Bürgern der Stadt Chitzpuchel „all ir gnad, freyheit, recht, gesetzt, brief und güt gewohnheit, die sy von unsern vorvodern seligen, von unsern lieben brüdern und von uns gehebt und herbracht habent“¹⁾.

Stefan III. Sohn, Herzog Ludwig der Bärtige, hat erst das formell exterritoriale Münchner Stadtrecht in Kitzbühel beseitigt und an dessen Stelle das Stadtrecht von Ingolstadt gesetzt, ebenso wie einst Herzog Heinrich im Jahre 1321 das formell exterritoriale Münchner Recht durch das Landshuter Recht ersetzt hat²⁾. In einem großen vom 31. Jänner 1417 datierten Freiheitsbrief³⁾ bestätigt Herzog Ludwig dem Rat und den Bürgern von Kitzbühel zunächst „das rechtpûch“ und „den brantbrief“. Das Rechtsbuch ist ganz ohne Zweifel das Stadtrechtsbuch Kaiser Ludwigs und seiner Söhne, das in allen oberbayerischen Städten und Märkten Geltung hatte⁴⁾ und wovon auch eine Handschrift vom Jahre 1560 im Stadtarchiv in Kitzbühel⁵⁾ heute noch vorhanden ist, und unter dem Brandbrief ist der Landfriede der bayerischen Herzoge vom 25. November 1374 zu verstehen⁶⁾. Die Bestätigung des Rechtsbuches und des Brandbriefes für bayerische Städte kommt in dieser Zeit und insbe-

1) Or. Perg. S. an Pg. Str. Geben zû Cufstain an eritag nach dem heyligen prehentag. Stadtarchiv in Kitzbühel.

2) Oben S. 12.

3) Or. Pg. S. an Pg. Str. Geben zu Ingolstat des nachsten suntags vor unser lieben frawentag ze liechtmess. Stadtarchiv in Kitzbühel.

4) Vgl. oben S. 4.

5) Codex 2.

6) Quellen VI, 517. Vgl. Rockinger in der Einleitung zu Lerchenfeld, die altbairischen ständischen Freibriefe, S. 209. Riezler, Gesch. Baierns III, 667.

sondere unter der Regierung Ludwig des Bärtigen sehr häufig vor. So bestätigte er in Briefen gleichen Datums wie für Kitzbühel (31. Jänner 1417) auch den Städten Kufstein, Rattenberg und Wasserburg das Rechtsbuch und den Brandbrief¹⁾ und neuerdings bestätigte er den Bürgern von Rattenberg mit Privileg vom 29. Mai 1419 neben andern einzeln aufgeführten Urkunden auch das Rechtsbuch und den Brandbrief²⁾. Sodann führt der Herzog in seinem Konfirmationsbrief, für Kitzbühel mit Ausnahme des ersten Stadtrechtsbriefes vom 6. Juni 1271³⁾ alle im Verlaufe der Darstellung behandelten landesfürstlichen Privilegien⁴⁾ einzeln an und bestätigt dieselben, jedoch mit der Modifikation, daß an Stelle des Stadtrechtes von München das Recht von „Ingolstet und ander unser stet und märgkt in unserm tail des lands zu oberen Bayren“ treten sollte.

Diese Änderung des geltenden Rechtes war aber lediglich eine formelle, keine materielle. Eine praktische Konsequenz hat sie nicht gehabt, denn das Ingolstädter Recht war ja dem Münchner Recht genau nachgebildet. Der größte Teil des Ingolstädter Stadtrechtes vom 25. Juli 1312⁵⁾, auf welches wir im Verlaufe der Darstellung wiederholt Bezug genommen haben, ist dem Rudolfinum für München vom 19. Juni 1294⁶⁾ ent-

1) v. d. Pfordten, a. a. O., 238, 240, 247. Der hier angeführte Brief für Rattenberg ist weder in den Rattenberger Originalurkunden im Landesarchiv in Innsbruck, noch im Rattenberger Kopialbuch im Museum Ferdinandeum in Innsbruck vorhanden.

2) Orig. (montag nach dem hl. aufferttag) Perg. S. an Pg. Str. im Landesarchiv in Innsbruck, Rattenberger Urk. Nr. 35.

3) S. 3.

4) Nämlich die Urkunden 1297, März 23 (Schenkung der Stadtalmeide, allein mit der falschen Jahreszahl 1277, vgl. oben S. 10), 1321, September 25 (Verleihung des Rechtes von Landshut, S. 12), 1338, Jänner 1 (Verleihung des Stadtrechtes von München, S. 13), 1340, April 24 (Steuerprivileg, S. 14), 1354, Mai 9 (Konfirmationsbrief Ludwig des Brandenburgers, S. 17), 1362, Oktober 30 (Konfirmation der Markgräfin Margarathe, S. 49) und endlich 1393, Jänner 7 (Konfirmation Stefan III., S. 50).

5) Quellen VI, 204.

6) Ebenda 44.

lehnt¹⁾ und das Stadtrechtsbuch Kaiser Ludwigs und seiner Söhne war in Ingolstadt ebenso in Geltung wie in München. Kitzbühel wurde durch das Privileg Ludwig des Bärtigen formell aus einer Tochterstadt Münchens zu einer Tochterstadt Ingolstadts, mithin zu einer Enkelstadt Münchens herabgedrückt, ohne daß sich im materiellen Rechtsbestand etwas geändert hätte.

Der Streit Hz. Ludwig des Bärtigen mit seinem Sohne Ludwig dem Höckerigen²⁾ hatte neuerdings eine Bestätigung der Privilegien und Freiheiten seitens des letzteren zur Folge. In einer zu Kitzbühel ausgestellten Urkunde vom 11. Dezember 1444³⁾ bezeugt er, daß Bürgermeister Rat und Gemeinde der Stadt Kitzbühel ihm als Verweser und Statthalter seines Vaters gehuldigt haben, bis er sich mit ihm vertragen hätte, und bestätigt darauf ihre Privilegien und Freiheiten.

Im Jahre 1447 erlosch mit Ludwig dem Bärtigen die Linie Bayern-Ingolstadt und deren Länder und Gebiete, darunter auch Kitzbühel, fielen an die Linie Bayern-Landshut⁴⁾ und verblieben im Besitz derselben bis zum Aussterben dieses Zweiges des Wittelsbachischen Hauses im Jahre 1503.

Dieser Anfall an Bayern-Landshut hatte naturgemäß wieder eine Bestätigung der Privilegien und Freiheiten seitens des neuen Landesfürsten Hz. Heinrich des Reichen zur Folge. Zunächst bestätigt er in einem allgemeinen Briefe vom 12. Juli 1447 mehreren benannten Orten, die ihm schon gehuldigt haben, darunter auch der Stadt Kitzbühel, ihre hergebrachten Rechte und Freiheiten⁵⁾ und stellte überdies am 28. Juli desselben Jahres für Kitzbühel einen besondern Konfirmationsbrief aus⁶⁾.

¹⁾ Ergibt sich schon aus der Bezugnahme auf das Münchner- und Ingolstädterrecht bei der Darstellung des Inhaltes des Stadtrechtes von Kitzbühel vom Jahre 1354, S. 16, ff. Vgl. noch v. d. Pfordten, a. a. O., 6 ff., 242.

²⁾ Riezler III, 335 ff.

³⁾ Orig. (freytags vor s. Lucientag) Pg. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

⁴⁾ Riezler III, 348 ff.

⁵⁾ Datum an s. Margretentag. Vidimierte Abschrift der Äbte Johannes zu Attl und Heinrich zu Rott vom 18. Juli (erichtag nach s. Margretentag) 1447 mit deren beider S. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

⁶⁾ Orig. (freitag nach s. Jacobstag) Perg. S. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

Nach dem Tode Hz. Heinrich des Reichen stellte dessen Sohn Hz. Ludwig der Reiche zu Kitzbühel am 10. Oktober 1450 eine neuerliche ganz allgemein gehaltene Bestätigungsurkunde aus¹⁾.

Herzog Ludwig hat ferner in Kitzbühel auch die für seine Länder im allgemeinen erlassene Ordnung des Kaufhandels auf dem flachen Lande (außerhalb der Städte und Märkte) vom 15. Dezember 1459 kundgemacht²⁾, die darauf hinausgeht, den Handelsverkehr der Landsassen auf dem flachen Lande zu Gunsten der Städte und Märkte zu beschränken. Darnach soll es jedem Bauern und armen Mann, der außerhalb der Städte und Märkte gesessen ist, zwar freistehen, Wein, Tuch und Eisen in das Land einzuführen, der Verkauf sollte aber nur auf den offenen Märkten der Städte und Märkte vor sich gehen können. Nur hinsichtlich der Hauserzeugnisse an groben Loden und Tuch und der im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb gewonnenen Produkte soll dieser Marktzwang nicht bestehen und ebenso sollte die Deckung des Hausbedarfes nicht an den Einkauf auf den Markt gebunden sein, sondern frei erfolgen können. Um Preissteigerungen hintanzuhalten, soll jeder Fürkauf, sowie das Aufkaufen und Ausführen von Getreide verboten sein. Ebenso ist der Ausschank von Wein außerhalb der Tafern unter sagt.

Gegen Ende des Jahres 1473 hat Herzog Ludwig in Schlichtung eines Streites zwischen den Bürgern von Kitzbühel und den Landsassen rings herum neuerdings den Handelsverkehr in der Stadt und im Landgericht Kitzbühel geregelt und eine analoge Regelung ist sicher auch für die Stadt und Umgegend von Rattenberg und wahrscheinlich auch für Kufstein erfolgt³⁾. Mit Urkunde vom 29. Dezember 1473⁴⁾ hat der Herzog zunächst den Handel im ganzen Gericht nur den Gerichtsansässigen gestattet, Gerichtsfremde davon ausgeschlossen. Ferner hat er

1) Or. (samstag nach Dionisii) Perg. S. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

2) Bisher ungedruckt. Abgedruckt im Anhang Nr. IX.

3) Auf Rattenberg lautende Exemplare der gegenständlichen Ordnung im Kirchenarchiv von Stumm (Archivbericht aus Tirol III, 163) und im Gemeindearchiv von Aurach (ebenda IV. demnächst erscheinend).

4) Gedruckt im Anhang Nr. X.

die Handelsbefugnisse der Landsassen zu Gunsten der Bürger noch mehr eingeschränkt, als es schon durch die Ordnung vom Jahre 1459 geschehen war. Im Umkreise einer Meile um die Stadt soll der Verkauf von Schlachtvieh (vaistz viehs und ander vayl essent phenbert) auf die Wochen und Jahrmärkte in Kitzbühel beschränkt sein, die für jedermann gleich zugänglich sein sollten. Erst wenn der Verkauf auf dem Markt nicht bewerkstelligt werden sollte, kann man das auf den Markt gebrachte Vieh auch außerhalb des Marktes an den Mann zu bringen suchen. Nur ihren Hausbedarf sollten die Bürger von Kitzbühel und die innerhalb der Bannmeile ansässigen Landleute auch außerhalb des Marktes decken dürfen. Außerhalb der Bannmeile ist der Verkauf von „vaist viech und essent phenbert“ nicht auf die Märkte beschränkt, darf aber nur an solche Personen erfolgen, die „Kaufrechte“ haben. Nur die Säumer sollten in dieser Beziehung bevorzugt sein, indem sie zur Zeit des Säumens der Kaufrechte nicht bedürfen und auch außerhalb dieser Zeit soviel ohne Kaufrechte aufkaufen dürfen, als ihre Rosse tragen.

Die „Kaufrechte“, das ist das Recht, zu kaufen und Handel zu treiben, mußten vom Landesfürsten eigens als Privileg erbeten werden und mit der Erteilung derselben war, wie wir dem gleich zu erwähnenden Mandat vom 15. September 1474 ¹⁾ entnehmen, der landesfürstliche Pfleger des Landgerichtes Kitzbühel betraut. Für die Erteilung der Kaufrechte war, wie eine andere gleichzeitige Quelle berichtet, eine Taxe von 1 Mark zu entrichten ²⁾. Der Handelsverkehr war also dadurch zu einer Quelle fiskalischen Einkommens gemacht worden. Für mageres Vieh sollte der Marktzwang und der Zwang nur an diejenigen zu verkaufen, welche Kaufrechte besitzen nicht bestehen. Ebenso sollten die Taferner, d. s. die Inhaber der Tafernen, bei Deckung ihres täglichen Bedarfes nicht an den Markt gebunden sein. Der Verkauf der Hauserzeugnisse an Loden und Tuch, der nach

¹⁾ Abgedruckt im Anhang Nr. XI.

²⁾ Das oben S. 14. genannte Weistum: Item das chauffrecht in der herschaft, da sol niemant inchauffen, er beste es dann von der herschaft, ausgenommen dy purger nicht. Dy chauffrecht tuent 1 marckch.

der Ordnung des Jahres 1459 frei gegeben war, sollte jetzt im allgemeinen, ebenso wie der Verkauf der eingeführten welschen Tücher, dem Marktzwang unterliegen. Nur unter Nachbarn sollte der Verkauf, soweit er sich um die Deckung des Hausbedarfes handelt, auch außerhalb des Marktes erfolgen können. Für Inslit soll das Bergwerk von Rattenberg nicht nur im Landgaricht Kitzbühel, sondern in allen drei Herrschaften Kitzbühel, Kufstein und Rattenberg ein Vorkaufsrecht haben. Innerhalb der Bannmeile um Kitzbühel sollten keine Handwerker sein, damit den Handwerkern in der Stadt keine Konkurrenz entstehe. Nur von St. Johann gegen Kitzbühel hinauf sollten die Handwerker innerhalb einer halben Meile von St. Johann arbeiten können, wie das bisher der Fall war.

Außerdem machte Hz. Rudolf in dieser Urkunde den Versuch, in allen drei Herrschaften im Gebirge das Maß- und Gewichtswesen einheitlich zu ordnen¹⁾.

Durch diese Regelung des Handelsverkehrs waren nicht nur die Landsassen hart betroffen, sondern auch die Bürger von Kitzbühel selbst, denn an Stelle der früheren Handelsfreiheit der Bürger sollte dadurch eine Art Konzessionssystem treten, indem auch jeder einzelne Bürger von der Herrschaft Kaufrechte erwerben mußte. Dieser Umstand scheint auch zu Beschwerden von Seite der Bürger geführt zu haben. Denn durch Mandat vom 15. September 1474²⁾ hat Herzog Ludwig diese Bestimmung dahin abgeändert, daß die Verleihung der Kaufrechte den Bürgern von Kitzbühel zustehen solle — wohl als Konsequenz ihres alten Handelsmonopols — wie das vor Ausgang der Ordnung vom Jahre 1473 gewesen ist. Außer der Widerrufung der über das Maß- und Gewichtswesen erlassenen Anordnung hat Herzog Rudolf in diesem Mandat auch Vorsorge getroffen, daß die Bürger von Kitzbühel den Preis des in der Stadt zum Ausschank gelangenden Weines festsetzen.

Nach dem Ableben Hz. Ludwig des Reichen († 1479) bestätigte dessen Sohn Hz. Georg der Reiche als neuer Landes-

¹⁾ S. oben S. 26.

²⁾ Abedruckt im Anhang Nr. XI.

fürst mit Urkunde vom 26. April 1479 dem Bürgermeister, dem Rat und der Gemeinde der Stadt Kitzbühel auf die Huldigung hin alle Privilegien und Freiheiten¹⁾.

Aus der Wende des Mittelalters und der Neuzeit, aus dem Jahre 1503, ist uns noch eine umfangreiche Satzung der Bürger über die Markt- und Gewerbeverhältnisse erhalten, die am 6. Februar durch Zusammenwirken des damaligen landesfürstlichen Pflegers Wilhelm von Münchau²⁾, des Bürgermeisters Wolfgang Holnstainer, des Rates, einer Anzahl Bürger und je eines Abgeordneten aus jeder Zunft zu Stande kam³⁾. Diese Satzung beschäftigt sich eingehend mit dem Kaufhandel innerhalb und außerhalb der Bannmeile, stellt Bestimmungen über die städtische Frohnwage und den Wägezwang auf, sucht den „Fürkauf,“ das ist den Kauf zum Zweck des Wiederverkaufes, einzuschränken, der nach der allgemeinen Anschauung des Mittelalters, weil er den Preis unnötig verteuere, schädlich sei, enthält ausführliche Metzger-, Bäcker-, Müllner- und Wirtsordnungen mit detaillierter Fleisch- und Brottaxe, regelt Maß- und Gewicht und noch manche andere Seite städtischen Zusammenlebens.

Diese Satzung des Jahres 1503 ist die letzte bedeutungsvollere Äußerung der Gemeindeautonomie von allgemeinerem Charakter. Denn mit Beginn der Neuzeit hat die Weiterentwicklung städtischen Lebens auf Grund der Gemeindeautonomie so ziemlich ihr Ende erreicht. An deren Stelle tritt die landesfürstliche Gewalt, welche in ihrer Machtvollkommenheit in alle Zweige des gesellschaftlichen Lebens eingreift und auch die früher der Regelung durch die Gemeindeautonomie unterliegenden Gebiete an sich zieht.

¹⁾ Orig. (Montag nach s. Jörgentag) Perg. S. im Stadtarchiv in Kitzbühel.

²⁾ Nicht aus der Satzung selbst, sondern aus andern gleichzeitigen Urkunden im Stadtarchiv in Kitzbühel und im Schloßarchiv auf Kapsburg bei Kitzbühel ergibt sich die Eigenschaft des Münchauer als landesfürstlichen Pflegers, in dessen Händen auch die Ämter eines Land- und eines Stadtrichters vereinigt waren.

³⁾ Abgedruckt im Anhang Nr. XII.

Die Teilnahme König Maximilians I. an dem nach Aussterben der Linie Bayern-Landshut (1503) entbrennenden bayerischen Erbfolgestreit (1503—1505) hatte die dauernde Vereinigung Kitzbühels und dessen Schwesterstädte Kufstein und Rattenberg mit Tirol zur Folge¹⁾. Die Stadt Kitzbühel, welcher der neue Landesfürst K. Maximilian mit Urkunde vom 1. Jänner 1506, ebenso wie seine späteren Nachfolger die hergebrachten Rechte und Freiheiten vollinhaltlich bestätigten²⁾, hat seit dieser Zeit die äußeren Schicksale Tirols geteilt und kam so auch vorübergehend in den Jahren 1806—1814 wiederum an Bayern. Auf dem Rechtsgebiete hat es aber, gleich Kufstein und Rattenberg, gegenüber dem übrigen Lande Tirol bis in die neueste Zeit herein eine gewisse Sonderstellung eingenommen, indem hier der alte Rechtszustand, wie er insbesondere in dem unter dem Namen „Buchsag“ auftretenden Stadt- und Landrechtsbuch Kaiser Ludwigs niedergelegt ist, auch fernerhin aufrecht blieb. Die Geltung der tirolischen Landesordnungen war ursprünglich ausdrücklich ausgeschlossen³⁾, später nur deren subsidiäre Kraft anerkannt⁴⁾. Erst die Einführung des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1814 hat den alten Rechtszustand beseitigt und Rechtseinheit geschaffen.

¹⁾ Riezler III, 590 ff., 635 ff., 638.

²⁾ Siehe die einzelnen Konfirmationsurkunden in dem demnächst erscheinenden 4. Bd. der Archivberichte aus Tirol bei Kitzbühel. Sämtl. Originale im Stadtarchiv in Kitzbühel.

³⁾ So die Landesordnungen von 1532 und 1573.

⁴⁾ Vgl. Rapp, das vaterländische Statutenwesen in den Beiträgen zur Geschichte etc. von Tirol, 5. Bd. (1829), S. 129. v. d. Pfordten, a. a. O., 230 f.

Urkunden-Anhang.

Nr. I.

1271 Juni 6, Kitzbühel.

Herzog Ludwig II. von Oberbayern verleiht Kitzbühel das Stadtrecht von München und der oberbayerischen Städte.

Orig. Perg. mit dem teilweise abgeschmolzenen Reitersiegel an abhangingem Pg.-St. im Stadt-Archiv in Kitzbühel.

Nos Lodwicus dei gratia comes palatinus Rheni, dux Baw(arie). Ut nova plantatio nostra apud Chizzingensbühel melioretur et pro desiderio animi nostri propositum nostrum super ipsa plantatione conceptum ad effectum perducatur, auxilio et consilio civium ibidem manentium accedente tenore presentium profitemur et notum facimus universis, quod eidem opido nostro universa iura seu constitutiones civitatum nostrarum tam in Monaco quam alias plenarie recognoscimus ac etiam servare volumus, quemadmodum ipsis civitatibus privilegiis nostris expressius sunt confirmata. Libertatem etiam ipsis civibus de prefato opido nostro per nos concessam ab hinc usque ad autumpnum proximum et abinde per quinque annos continuos ratam servare promittimus atque firmam, precipientes iudici nostro, ut prefatum opidum ab offensis quorumlibet studeat efficaciter defensare. In cuius rei testimonium presentem litteram scribi fecimus nostri sigilli munimine roboratam. Datum apud Chitzingensbühel anno domini M^oCC^oLXX primo, VIII idus iunii.

Nr. II.

1297, März 5, Kitzbühel.

Heinrich von Wolfratshausen, Herzog Rudolfs Vitztum von Bayern, regelt den Handelsverkehr im Gericht Kitzbühel.

Orig. Perg. mit abhingendem zur Hälfte abgefallenen Siegel im Stadt-Archiv in Kitzbühel.

Ich Heinr(ich) von Wolfrath(usen), hertzog Rud(olfs) vitztum von Baiern, enbiut ewe richtær von Chitzpvhel meinen triwen dinst.

Ich gebiut ewe von meines herren wegen, daz ir verbieth in ewerm geriht ublich, daz ieman da den gessen ze ezzen gebe, wan in dem marcht datz Chitzpvhel, an datz den rehten tævern, der ainu ist datz sant Johans chirchen, ainu datz Chezzen und ainu datz Chirchdorf.

Ich wil, daz ir auch verbieth allen chaufe in dem geriht, wan Chitzpvhel suln chauffen. swa si mugen oder wellen, swer anders chauffen oder verkauffen welle, daz sol geschehen uf offen marcht.

Ir sult auch verbieten, daz dehain lantman, swie er genant sei oder swer er si, weder wolleins oder leineis bei der ellen hin gebe oder flæchs oder dehain güt bei dem pfenwert hin gebe in dem marcht, an alæin die purger und Municher purger.

Ir sult auch verbieten, daz ieman ir etzze niezz mit wit oder mit waid an alæin die purger und der von Hegeln. Swer auch etzze gen ir etzze habe, der sol die friden, als er si haben welle.

Swer auch purger in dem marcht werde und uber iars vrist in dem marcht belibt, der sol auch furbaz da inne beliben.

Swer diu taiding, als vor geschriben ist, ubervert, der sol æin pfunt geben dem richtær und æin pfunt an diu stat.

Der brief ist geben datz Chitzpvhel, do von Christ geburt waren zwelfhundert iar und in dem sibenten und newentzigstem iar des eritages nach dem weizzen suntage.

Nr. III.

1297 März 23, München.

Herzog Rudolf II. schenkt den Bürgern von Kitzbühel zwei Güter am Schattberg.

Orig. Perg. mit dem Reitersiegel an Perg. Str im Stadtarchiv in Kitzbühel ¹⁾.

Wir Rvdolf von gotes genaden pfallentzgraf ze Reine und hertzog ze Baiern tun chunt allen den, die disen brief sehent oder hörent lesen, daz wir unsern burgærn ze Chitzpvhel darumbe, daz si uns deste gütlicher dienen und auch vrölicher bawen und den marchte ze Chitzpvhel deste baz vesten, unseriu zwai gut ze Schatperch gegeben haben und auch geben ze einer atzunge und ze einer waide als diu²⁾ ze Chitzpvhel, also daz si und auch anders nieman

¹⁾ Zwei beim Orig. liegende Kopien (eine einfache saec. XVII und eine beglaubigte vom J. 1821) tragen die falsche Jahrzahl 1277.

²⁾ Hier ein Raum von 4 cm. durch Durchstreichen mit Tinte, wie es scheint ursprünglich oder wenigstens sehr früh, ganz unleserlich ge-

diu selben waide furbaz immer mere haben und auch nützen, als si wänen, daz ez in gut sei. Ze einem urchünde auch diser taidinge geben wir disen brief mit unserm insigel versigelt. Der brief ist gegeben ze Mñichen, do von Christes geburte waren zwelfhundert iar und in dem sibenden und niwenzigistem iar des samtztages vor unser frawentag in der vasten.

Nr. IV.

1321 September 25, Kitzbühel.

Herzog Heinrich XIV. von Niederbayern verleiht Kitzbühel das Stadtrecht von Landshut und der niederbayerischen Städte.

Orig. Perg. S. an Pg.-Strang im Stadt-Archiv in Kitzbühel.

Wir Heinreich von gots gnaden pfallentzgraf ze Rein und hertzog in Baiern veriehen offenbar an dem brif, daz wir an gesehen haben den getriwen willigen dienst, den uns unser purger ze Chitzpühel her habent getan und noch ze allen zeiten gern tünt, und haben in di genad getan, daz si alle deu reht haben sūn chlaineu und grozzeu, deu unser stat ze Lantshüt hat und alle ander unser stet überal unser lant, di weil wir si inne haben, und bestætigen in di mit disem brif also, daz in deu von dhainem unserm amtman, edlen noch ungeedelten mit dhainen sachen sol übervaren noch bechrenchet werden.

Daz in daz allez also staet gantz und unzebrochen beleib, geben wir in disen brif versigelten mit unserm insigel. Daz ist geschehen ze Chitzpühel, do von Christes gepürt waren dreutzezenhundert iar und darnach in dem ainen und zwaintzkisten iar an dem nähsten freytag nach sand Matheustag.

Nr. V.

1338 Jänner 1. München.

Ludwig der Bayer verleiht Kitzbühel das Stadtrecht von München und der oberbayerischen Städte.

Orig. Perg. S. an grüner Seidenschnur im Stadtarchiv in Kitzbühel.

Wir Ludowig von gotes genaden Römischer keiser ze allen zeiten merer des riches veriehen für uns und für all unser erben

macht. Die Kopie saec. XVII ignoriert die Tilgung, die beglaubigte Kopie vom J. 1821 setzt in die Lücke „Schatperch und Ernpach“, was unmöglich gestanden haben kann.

offenlichen an disem brief und tun chunt allen den, di in sehent, hörent oder lesent, daz wir den wisen lüten . . dem rat und den burgern gemeinlichen ze Kitzpüchel unsern lieben getriwn durch besunder genad und gunst, di wir zu in haben, und ouch durch pesserung irer stat geben und verchriben haben und geben und verschreiben ouch mit diesem gagenwürtigen brief alliu diu recht und gewonheit, es sei an dem gericht, an pfertern und an allen andern sachen, di unser stat und burger ze München her bracht habent und ouch ietzo habent sint. Swas wir ouch unser vorgeanter stat ze München und andern unsern steten ze Bayern fürbas recht und gewonheit gæben und verschriben, di selben sullen si ouch haben als di selben unser stet an all irrung und hinder-núzz und wellen und gebieten allen unsern amptlütten, pflegern, vitztüm. richtern, schergen und andern, swie di gehaizzen sein, di ietzo sint oder fürbas werdent, daz si den vorgeantten . . dem rat und den burgern gemeinlichen ze Kitzpüchel dis unser genad stæt halten und in die mit dheinen sachen übertarn, als lieb in unser huld sein, und dar über ze einem urchund geben wir in diesen brief mit unserm kayserlichen insigel versigelt, der geben ist ze München an dem ebenwichtig nach Kristus geburt driuzehen hundert iar darnach in dem achten und dreizigisten iar, in dem vier und zweinzigisten iar unsers riches und in dem zehenden des keysertüms.

Nr. VI.

1340 April 24, München.

Kaiser Ludwig regelt die Steuerleistung der Stadt Kitzbühel.

Orig. Perg. S. an Perg.-Streifen im Stadt-Archiv in Kitzbühel.

Wir Ludwig von gotes gnaden Romischer keyser ze allen ziten merer dez richs veriehen und tün kunt offenbar an disem brief, wan uns die wisen lüt, . . der rat und die . . purger gemeinlichen ze Kitzpüchel unser lieb getriwe kuntlichen beweist habent, daz si uns noh unsern vorvaren von des hertzentümes (!) wegen von Beyrn ze ir gewonlichen stiwer ierlichen ze geben uf sant Georigentag nimer gebunden sin, dann zwainzig phunt Münicher phenning, tun wir in die besunder gnade durch gunst, die wir in dragen, und bestéten die selben ir gewonlichen stiwr von unserm keyserlichem gewalt ze geleicher weiz und in aller der mazz, als oben geschriben stat und als si die von alter biz her gehabt und bracht habent. Und dez ze einem urchunde geben wir in disen

brief mit unserm keyserlichem insigel versigelten. Geben ze Muni-
chen an sant Georigentag nah Kristes geburt driuzehen hundert
iar dar nah in dem viertzigestim iar, in dem sehs und zwanzige-
stim iar unsers richs und in dem dreizehendem dez keysertumes.

VII.

1353

Satzung der Bürger (Stadtrecht I).

Hs. saec. XVI. im Stadtarchiv in Kitzbühel cod. 2, fol. 81 ff.

Anno 1353.

Zu vermerckhen der burger satz zu Kützpühel, die
wir von herrschafft genaden haben¹⁾.

1.

Welicher burger gesellschaft hat oder treibt mit iemant, der
nicht burger ist, oder frembdt kauffleut furdert in²⁾ dan landt,
als offt er das übervert, als offt geit er den purgern ain halb
pfunt pfening, dem richter als vil.

2.

Umb wein vassen.

Es sol auch niemant khainen wein vassen, der nicht burger
ist, in dem purchfride, noch in den lageln lenger lassen sten, dann
an den dritten tag und sol in auch khain purger lenger behalten,
und wer das überfert, es sey burger oder gast, als offt man das
übervert, als offt geit er den burgern ain halb phunt pfening, dem
richter als vill.

3.

Umb valpurger.

Welich valpurger ausserhalb des purchfrids sitzet, der hat
khain recht, die ain ander burger haben sol, und mugen in auch
nichts verantworturten als ainen andern burger und sol auch der-

¹⁾ Auf dem Rand von zweiter gleichzeitiger Hd. die Bemerkung „da
mangelt der recht eingang“.

²⁾ Von der Hd. des Schreibers korrigiert aus fuerdin.

selbs nichts khauffen in dem lande noch khainen khauff treiben und sol dannoch sein hab verstewrn.

4.

Umb gesst khauffen.

Es sol auch khain gast oder lantman in dem lande ab der alben nichts khauffen, dann auf freyem markht. Wer das uberfert, der geit den burgern ain halb phunt denare, dem richter als vil.

5.

Umb richter khainen khauff lassen.

Es sol auch der rihter niemand khainen khauff lassen in dem lande ab der alben.

6.

Umb wegen.

Es sol auch niemant wegen allerlay khaufmanschaft, das uber ain viertail aines zenten ist, dann an der fronwag an wollen allein und sol auch ieder man zw der wollen gerecht stain haben, und wer under dem halben zentten wigt. Wer das uberfert, der¹⁾ geit den burgern zwenunddreissigkh pfening, dem richter als vil, und wer khaufft, der geit von dem zentten ain halber und der verkhaufft ain halber.

7.

Umb spiln in dem purchfrid.

Es sol niemant in dem purchfrid spiln lassen in seinem haus noch nachtlautzeit kainerlay spil, damit man pfennig gewinnet oder verleust, an pretspil allein, noch auf truckhen land sol niemant spiln pey tag noch pey nacht und wer das uberfert, der da spilt oder in seinem haus spiln lät, der geit dem richter ain halb phunt pfening, den burgern als vil.

8.

Umb vich treiben an dem statperg.

Es sol auch khain burger oder gast noch niemant anderrer darnach und der Schatperg aper wirt hintz auf den herbst, das es

¹⁾ Der doppelt.

gesneibt, khain vich nicht treiben noch an den perg weder wider, noch ros, noch rinder, noch khelber, was ainer ab der fuer bringt, an was er den winder auf seinem misst gehabt hat, es wär dan, ob ainer pey dem langs ain khue oder zwo angever in sein hauß khaufft. Wer das ubervert, der geit den burgern sechtzig denare, dem richter als vil.

9.

Umb swein ringeln.

Es sol auch iederman, wer swein hat in dem purckhfride, die ains halben iars alt sind, ringln uber iar. Wer das nicht thuet, der geit den burgern vierundzwaintzigk denare, dem richter als vil.

10

Umb holtz aribreiten ab dem peerg.

Es sol auch khain man armer noch reicher khain holtz ab dem peerg nicht arbeiten, nur was er zu notturfft bedarff in sein haus zu prenne und zu seiner hofsach, und sol auch niemant hhain holtz verkhauffen aus dem purgkhfrid und sol auch niemant khainen erdstam abslahen zu steckhen dan aststeckhen. Wer das ubervert, der geit den purgern LX denare, dem richter als vil.

11.

Das khain burger dem richter clagen sol.

Es sol auch hhain burger, der mit dem andern icht ze schaffen hat oder ze handeln hat, des die burger gewalt habent ze richten, dem richter nicht clagen, er sol es den burgern ze wissen thuen. Wer das nicht thuet, der sol es pessern nach der burger sechser rath und trewn.

12.

Es sol der burger satz niemant versitzen oder on eehafft auspleiben.

Es habent auch die burger gesetzt, nach wem die genannten sendent, wen sy an der burger geschefft sitzent, wer das versäß und angever dahaimbt wär, der geit den burgern XII denare.

13.

Den lewten purckhrecht ze lassen und wie burger
aufzenemen sein.

Es sollen die sechs niemand purckhrecht lassen, sy haben der
gemain dapey, als vil sy ir angever dabey gebaben mugen. Man
sol auch niemand das purckhrecht lasen, er gebe dann den bur-
gern funf pfund denare und thue, was der recht sey, und dem
richter sein recht.

14.

Umb haitzen nach vesperzeit.

Wer nach vespertzeit haitzet hintz nach mitternacht auf die
ander hankrät, der geit den burgern XXXII denare, dem richter
als vil.

15.

Umb ledrer.

Welich ledrer pöß ledter wurcht, der geit dem richter XXXII de-
nare, den burgern als vil.

16.

Umb fleischhackher.

Welich fleischhäckhel bös verpotens fleisch schlecht und ver-
khaufft, der geit LX denare den burgern, dem richter als vil, es
sein rinder, khelber, kitz, die zu¹⁾ iunckh sind oder welherlay
fleisch das gesein mag.

17.

Umb pöß tuech wirchen.

Wer böß tuech wircht, der geit den burgern XXXII denare,
dem richter als vil.

18.

Umb pöckhen.

Welich pöckh ubervert, der geit vierunddreissigkh denare.

19.

Umb tuech versneiden.

Wer tuech verschneidt an burger²⁾, der geit den burgern
LX denare, dem richter als vil.

¹⁾ Von gleichzeitiger zweiter Hd. nachgetragen.

²⁾ Hier scheint eine verderbte Stelle vorzuliegen. „An burger“ dürfte
nicht im Sinne von „an die burger“ aufzufassen sein, so daß der Tuch-

20.

Umb khauffen ausserhalb der tör.

Wer ausserhalb der tör khaufft oder verkhaufft oder ainem ab dem ruckh khaufft, er las es legen auf dem freyen marckht oder auf ein panekh. Wer das aber uberfert, der geit dem richter XII denare, den burgern als vil.

21.

Umb waschen bei dem prunnen.

Wer in den prun oder dapey allerlay sach wäscht, der geit den burgern XII denare, dem richter als vil.

22.

Umb lantman.

Welich lantman schrein oder khaften in dem marckht hat, der sol in den heusern nichts verkhauffen nur auf freyem marckht. Wer des nicht tuet, der geit den burgern LX denare, dem richter als vil, und sol im der wirt khunt tuen, da die schrein stent. Tuet er des nit, der geit die selbig pueß.

23.

Umb wein schenckhen.

Es sol niemant wein schenckhen ungesetzt nach sand Marteinstag hintz auf die mösst, nur nach der burger rat, wen sy dartzue setzent. Wer das ubervert, der geit dem richter LX denare, den burgern als vil.

24.

Umb purger castrauen khauffen.

Es soll auch khain burger, wer¹⁾ äe oder kastrauen khaufft ab der albm in dem lant, nicht von dem lant treiben, er khöm vor zu den genanten und sag pey seiner gewissen und pey seinen treuen, wie vel der sey, und nach derselben rat sol er pey dem marckht lassen und verkhauffen.

verschleiß an Bürger gänzlich verboten wäre, dem widerspricht auch die Normierung im Artikel 32. „An burger“ dürfte entweder zu ergänzen sein in „an burgerrecht“ oder „an burgerlaub“. Vgl. oben S. 44.

¹⁾ Von etwas späterer Hd. davor ein sinnloses „es“ über der Zeile eingeschaltet.

25.

Umb khauffen auf dem marcht.

Wer auf dem marekht khaufft, es sey weib oder man, das burger sind, die es durch gebins willen khauffent, schmaltz, käs und obs, ob ander burger tail darin haben wellent, das sy in ir haus bedürffen, das sollen sy thuen. Wer des nicht thuet, der geit dem richter ain phundt Perner, den burgern als vil.

26.

Umb khäs khauffen.

Es sol niemant mer käß khauffen, dann drew hundert zu ainem iar in dem lant ab der alben. Wer das ubervert, der geit den burgern ain halb pfunt denare, als oft er das thuet. Auch¹⁾ weder schmaltz noch schotten nur auf offnen markht, an was er in sein haus angever bedarff. Wer des nicht thuet, der geit ain halb pfund denare.

27.

Umb wag und mas.

Welicher ungerecht mas oder wag oder metzen hat, der geit den burgern ain halb phundt denare, dem richter als vil.

28.

Umb aynung²⁾ der purger.

Wir verpieten auch alle ainung under den burgern, das niemant zu dem andern swere auf des andern schad oder auf sein ere, wan wir all gemaingklich trew ungevär³⁾ aneinander sollen sein. Wer das uberfuer, des er ubervört wirt, der geit an den marekht XV phunt denare, dem richter funf phundt pfennig.

29.

Umb schenckhen den richter.

Es sol auch der richter nicht schenckhen noch khain offns leithaus haben.

¹⁾ Von etwas später Hd. über der Zeile nachgetragen.

²⁾ Hs. ayung.

³⁾ Von zweiter gleichzeitiger Hd. korrigiert aus „und gevär“.

30.

Umb wiltprät die purger von dem lande¹⁾ fuern.

Es sol auch khain burger wiltprät von dem lande fuern, noch schmaltz. Wer das ubervert, der geit den burgern ain halb phunt denare, dem richter als vil.

31.

Kain hantwerchsman sol nicht schenckhen.

Es sol auch khain hantwerchsman nicht schenckhen, er las dan sein hantwerch ligen ain ganz iar von dem tag²⁾ er offen zapfen gebint, und wan das iar aus khumbt, so hat er freie wal, er hab sich an das schenckhen oder an das hantwerch. Als oft er es ubervert, als offt geit er dem richter ein halb phunt denare, den burgern als vil.

32.

Kain gast sol gewant versneiden.

Es sol khain gast gewant versneiden leines noch wollens dan vierstend in dem iar des nachsten erichtags vor den vier märeckhten gen Mittersel. Wer das ubervert, der geit dem richter ain halb phunt denare, den burgern als vil etc.

Nr. VIII.

1354.

Kodifizierung der der Stadt Kitzbühel vom Landesfürsten verliehenen Rechtssätze (Stadtrecht II).

Hs. saec. XVI mit der Bemerkung „Abschrift ainer gar alten pirmenten roll, so bei gemainer stat Kitzpühl ligt“ im Stadtarchiv in Kitzbühel, cod. 2 fol. 120 ff.

An disen brief seind geschriben die recht, die hertzog Ludwig der alte und auch, der nun herre ist, der stat München hat gegeben.

1.

Das erst ist, das der hertzog khainen richter zu der stat setzen soll, wann nach der burger rath und nach ir beth. Dar-

¹⁾ Hs. landa.

²⁾ Darnach getilgt und.

nach soll der richter khainen schergen setzen, nwann ach der burger rath.

2.

Darnach wer dem andern gelten soll, dem soll ainer, des die gult ist, für das gericht pieten. Ist er im ohn laugen, so soll er im sein pfening wetten zu vierzehnen tagen, es sei dann umb purg-schafft oder umb essen oder trinckhen, so soll er im sy desselben tags geben. Hat aber er weder haus noch hof, so soll er im vergewissen, das sy im guet seind. Als die vierzehnen tag auskhomend, mag er den bereden, das er weder gold noch silber hat und will im seinen werth geben, so soll er im denselben werth geben nach der burger rath also, das er seinen pfening wol gehaben mag. Hat aber er im nicht zu gelten, so soll im in der richter antworten bei der handt und soll er in behalten ohne schleg und ohne stöss und ohn eisener pandt.

3.

Soll der richter nicht ze schaffen haben, so sy sitzen ob der stat geschäfte und ob iren sätzen, sy bitten in dann zu inen und laden in. Was aber sy setzen, das soll er in stäten.

4.

Als wo der hertzog sein gericht hingelegt, da hat er selbst nicht ze richten ohn über den todt.

5.

Der hertzog soll niemand hie zu Kitzpühl weder man noch weib zu eelichen heyrat zwingen, es sei dann ir beeder will, die da nemen wellen aneinander.

6.

So soll er auch niemand beschätzen, er hab dann sein huld besonderlichen verworcht.

7.

So soll auch khain witbe steur geben, all die weil sy ist ein witbe.

8.

So mag ein yeder burger an seinen lessten zeiten schaffen sein guet umb sein seel und seinen erben, als er will, mit guetem

willen des hertzen und nach seinem todt soll niemand sich seines guetes underwinden noch darnach sprechen, er hab im es dann gschafft.

9.

So soll der hertzog niemand khainen gwalt geben über khaines leib oder über khaines burgers [guet]¹⁾, nur nach der statgericht und nach ir sätze und nach geschriben rechte.

10.

Wer in diesem marckht sitz geruew ohn ansprach jar und tag und burgerrecht thuet mit steur und mit wacht und mit anderm recht, den soll fürbas niemand ansprechen. wann der hertzog soll in schirmen als seinen burger von recht.

11.

Und wer burckhrecht empfähcht und burgerrecht thuet, den soll niemand fürbas zwingen ze aigen noch ze lehen.

12.

Wer sich einen mann anzeucht in mundtmansweis, der geit dem marckht ze puess 5 pfunt pfening.

13.

So soll auch khain aussman khainen burger aus dem marckht laden oder zwingen auf das landgericht umb khain ding, es sei dann umb aigen oder lehen, das in der graffschafft ausserhalb des marckhts ist. Begreiff aber der aussman den burger von geschicht auf dem landgericht, so mues der burger dem aussman recht pieten.

14.

So will der hertzog, das khain burger khainem seinen dienstman zwing oder lad für das gericht in dem marckht, es were dann von geschicht, das er in darvor begriff, so soll im der dienstman recht thun.

15.

Gemain recht ist, ob ein man ain aigen in dem marckht gewinnt und hat es jar und tag mit stiller gwere, den mag darumb fürbas niemand angesprechen.

¹⁾ Ergänzt nach dem Privileg Hz. Rudolfs für München von 19. Juni 1294, Atikel 15, Quellen VI, 47, und dem Privileg Hz. Ludwigs für Ingolstadt vom 25. Juli 1312, Artikel 8, Ebenda 205.

16.

Wer ain aigen angespricht, der soll das offenlichen thun vor gericht und soll der ansprach nachgeen, als im ertailt wirdet. Thuet er das nicht in jarsfrist und in ainem tag, im ist geprosten an seinem recht und hat jhener sein aigen mit gmach.

17.

Ist das, das ainer den andern wundet und hat er haus und hof, der es thuet, in dem marckht, man soll in nicht vahen, dieweil der wunde lebt. Stirbt er aber, so underzeucht sich der richter jenes leibes und guetes ¹⁾ dem hertzogn zu behalten.

18.

Ain lemb hörent für die andern [oder] ²⁾ zu puesse dem richter zehen pfundt und dem schadhafften als vil.

19.

Für ein pogende wunden dem richter fünf pfund, dem schadhafften als vill.

20.

Für fliessend wunden 3 pfund 60 pfenning, dem schadhafften als vil.

21.

Umb den mausschlag dem richter 10 schilling pfenning, dem schadhafften als vil.

22.

Umb rauffen allsam oder umb zornlich stossen oder angriff als vil oder umb unchristlich scheltwort als vil.

23.

Wer untzucht überredt wirdet, bewert er notwöhr, er pusset nicht.

24.

Wer umb nachtwunden angesprochen wirdet, der soll sich unschuldigen mit zwayen zu im, mag er das nicht gethun, so ist er der puesse schuldig über die wunden.

¹⁾ Darnach durch Unterstreichen getilgt jhenn (?).

²⁾ Ergänzt nach dem Münchner Rudolfinum, Artikel 23 und dem Stadtrecht von Ingolstadt, Artikel 16, a. a. O.

25.

Wird yemand angesprochen umb gross ding, das auf den todt zeucht und bei tage geschehen ist, im soll der richter 14 tag fride geben auf recht. Ob er es bereden will, das er sei unschuldig, in den tagen, soll er sich davon nemen mit zwayen zu im, die es gesehen und gehört haben, das er unschuldig sei. Berecht er das, jhener und alle, die in anfeindent, sollen sein guet freundt sein und der gethat verwissen. Mag aber er es nicht bereden, so ist er schuldig der puess und auch zehand leiden. Will aber, der den schaden hat empfangen, frid verziehen auf recht, so ist er dem herzogen schuldig dreissich pfundt und als oft er es versagt. Ist aber der schadhafft todt oder da nichten ist, welcher, der sein nechster freundt ist, denselben frid versagt, ist derselben puess schuldig.

26.

Wer dem andern an sein aid spricht vor gericht, der ist dem richter drei pfundt schuldig und dem er daran spricht als vil.

27.

Wer den andern geverlichen haimbsuecht und jagt gen seinem hauss oder gen einem andern und im nachvolgt innerhalb der thür oder ausserthalb siben schuech, der geit dem richter fünff pfunt und sechtzig pfenning und jhenem als vill. In einer andern cartha steet: den burgern 3 pfunt 60 pfenning, dem richter sein puess.

28.

Wer einen schaden thuet, khommbt er flüchtiger zu eines fromen manns hauss, er soll in pergen und hinhelffen, ob er mag, durch hausehr und soll niemandt auffthun, wann dem richter und seinen poten und lass den suechen in aller seiner gwalt und helff doch jenen hin, ob er mag, darüber mit züchten. Thuet er das, darumb ist er khainer puess schuldig.

29.

Wer einen verpoten man hauset oder hofet, der geit dem richter 5 pfunt 60 pfenning.

30.

Wer einen spillmann oder einen, der guet umb ehr nimbt, raufft oder schlecht ohn pogende wunden oder ohn todt, der ist niemand khainer puese schuldig.

31.

So hat mein herr seinen steten gegeben, das er yemand khain frist geb für gult.

32.

Wer sein pachen pricht, der geit dem richter 12 pfenning.

33.

Der schenkh 36, die 30 dem richter, die 6 den knechten.

34.

Welcher fleischhäckl sein gsez pricht, der geit 30 pfenning.

35.

Wer in den marcght fert, so der auskhombt, der geit dem richter 60 pfenning, dem marcght 1 pfunt pfenning und hat den als burger recht.

Dise recht seind nach Münichner recht geschriben, als sy sie haben ye gehabt und auch noch also hat sy herzog Ludwig den Kitzpuhlern ¹⁾ gegeben anno XIII^CLIV.

Nr. IX.

1459 Dezember 15, Burghausen.

Herzog Ludwig der Reiche regelt den Handelsverkehr der Landsassen auf dem flachen Lande.

Orig. Pap. mit aufgedrücktem Siegel aus rotem Wachs im Stadt-Archiv zu Kitzbühel.

Ludwig von gottes gnaden pfallnczgrave bey Reine, herzog in nidern und obern Beirn etc. Embieten unserm rate und lieben getrewn Wolfgangen Durmbacher, pfleger zu Kytzpühel, und künftigen pflegern, auch burgermaister und rate unsrer state daselbs unsern grus zuvor. Wann uns nw vil und offt mit swären clagen anbracht ist durch unser stete und märckte als von wegen unge-

¹⁾ den Kitzpuhlern auf dem Rand von gleichzeitiger Hd. nachgetragen.

wöndlichs kauffens und verkauffens, so dann auf dem gawe beschicht, und haben uns als irm rechten landsfürsten und erbherren umb gepürlich ordnung zu nutz und fromen landten und lewten darinnen ze seczen angerüffet und undertänelichen gebeten, also sein wir mit rate unsrer räte und lieben getrewn bedächtlich und beratenlich ob den sachen gesessen und ein ordnung und gesezt darinnen gemacht, als hernach geschriben ist, doch auf unser wider-rüffen. Darumb so schaffen wir mit dir pfleger und deinen nach-komen pflegern zu Kytzpübel, das du zu stundan an verziehen solh unser ordnung und gesezt in der state zu Kytzpübel an offen woehenmarckt auch in yeder pfarr offenlich lesen und pieten lassset ze hallten die nachgeschriben artickel lautent also:

Vermerckt, wie man es in unserm lande auf dem gaw mit kaufmanschafft hallten sol bis auf unser widerrüffen:

Des ersten sol und mag ein yeder pawr oder arm man, der auf dem gaw gesessen ist, in das lande wein bringen, es sei fueder, dreiling, halb fueder, halb dreiling, an . . . ge ¹⁾ oder in lageln und sodann auf dem gew kain ganz stuck verkauffen noch under den raiffen hingeben, sunder er sol solhen wein in die stete oder panmärckt auf offen markt bringen und mag den alsdann daselbs hingeben oder verkauffen in vaillem marckt edelleüten, burgern, pawrn, gessten oder andern.

Item wo auch tafern sein, da mag man schencken als zappfen- und tafernrecht ist, und wo nit tafern sein, da sol kainer in seinem haus den wein nach der maß nit schencken noch ausgeben.

Item desgelichs mag ein yeder, der auf dem lande im gaw gesessen ist, wol tuch und eysen in das lande bringen und sol kainer auf dem gaw kain tuch nach der ellen hingeben, desgelichs kain ungewürcht eysen verkauffen, es sei nach schin oder nach der wage, sy süllen aber, das ganz sawm oder tücher sein, in die stett oder panmärckt fürn und vail haben und verkauffen edelleuten, burgern, pawrn, gessten oder andern, desgelichs das eysen auch in den stetten und panmärkten zu verkauffen nach der schin oder wag, wie das sein sol.

Item was aber ain arm man grob loden²⁾, tuch oder leinwat in seinem haws erzeugt und machen lasst, das mag er selb wol behallten oder hingeben nach seiner notturft.

Es sol auch kain pawr oder arm man, der auf dem gaw ge-

¹⁾ Hier Loch. Fehlen 2 Buchstaben.

²⁾ Orig. loder.

sessen, kain scheffart getraids auf dem gaw nit kauffen noch anschütten und aus dem lande fürn. Was aber einem armen mann wechst und er selbs erpawt hat, das mag er verkauffen nach seiner notturft.

Es sol auch kain haimlicher fürkouffel oder gewkouffel in stetten, märckten noch auf dem gaw sein, dann sunst all ander sach von viech, woll, garn, kas, ayr, smalcz, schmer und anders desgelichs, die armen mann in seinem haws und hofstat hat oder erzeucht, das mag er verkauffen nach seiner notturft, es sey auf wochenmärckten, jarmärckten oder sünst in den hewsern und höfen nach irm nutz.

Es mag auch ain yeder arm man in stetten, märckten oder auf dem gaw wol kauffen, wes er in sein hauß oder sein ehalten notturftig sein, von essunden dingen und anderm alles ungeverlich und mit der andern kaufmanschaft hallten, als oben geschriben steßt.

Und darumb das solh unser ordnung und gebote landten und leüten zu nutz und fromen furgenomen dester redlicher gehalten und da[rnach gelebt]¹⁾ werde, so seczen wir darauf zu peen: wer solh unser ordnung und gebote verbricht oder nit hellt und das nit kuntlich ist oder wirdet, der sol das unserm rentmaister im pirge püssen und abtragen, als sich dann gebüret und er des stat vindet.

Geben zu Burghausen an (!) mit unserm fürgedruckten secrete an sambstag nach sand Lucientag nach Cristi unsers lieben herrn geburde vierzehenhundert und in dem newnfunfzigisten jaren.

Nr. X.

1473 Dezember 29, Landshut.

Herzog Ludwig der Reiche regelt den Handelsverkehr im Landgericht Kitzbühel.

Gleichzeitige Kopie (A) im Stadtarchiv in Kitzbühel (Abt. Urkunden).
Inseriert (B) in die Bestätigung K. Ferdinand I. vom 10. Febr. 1536.
Diese in gleichz. Kopie im Stadt-Archiv in Kitzbühel cod 1, fol. 53.

Ludwig von gottes genaden phalczgrave bei Rein, herzoge in nydern- und oberen Bayren etc.

Zw mergken, als sich ettlich zeit bisher irrung gehalten haben zwischen unsern lieben getrewen den burgern unser stat Kyczpuchel ayns- und gemainklichen unseren gerichtzleuten daselbs des andern tails von der vaylen phenbert, auch der kaufleut auf

¹⁾ Loch.

dem lande und ander hernachgeschriben sachen wegen und so wir nw sie beder seitten gegeneinander mermals auch durich unser trefflich rat nach notdurft gehort, so haben wir in den sachen ein ordnung furgenomen, die nw furan bis auf unser widerrueffen zzwischen den bemellten unsern undertonen sol gehalten werden, als hernach volget.

Zwm ersten wellen wir, was ein yeder arme man, der in der meil wegs ongevarlichen umb die benannten unser stat Kyczbuchel sesshaft ist, vaistz vichs und ander vayl essent phenbert, was das ist, hinzugeben hat, das sol er in unser stat Kyczpuchel zu gewondlichen wochen- und iarmargkten bringen und daselbs verkauffen, doch dasselb in ainem zymlichen redlichen kauf einem yeden, der des begert, volgen lassen. Wo er aber das viech alldo nit verkauffen mocht, so mag er es wol weytter treyben und verkauffen, wem und wohin er wil.

Was aber die arm leüt ausserhalb der meyl in dem bemelten unserm gericht vaistz viech und essent phenbert haben, die mugen sy geben und verkauffen, wem sy wellen, doch nur den, die kaufrecht haben. Und wer also ausserhalb der meil kauffen wil, er sei burger ze Kyczpuchel oder in der gemelten meyl von Kyczbuchel oder ausserhalb der meil gesessen, der sol kaufrecht haben von der herschafft und es mit den kauffen ongeverlich hallten und damit unbillich nymant beswaren, wie dann von allter herkomen ist, doch uns in albeg an unseren maütten, zollen und ungelt on schaden.

Es mugen auch ain yeder burger zu Kyczpuchel desgeleichs auch die arm leut in der gemelten meyl gesessen ainer dem andern wol essent phenbert zu seins haus notdurft geben und verkauffen, doch so sol darin der fürkauf verpoten sein.

Item erfund sich aber, das ainer einem andern, der nit kaufrecht hat, wissenlich verkaufft, als vor stet, so sullen dieselben bede darumb gestrafft werden.

Was aber dy gerichtzleut auf dem lant magers viechs in yrer gewalt zw einer yeden zeit haben, damit sullen sy frey sein und mugen das geben und verkauffen, wem sy wellen ongehindert manigklichs, doch uns albeg an unseren maütten und zollen on-vergriffen.

Item es sol der wochen- und iarmargkt frey sein also, das ein yeder darauf kauffen und verkauffen mug nach seiner notdurft ongeverlich.

Item von der loden und leinen tücher wegen sol es also gehalten werden: was die gerichtzleut derselben loden und leinen tücher machen, die mag ein yeder in seiner behausung im und seinem hausgesind zu irer notdurft wol geprachen. Es mag auch

ein yeder seinem nachpauern, so vil derselb auf sich und seinen hausgesind des ongeverlich notdurfftig wár, wol geben und verkauffen, doch so soll darynn gevarlich kain furkauf gebraucht werden. Was aber ein yeder derselben loden und leinen túcher obgemellter maß zuverbrauchen nit notdurfftig wáren und die weytter hinzegeben müessen, dieselben sullen sie in iren háuseren nach der ellen nit außmessen noch verkauffen, sunder die in die gemellten stat Kyczbuchel oder die andern unser stet im gepirg zu den gewondlichen wochen und iarmargkten bringen und da miteinander stugkweyse oder zw ainzigen nach der ellen verkauffen nach irem willen, wie sy des bekommen mugen.

Item nachdem auch ettlich gerichtzleut ir gewerb und kaufmanschaft an die Etsch und in wálsche land treiben und zu zeiten ettliche walsche túcher heraus zu land bringen und die zu ainzigen nach der ellen bissher aussgesniten haben etc., wellen wir, das solicher ainziger aussnit der túcher nw fúran von denselben anheim in iren háuseren nit mer gescheche. Welicher aber derselben túcher ains oder mer nach der ellen zu ainzigen ausgeben und verkauffen wil, der sol die in die bemelten unser stat Kyczpuchel oder in die andern unser stet im gepirg auf die gewondlichen jarmargkt bringen, damit zu offem margkt steen und daselbs solhe tuch nach der ellen aussneiden oder stugkweyss verkauffen, wie sy des stat vinden. Sy mugen auch anheim in iren hausern desgeleichs auch in den vermelten unseren steten auf jarmárckten, als vor stet, auch wochenmargkten oder zu andrer zeitt ganzee tuch wol verkauffen und kauffen¹⁾ ongeverlich.

Item von der sámer wegen, so jerlich nach altem herkommen zwir im gelaitt des kurzzen und langen sáms faren, wellen wir, das dieselben sámer in zeit desselben gelaitz allerlai phenbert, doch außerbhalb der meyl und auf den gewondlichen wochen- und jarmárgkten zu kauffen und einwertz zu fueren frey sein sollen, dann sunst in jar ausserhalb des glaitz mugen dieselben sámer allerlai phenbert ausserhalb der gemelten meil und auf den gewondlichen wochen- und jarmárgkten aber kauffen und fueren, doch nit mer dann sovil ein yeder sámer selbs ross ze laden hat und sol sunst kain furkauf treyben noch von nyemant andern dieselben phenbert aufnehmen zu fuern in kain weg bey vermeydung unser straff. Und wo also der sámer sich tet laden ausserhalb des glaitz mit ains aufkhauffers gut und nit mit seinem aigen gut, so man das erfúr, sol derselb an genad darumb gestrafft werden. Es sol auch derselb sámer also ausserhalb des glaitz nit kauffen, er hab dann kaufrecht

1) So B, A hat verkauffen und verkaufen.

von der herschaft, inmassen dann andere aufkauffer haben sullen. Dann die fuetrei mugen sy zu einen yeden fart ungehindert furen, wie vor herkomen ist an alles gevärde.

Item nachdem uns menigmal durch unser ambtleut und gemains pergwerch zu Rattenberg furbracht ist, das ettwas gepruch und mangls an unslit, des man dann uber jar zu notdurft desselben pergwerchs bedurffen und bissher von andern enden dahin erkaufft und bracht worden ist, also wellen wir, das alles vails unslit auss allen unsern steten, herschefften und gebieten im gepirg, sovil des sunst uber den gemainen gebrauch von der gegent aus unserm landt gefurt wirdet, zuvoran gein Rattnberg zu dem bemelten unserem pergwerch gefurt und daselbs offentlich zu notdurft desselben unsers pergwerchs vayl gehalten, verkauft und weytter nit gefurt noch geben werden sol. Wo aber einer solh unslid zu Rattnberg ongeverlich nit verkauffen mecht, so mag er es wol weytter furen, wem und wohin er wil. Darob sol unser bemelter phleger mit vleiss sein, auf das damit nit anders gehandelt und deshalb unser perkgwerh gefudert werde. Doch so sol diser artigel die sämer, so, als oben stet, im glait faren, dieselben zeit des glaitz nit pinden.

Item die taferner auf den gewondlichen tafernen die mugen alle phenbert auf dem lande wol kauffen, doch nit mer, dann sovil sy zu taglichem geprauch und notdurft der tafernen bedurffen sind, ongeverlich. Sy mugen auch an yrer schuld wol phenbert nemen, auch widerumb den wagenläutten und sameren ongevarlich phenbert umb wein geben, doch in dem in albeg kain furkauf gebraucht werden.

Item wir wellen auch, das in dem bemelten gericht nyemant kaufmanschaft zu treyben gestat werde, er sei dann ansessen.

Item wir wellen auch, das in der meyl wegs umb Kiczpuchel kain hantwercher sein noch arbeiten oder darin storen sol, doch so mugen die hantbercher zu sand Johannis hinauf gegen Kyczbuchel wertz auf ein halb meyl wol arbeiten, wie dann bissher beschehen ist.

Item nach dem di ellen, wag und mass allenthalben in unsern steten und herschefften im gepirg ongeleich sind und deshalb den armen leuten, kaufleuten und andern in iren handlen ettbass onfuglichen ist und merklich zu schaden kumbt, so haben wir zu fudrung gemains nucz der hemelten stet und gegent furgenommen und ein gleichformig ellen, wag und mass allenthalben in denselben unsern steten und auf dem lande ze haben, wie dann die in unsrer stat Wasserburg bisher gebesen ist und noch gebraucht und gehalten wirdet, und wellen, das di nw furan geleich den-

selben ellen, wag und mass, so in unser stat Wasserburg ist, geprauchet und gehalten werden sol.

Dann von der traydmass wegen die sullen an yglichem obgemellten ende und gegen in steten und auf dem landt beleyben und gehalten werden, wie von allter herkomen ist.

Und solh artigkel all und yeder in sunderhait sullen also, wie vor stet, auf unser oder auf unser erben widerrueffen besten beleiben, getreulich und ongeverlich gehalten und den ernstlich nachgangen werden, doch sunst unser stat Kyczbuchel an iren freyhaiten, auch den obgemellten unsern gerichtzleutten an irem herkomen und gerechtigykten unvergriffen. Schaffen darauf mit dem gegenburtigen, auch ainem yeden kunfftigen unserm phleger zu Kyczbuchel ernstlich gebietend, das ewr yeder das also zu halten in unser herschafft und gebieten Kyczpuchel offenlich berueffen und gepieten lassen, solhs auch von unsern wegen zu hanthaben und nyemantz zu gestatten, dawider noch anders zu thun bei vermeydung unser swaren straff, sonder ob ayner oder mer denen, wie vor stet, nicht nachkomen und darin gefarlich erfunden wurden, der und dieselben, zu den sich solhs erfunde, sullen durich dieselben unser phleger nach gestalt eines yeden handls uns gestrafft werden. Daran tut eur yeder unser ernstlich hayssen und geschafft, des wir uns also ganzlich zu euch verlassen. Wir behalten uns auch vor, solich ordnung in ainem oder mer artigkeln zu endern, zu myndern und zu meren, wie uns dann einer yeden zeit nach gestalt der ding geburen und gemaint sein wirdet.

Geben zu Landshuet under unserm anhangundem secrete an mittichen nach der unschuldigen kyndleintag nach Christi unsers lieben herren gepurd vierzehnhundert und im vierundsbybenzigesten jar.

Nr. XI.

1474 September 15 Landshut.

Herzog Ludwig modifiziert seine im Jahre 1473 erlassene Ordnung über die Regelung des Handelsverkehrs im Landgericht Kitzbühel.

Orig. Pap. mit rückwärts aufgedr. S. aus rotem Wachs im Stadtarchiv in Kitzbühel.

Ludwig von gottes genaden phaltzgrave bey Rein, hertzoze in nidern und obern Bairn etc. Embieten unserm pfleger zu Kytzpühel und lieben getruen Wilhalmen Haslinger unsern grus

zuvor und thun dir zu wissen, als wir am iüngsten ein gemein ordnung der gebrechen halb, so sich zwischen unser stat Kytzpühl und der bawrschafft unsers landtgerichts dahin gehörig ettelich zeit gehalten, außgeen lassen und so wir nw die kauffrecht in deinem ambt dir bevolhen haben von unsern wegen zu verlassen nach inhalt derselben ordnung, also aus sondern ursachen uns dartzu bewegend wellen wir, das die obgenannten von Kytzpübel die kauffrecht nw hinfüron bis auf unser widerrueffen zu verlassen und damit zw handeln haben, wie vor außgang der bemelten ordnung gescheen und von allter herkomen ist, doch das sy damit nymand unbillich beswären sollen in dhein weg.

Welhen auch bißher kauffrecht durch dich gegeben worden sind, das dieselben die zeit aus bis auf liechtmess schirist unverhindert dabey beleiben. Sölhs wellest offentlich in deinem ambt berueffen lassen.

Als auch weyter dieselb ordnung inhelt, das alle wag, mass und ellen in den dreyen unsern steten und landtgerichten Kuefstein, Ratemberg und Kytzpühl sollen aufgehebt und allenthalben gleich nach Wasserburger wag, mass und ellen gesetzt und gemacht werden, also schaffen wir mit dir, das du deßhalben weyter nichts handlst, sonder also rueen und beleiben lassest, wie sy bisher gewesen sind und bis auf weyter unser geschefft.

Sonst wellen wir, das die obgemelt ordnung in allen andern artikeln beleiben, gehalten und durch dich ernstlich gehandthabt werden, wo aber ainer oder mer dawider handlten, die peen in derselben ordnung begriffen von denselben einbringest und des ernstlichen vleyss tust, des verlassen wir uns gantz zu dir.

Wir haben auch mit den von Kytzpühl geschafft, zwen aus in ze ordnen und denselhen bey iren pflichten und gelübden zu bevelhen, den wein, wie in ein yeder burger bey in zu einer yeden zeit nach seiner guett geben und schencken sol, zu setzen, darob wellest von amtswegen mit vleyss sein, dem auch also nachgangen werde. Das alles ist unser ernstlich meynung.

Geben zw Landshut mit unserm aufgedrucktem secrete am pfintztag nach exaltationis sancte crucis anno domini etc. septuagesimo quarto.

Nr. XII.

1503 Februar 6.

Satzung der Bürger in Markt- und Gewerbesachen.

Gleichzeitige Kopie im Stadtarchiv in Kitzbühel cod. 2, fol. 90 ff.

Nota vermerckht die ordnung des fürkauff, weinschenckhen, peckhen, fleischhackher, mülner und ander der stat noturfft hierinen verschrieben etc.

Nota vermerckht das fürnemen, so peschechen ist durch den edlen vesten Wilhalbm von Minichau, auch Wolfgang Holnstainer burgermaister, ratte auch etlich der gmain, desgleichen aus ieder zunft ainer dartzue geben ist und ist fürgenommen des fürkkauf¹⁾ halben, weinschenckhen, peckhen, müllner, fleischhackher, wie die nun füran sich sollen halten bey penne, so in iedem articl darauf gesetzt sind.

Beschehen zu Kützpühl am montag nach liechtmesen anno tercio²⁾).

Am ersten fürgenommen, das ain yeder burgermaister gegenburtig auch kunfftiger niemant den khauff auser der meil wegs sol verlassen, weder den, dem der khauff verlassen wirt, sagen und zu erkennen geben, ob derselbig schmaltz oder unslit khauffen wolt, das er albeg von zehen zenten ain herr setzen zu dem verortenten weger oder von zehen pfunt ains, albeg 1 pfunt umb zwen kreutzer. Welicher khauffer das gefarlich überfuer, sol verfallen sein zu pues unserm gnedigen herrn fünf Rh. gulden, der stat sovil. Sunst mag ain yeder khauffen hoch oder nider, wie er stat mag haben.

Es sol auch ain burgermaister und rath ain wagmaister setzen, das er das phundt schmaltz und ynslit aus sol wegen umb 11 fierrer.

Es sol auch niemand von dem ausweger mer schmaltz oder ynslit khauffen noch der weger im geben, dan was ainer ain wochen vertzörn mag in seinem haus. Nach glegenhait aus vermügen ist aber unslit . . .³⁾.

Wo aber der weger, so verordent ist, wolt fürkhauff damit treiben, sol darumb gestrafft werden, desgleichen der khauffer, der von dem verordenten khaufft. Wo aber schmaltz oder ynslit über

¹⁾ Hs. fürkhaf.

²⁾ Von gleicher Hd. mit anderer Tinte darüber geschrieben 1503.

³⁾ Der letzte Satz unvollendet.

würd, sol mit demselbigen gehalten werden nach des pfleger, burgermaister und rates rath.

Fürkauff.

Item es sol khain burger von khainen gast gelt nemen und im aufkhauffen pey schwärer straff.

Es sollen auch die burger, wer schmaltz und ynslit kauft, ainem burgermaister ansagen, was sy fürkhaufs mit schmaltz und ynslit treiben und auch setzen.

Ain jeder burger, der wissen hat, wo ain gast in der meil wechs kauft, sol er pey seinem aid den baurn anzaigen, auch dem khauffer sagen, wan das der stat in sunderhait zuegehört zu straffen.

Desgleichen auser der meil wegs, da wir dan die khaufrecht auch haben, die obern und untern zu straffen, wie gebürlich, nach rattes rath und wo es ain burger west und das nit ansaget, sol man auch darumb straffen, desgleichen, so man ainem burgermaister das sagt und ainen darumb nit fürnäm, sol auch darumb gestrafft werden von dem rath und die selbig für die herrschafft vordern auserm lant, die nit gehorsam wolten sein.

So man schmaltz und ynslit gesetzt hat ain mal und ain fürkhauffer dem andern zu khauffen geit, wie man es mit dem selbigen well halten . . .¹⁾

Ain weger sol auf schreiben lassen, wer nit schmaltz und ynslit gesetzt hab, so mag man dester pas nach fragen.

Weinschenckhen halben sol gehalten werden, wie hernach volget.

Ist also fürgenomen, das ain burgermaister und rathe zwen sol fürnemen und den zuesprecheu, den wein zu setzen nach gelegenhait, wie der wein guet ist, auch ungevärlich nachfragen, was der wein geste, so khauffen auch ie zwen ain wein, der ain höher, der ander leichter, so kauft auch ye ainer umb bereit gelt leichter dan der ander auf pit. Sollen die zwen bei iren aiden ermessen, ir pestes guetbedunckhen fürtzenemen und das mitl halten. Aber ain wein, der vast guet ist, mügen sy setzen nach seiner guet. So hat yederm[an] vleis guet wein zu fueren.

Es sol auch der weinschenckher das prot halben von sechs kreutzer ain kreutzer eingab haben, damit der weinschenckher auch

¹⁾ Unvollendet.

dester pas pesteen mug, von seml- und rockhen-, von groben prot in sechs kreutzer ains ein.

Welicher weinschenckher mit den zwayen verordnetn wolt kriegen oder sy schelten, sol ain gulden in die khamer vervallen sein und darzue auf den turn gelegt werden und in das abtragen und piten. Vermainet aber ainer, er wär also hart peschwärt, mag er für ain rath khumen und sein sach furlegen am setzen. Es sol auch khainer khain wein auf thuen, er sol den verordenten darzue sagen, das sy den setzen, pey ainer pen des turns und was dan ain rat von im zu pues wel haben, stet bey ainem rath.

Weinschenckhen.

Item es sol khain weinschenckher oder wirt khain prott auf den fürkhauff pachen, er sey dan in der zunfft der peckhen, dergleichen von khainem andern prot khauffen, sein gesten aber im und seinem hausvolekh mag er das thuen, nachdem die peckhen verpunden sind.

Es sol auch ain yeder weinschenckh vier fuerrer an ainer maß wein haben, darin sol im abgen das ungelt, das vertrieffen, das eintruckhen, die was auz fuern und ausgen, pos gelter und das lang ausschenckhen, sunst wär des gwins zu vill.

Es haben auch die weinschenckher ain vortl an den Etsch ürn und Haller urn wider hie, das sy aber umb die vier fuerrer die mas zu gwin dester leichter schenckhen.

Welicher weinschenckher die vorbenenten articl gefärllich überfuer, als oft er das thuert, sol darumb gestrafft werden.

Ob man hausmas wolt geben und ain yeden schenckhen wolt lassen, wie von alter, als man es in etlichen steten tuedt, den ambtleuten und burgern, damit die stat nit beschwärt wurd, wan den gesten und andern, die nit mit tulden, mer geben, ratschlagen

Fleischhackher und die vaist vich kauffen in der meil wechs auch ains tails ausserhalben.

Item die fleischhackher sollen alle 14 tag ain oxen schlachen, der zwen muesen vier Reinisch gulden gesten oder mer. Sollen das rindfleisch geben fronwag zu fier fierer und sunst ander rindrens auch also.

Das schäffen ain phundt umb funffthalben fierer.

Das kelbrein ain phundt umb drey fierer.

Das gaisein ain phundt umb drei fierer.

Das peckhein ain phundt umb drei fierer.

Ain kalberkopf umb ain kreutzer.

Ain greb umb ain kreutzer.

Ain kresl umb drei fierer.

Ain poxleber umb ain kreutzer.

Item mer geret, wer in der meil weg faiste rinder khaufft als oxen oder anders vaist vüch, sol ain burgermaister nit zu schaffen haben, das die setzen pey der penn und nihts daran gewinen, sunst sollen die metzger die schlachen zu gemainem nutz umb die vier fuerrer ain phundt.

Es soll auch furan perufft werden, das man aus unsers genedigen herrn lant khain kalb fuer auß schlachen oder wegen und pesunderbar von sandt Matheustag bis auf die osteren, damit ain arm man auch ye aines kauf, der die rinder nit zalen hat.

Fleischhackhern.

Welicher fleischhackher ain kalb stäch, das hinter drey wochen alt wär, sol gestrafft werden. Welcher auch ain sieche khue schlug oder mit wissen ain rind khaufft und das schlug, da schelmig vich pey wär gestanden, sol mercklich darumb gestrafft werden.

Es sollen die metzger zu den vier quotemern das ynslit auflassen und von ainer yeden quotembersuntag achttag darnach vail haben und ain phundt geben umb 11 fierer, damit das perckwerch ynslit vind zu khauffen zu yeder quotember. Vergent aber die achttag, mugen die metzger ir ynslit geben, wem sy wellen, damit das perckwerch auch gefüerdert werd.

Mülner halben, wie sy es halten süllen.

Die mülner sollen zu mues nemen von ainem metzen korn ain gefächts mäsl und nit mer pey der grossen penn. Desgleichen ain gefächten metzen mit der stat march, davon sollen sy die mues nemen und von kain kornkleiben nit.

Es sol auch ain jeder müllner ain verzimerte mül haben, damit das mel nit verstieb, desgleichen auf den millstainen nit laden legen, damit der stab pey dem mel peleib und nit auf den laden oder ander gevärlichen.

Es sol auch khain müllner dawider reden zu niemant, welcher pey seinen malern wil peleiben oder ain diern schickhen von anfanckh pis auf das endt. Desgleichen soll ain jeder wall haben, das mel dahaimen oder zu mül peitln lassen.

Item peitlt man aber zu mül, so sol der mülner von dem metzen nemen ain fierrer und sunst nichts. Desgleichen sol der

mülner fleis ankern, das das loch in dem peitlvaß nit zu weit sey oder damit nit vil versträt werd.

Es sol auch der mülner sein aufsehen haben, damit nichts in der mül verstoben oder austragen werd, so es aber geschäch, sol das der mülner zalen und verantworten.

Item es mugen auch die mülner nemen die mues von waitz und korn und kleiben, wie von alter her ist komen, welich peckhen semln lassen, sunst von andern, die nit semln lassen, khain kleibemues.

Es sol auch ein jeder mülner das masl waitz- oder kornmel geben, wie der waitz oder korn gilt in mas, wie hernach volgt, nemlich so er get der metzen waitz umb 26 kreitzer und der metzen korn umb 28 kreitzer, sol das gestrichen masl waitzenmel geben umb ain kreutzer, aber das vein semlein umb sechs fierrer, sol das gefächet masl aus dem metzen sein, nachmals reitung, darnach waitz und korn hoch oder nider get, darnach sol man raiten machen auf oder ab, darnach sol die satzung beschehen.

Wag und mas.

Item man sol nun füran niemant vergunen am Munichner gewicht zu wegen, nach dem der gemain man kain wissen darumb hat, und sollen, die mit der wag umb gen, füran statgewicht oder Wiennisch gewicht haben und geben und so vil dester höher, als raiten pringt, damit der gemain man nit bedrogen wert und ain jeder, der damit umb get, wol wissen hat, und sol das peschechen zwischen hie und pfingsten, das man die wagen wol gemachen mag pey der straff.

Item man sol auch alle iar wag und mas oder wan sein noturfft wil thuen, auf heben und vächten, ob¹⁾ sy nit verruckht oder gewärlich verkhert sind. Wo man das ungerecht gefunden wirt, straffen nach rates rath, wie von alter her ist kumen, es sey in mülen statmetzen, fleischgewicht und korngewicht überall.

Auch sollen all articl vorgehenen gehalten werden pey penen und puessen, so man darauf setzt. Sy hat auch ain rath zu mynern und merern nach irem guetbedunckhen, damit ain gmainer nutz gefürdert wert. Alles treulich und ungevarlich und ain iar versuechen oder mer.

[Kramer]²⁾.

Es sol auch khain kramer in die heuser gen und stertzen, sol man ainem yeden sagen, sunder zu marckht vail haben, wie von alter her ist komen.

¹⁾ Hs. oder

²⁾ Von mir ergänzt.

Es sol auch kain frembder kramer mer wan ain tag in ainer quatemer vail haben und nach den dreien iarmarckhten auch den nagsten tag.

Fragen und frätschler und fürkhauffer vor den toren.

Es sol nun füran kain fragern oder frätschler nichtz aufkhauffen, es sey prein, opfl, puern, weixl, kerschen noch kains solich ding, sy sein wonent oder nit, sunder wer es herbringt, das vail haben, ausmessen oder auszelen zwo stund, nachmals mag ers geben, wer imbs abkhaufft. Gieng aber ir ainer geverlich damit und hies imbs haimlich gehalten, bis die vier stund fürkamen, sol darumb gestrafft werden. Kämen aber sämer herr und hieten ain wail vail und niemant wolt nit khauffen, mag er gen zu einem burgermaister und zu erkennen geben, mags ain burgermaister das erlauben und verschaffen nach gelegenheit des handls.

Es soll kain burger oder gast kainem nichts abkhauffen, was ain lantman dahaimbt auffuert oder tregt aus seinem haus, unttewegen, sunder er sols durch die tor einher lassen bringen und darnach er oder ain ander lassen khaufen. Sol auch khainer kain gevelighkait prauchen pey der pues. Aber ain burger mags dahaimen wol khauffen in lantman haus.

Peckhen halben.

Ain burgermaister und ain rath haben lassen pachen zwen metzen korn, khaufft umb vier pfunt Perner, so sind 6 muesmäsl oblas vom waitzen dartzue komen. Also hat man das rokhein brot gewogen gepachns an der fronbag ist von worden 91 l(ot).

So hat man kauft ain metzen waitz umb 28 k(reutzer) und ain metzen korn umb 24 k(reutzer). Durcheinander gepachen ist daraus worden 52 pfunt¹⁾ guet seml rockheins und semleins wol geraten, so sind von peden mellen umb 6 k(reutzer) kleiben über worden.

Darauf raiten zu machen jetz und kunfftiglich, damit der peckh peste und der gmain man nit peschwerd werd, auch albeg raitungen zu machen, wan das traid auf oder niederschlecht, dan auf die zeit hat sich ain rath und gemain mit den peckhen vertragen, wie hernach geschriben stet.

Die peckhen solen pachen gut semlein prot, auch rökchl und rokheins saurprot.

Das guet semlein umb ain kreutzer 21 lot statgewicht. Solen sy pachen schymp ain kreutzer wert, zumen seml 2 firer wert, auch umb ain fierer auch semln.

¹⁾ Hs.

Sollen auch pachen klaine guete rökhl, wie zu Munichen oder Wasserburg, 2 fierer wert, auch ain fierer wert, umb ain kreutzer 32 lot und was raiten darauf pringt.

Es solen auch die peckhen pachen und saur peckhen saurs rokhein brot umb ain kreutzer virtzig lot oder umb zwen kreutzer $2\frac{1}{2}$ pfunt.

Item und auf solches vorbenenter prot sollen sy eingeben auf semleins rökhl und saurs brot albeg auf 6 k(reutzer) ain kreutzer wert.

Sy sollen auch pretzen pachen, umb ain fierer zwo pretzen, desgleichen aine auch umb ain fierer zu der vasten und zu aller glaubigen sellen tag.

Sy sollen auch das muesmäsl guets waitz geben umb 6 fierer, das waitzen umb ain kreutzer. die well das traid in vorgeschribner mas get, schlechtz aber ab oder auf, sol man raitung machen.

Ob aber die peckhen solichs nit hielten, das man sy fund ungerecht an der wag, auch das sy die prot nit guet machten, sol das prot verfallen sein und mag das ain rath armen leiten geben und darzue albeg auf ain kreutzer desselben prot ain fierer in die kamer zu pues geben.

Sy sollen auch niemant sämen mit dem pachen treulich ungerlich, ob in auf ein mall oder mer brot zu run, sollen sy pald pachen bey ainer penn, so ain rat darauf setzt.

Und umb solche vorbenente verwilligung sol kain wird sein gesten, den ers nit schreibt, kain ander brot auf legen, damit er den pfenig gewinst.

Dan was er von den peckhen khaufft ausgenumen, was er selb oder seinen haushaben pedorff, mag er khauffen, wo er wil auf wochen- oder iarmarckht, mag im das der peckh nit weren, wo aber ainer uber solichs pegrifen wurd, sol ain Reinischn gulden in die kamer verfallen sein zu pues.

Es mag auch yederman auf wochen- oder iarmarckhten fuern, kauffen und verkhauffen in sein haushaben im und seinem volckh und nur den gesten nit.

Wiert.

Es sol kain wirt oder ander kain unnutzparn knaben in seinem haus weder spielen noch karten lassen umb gelt, desgleichen ander kurtzweil, das gelt beruert. Er sol in auch kainen wein auftragen oder ansetzen an der eltern haisen und willen, noch ander leit auch nit haimlich ein tuen. Wo man es erfuer, sol der wirt oder ander das gelt herwider geben ainem oder iren freunden.

Desgleichen sol man dem wirt auch kain gelt geben umb eintuen und zu tulten und auftragen an der eltern willen, dartzue die oder selben straffen an all gnad.

Schwein oder ander vich, das schaden tuedt.

Es sol füran niemant kain schwein ungeringlt halten desgleichen in kain veld lassen zwischen sand Jörgen und sand Michelstag. Wer aber schwein well haben, der halt sy dahaimen oder er schau im umb ain hieter, der sy aus an die waid hin und herrwider treibt. Wem darüber schad geschicht, wer im pilich zalt und der stat 15 kreutzer pues, dem turn (!) 3 kreutzer fuer sein mue.
